



No. 7.

1900.

## Neutralisierung der Gewerkschaften.

Von

Carl Legien.

(Hamburg.)

Die Discussion, welche sich über diese Frage in der Parteipresse entwickelt hat, könnte bei dem nicht direct Beteiligten die Meinung aufkommen lassen, als handelte es sich um eine Aenderung der bisherigen Taktik in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, als wäre den Gewerkschaften ein neues Problem zur Lösung aufgegeben. Das ist nun keineswegs der Fall, denn diese sogenannte Neutralität ist von den Gewerkschaften, wenn sie sich nicht unter den Druck einer Zwangsgesetzgebung gestellt sahen, stets anerkannt und geübt worden. Dass die Dinge tatsächlich so liegen, geht schon aus dem einen Umstande hervor, dass die Gewerkschaftspresse sich an der Discussion nur in ganz minimaler Weise beteiligt. Würde es sich um eine Schwenkung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung handeln, so wäre zweifellos die Gewerkschaftspresse, die stets noch die in den Gewerkschaften vorherrschende Meinung zum Ausdruck gebracht hat, die Wortführerin in der Discussion geworden. Bis jetzt habe ich aber nur 10 Gewerkschaftsblätter gefunden, welche in der Frage Stellung genommen haben, nachdem die Discussion in den letzten Wochen so lebhaft eingesetzt hatte. Und auch bei diesen sind es nur 4, welche Aeusserungen der Redaction bringen, Aeusserungen, die zum Teil das wiederholen, was in früheren Artikeln ausgeführt worden ist. Die anderen Gewerkschaftsblätter bringen Artikel langjähriger Mitarbeiter, von denen man dasselbe sagen kann, wie von den Artikeln, welche von den Redactionen selbst ausgehen, oder sie polemisieren gegen Aeusserungen des Correspondent für Deutschlands Buchdrucker, oder sie begnügen sich damit, die Presstimmen zu registrieren. Diese geringe Theilnahme der Gewerkschaftspresse an der Discussion ist für mich der sicherste Beweis dafür, dass die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Centralverbände, die eigentlich nur allein für die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland in Betracht kommen, in der Frage schon lange die richtige Stellung eingenommen und eine Aenderung der bisherigen Taktik nicht zu vollziehen haben.

Dass eine Reihe socialdemokratischer Schriftsteller sich veranlasst gesehen hat, auf dem Plané zu erscheinen und eine Lanze für oder gegen

die Neutralisierung der Gewerkschaften zu brechen, hat seinen Grund darin, dass ein so hervorragender Parteiführer, wie Bebel, in öffentlicher Versammlung das freimütige Bekenntnis abgelegt hat, dass er aus einem Saulus zum Paulus geworden ist, und die parteipolitisch neutrale Haltung der Gewerkschaften mit Eifer heute verteidigt. Wäre übrigens diese Wandlung etwas früher, z. B. zur Zeit des Kölner Parteitages gekommen, so wäre manche unliebsame Erörterung zwischen Partei- und Gewerkschaftsvertretern unterblieben, es wäre auch nicht der Schein erweckt worden, als ständen Partei und Gewerkschaften auch nur im geringsten im Gegensatz zu einander.

Ein weiterer Grund für die neuerdings sich zeigende lebhaftere Auseinandersetzung bilden die unliebsamen Vorkommnisse im Buchdruckerverband und die unkluge Taktik vereinzelter Parteizeitungen, sich auf seiten der Abtrünnigen im Buchdruckerverband; auf seiten jener zu stellen, welche sich der Disciplin, der ersten Vorbedingung für die Machtentfaltung einer jeden Arbeiterorganisation, gleichviel, ob sie politisch oder gewerkschaftlich ist, nicht unterwerfen wollten. Daraus hat sich zwischen dem Organ des Buchdruckerverbandes und der Parteipresse eine Polemik entsponnen, in welcher nach meiner Meinung nicht die in Buchdruckerkreisen vorherrschende Gesinnung zum Ausdruck kommt. (Die Buchdrucker haben bisher ein bedeutendes Contingent hervorragender thätiger Mitglieder für die socialdemokratische Partei gestellt, wozu die gewerkschaftliche Organisationsarbeit in diesem Beruf wesentlich beigetragen hat.) Nach meinen Ueberzeugungen gelten für den Buchdruckerverband heute noch die Worte, welche sein früherer Präsident, der noch heute lebende Härtel, 1873 in einer Versammlung in Berlin aussprach: „Officiell gehört der Buchdruckerverband keiner Partei an, aber im Geiste sind wir bei der socialdemokratischen Partei.“ Wenn nun in der Polemik des Buchdruckerorgans gegen einen Teil der Parteipresse Aeusserungen fallen, welche dieser Auffassung zu widersprechen scheinen, so halte ich gerade diese Aeusserungen für das allerungeeignetste Material, das bei der Beurteilung der Frage der politisch neutralen Haltung der Gewerkschaften verwandt werden kann. Und wenn schliesslich von den Gewerkschaften selbst die bisher innegehaltene Neutralität in parteipolitischen Fragen in den letzten Jahren etwas stärker betont ist, als dies früher üblich, so geschieht es, um den an Zahl in kurzer Zeit so bedeutend angewachsenen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften zu zeigen, dass die Gründer und Leiter dieser Gewerkschaften, welche nicht der Arbeiterclassen angehören, diese Organisationsgebilde nicht geschaffen haben, um die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben, sondern um eine Schutztruppe für das Unternehmertum zu bilden, dem die rapide Entwicklung der modernen Gewerkschaften gefährdend erscheint. Wären die Gründer der christlichen Gewerkschaften davon überzeugt, dass die materielle Lage der Arbeiter gehoben werden müsse, so wären diese Gewerkschaften früher, als unsere modernen Organisationen gegründet worden; denn keinem war die elende Lage der Arbeiter so bekannt, wie gerade den Vertretern der christlichen, besonders der katholischen Kirche, die im steten Verkehr mit der Arbeiterbevölkerung standen und das Familienleben der Arbeiter kannten. Es waren hier also andere

Motive, wie ich sie oben genannt, nicht die Absicht, die Lage der Arbeiter zu heben, die Ursache der Organisationsgründung. Für die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften selbst sehe ich jedoch in den christlichen Organisationen keine dauernde Gefahr, wenn auch eine vorübergehende Zersplitterung der Kräfte. Die in diesen Organisationen vereinigten Arbeiter wachsen denen, welche sie zur Organisation riefen, bald über den Kopf. „Sobald die Mitglieder zur Erörterung des Zweckes einer Gewerkschaft schreiten, heisst es für die Gründer dieser Organisationen, mit Front zu machen gegen das Unternehmertum oder jeden Einfluss in der Organisation zu verlieren. Gleichviel, welchen Weg sie wählen mögen, sie haben entgegen dem beabsichtigten Zweck nur das erreicht, dass sie Arbeiterkreise mit dem Organisationsgedanken vertraut und deshalb für den Anschluss an die moderne Gewerkschaftsbewegung befähigt gemacht haben, die sonst nur nach jahrelanger, mühevoller Arbeit für diese gewonnen worden wären.“

Die mit der Gewerkschaftsbewegung Vertrauten wissen, dass die Schriftsteller, welche heute über den Nutzen oder den Nachteil der sogenannten Neutralisierung der Gewerkschaften schreiben, nicht eine neue Idee gehabt haben, sondern eine Sache behandeln, welche in der Gewerkschaftspraxis längst üblich ist. Die Richtigkeit dieser Behauptung mag an einigen Thatsachen nachgewiesen werden.

Abgesehen von Artikeln, welche in dem socialdemokratischen Organ: Der Volksstaat im Jahre 1873 erschienen, und in denen betont wurde, dass die Gewerkschaften politisch neutral sein müssen und dass die Gewerkschaftsbewegung „kein Schwanz der politischen Partei“ sein dürfe, liegt auch ein nach dieser Richtung gehender Beschluss einer Gewerkschaftsconferenz aus jener Zeit vor.

Auf der Gewerkschaftsconferenz, welche am 28. und 29. Mai 1875 in Gotha stattfand, wurde, nach dem Bericht<sup>1)</sup>, über die Stellung der Gewerkschaften zur Partei folgendes ausgeführt: „Die Gewerkschaft soll dem Arbeiter Schutz- und Hilfsmittel innerhalb der heutigen Gesellschaftsorganisation sein und zugleich die Keime für die socialistische Zukunftsproduction legen, indem durch dieselbe der gemeinschaftliche Geist gehegt und der Arbeiter zum Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen herangezogen werde. Wolle der Arbeiter Politik treiben — und er muss sich auch dieses Gebietes bemächtigen, will er seine Classeninteressen gefördert und vertreten sehen —, so möge er sich der socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands anschliessen, deren Programm und Organisation genügende Garantien dafür bieten, dass ihre Angehörigen nur für und im Interesse der Arbeiter wirken werden.“ Diese Ausführungen fanden von keiner Seite Widerspruch, und es wurde folgende von Fritzsche eingebrachte Resolution einstimmig angenommen: „Die Conferenz erklärt: Es ist Pflicht der Gewerkschaftsgehossen, aus den Gewerkschaftsorganisationen die Politik fern zu halten, dagegen sich der socialistischen Arbeiterpartei anzuschliessen, weil nur diese die politische und wirtschaftliche Stellung der Arbeiter in vollem Masse zu einer menschenwürdigen zu machen vermögen.“

<sup>1)</sup> Veröffentlicht im Volksstaat vom 6. Juni 1875.

Man kann sagen, dass nach diesem Grundsatz dauernd in der Gewerkschaftsbewegung gehandelt worden ist. Derselbe ist auch nach dem Fall des Socialistengesetzes, welches letzteres den Gewerkschaften es ohnehin unmöglich machte, für die Partei öffentlich einzutreten, ausgesprochen worden. So führte z. B. der Abgeordnete Bock auf dem Hallenser Parteitag 1890 folgendes aus, ohne von irgend einer Seite Widerspruch zu finden: „Wollen wir die Gewerkschaftsbewegung pflegen, dann müssen wir nicht nur die zielbewussten Arbeiter an uns ketten wollen, sondern gerade an die grosse Masse der Indifferenten herangehen, und die bekommen wir nur dann, wenn wir den Gewerkschaften nicht einen ausgesprochen politischen Charakter verleihen. Die Leute politisch aufzuklären, ist Sache der politischen Partei; in den Gewerkschaften soll man sie widerstandsfähig machen gegen das Capital, gegen das Unternehmertum.“<sup>2)</sup>

Und der Streit, der ein Jahrzehnt lang in der deutschen Gewerkschaftsbewegung gekämpft wurde um die Form der Organisation, um locale oder centrale Verbandsorganisation, es war kein Streit um leere Formen, sondern, das kann heute gesagt werden, ein Streit darum, ob die Gewerkschaften einen parteipolitischen Charakter haben oder politisch neutral sein sollten. Das war kein „Froschmäusekrieg“, wie Leute, denen man ein besseres Urteil zutrauen konnte, gemeint haben, das war ein Streit der Meinungen über die Tendenz und die Aufgaben der Gewerkschaften. Nachdem eine scharfe Trennung zwischen den Organisationen localer und centraler Richtung eingetreten war, stellten die ersteren in ihrem Programm fest, dass sie socialdemokratische Gewerkschaften sein wollen, und neuerdings wollten sie, um keinen Zweifel über ihre Stellung zu lassen, ihre centrale Verbindung als Föderation der socialdemokratischen Gewerkschaften bezeichnen. Wäre die Frage bezüglich der politischen Stellung der Gewerkschaften nicht schon vorher einfach dadurch entschieden, dass die gewerkschaftlichen Centralverbände die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in sich vereinigt hatten, so wäre der Entscheid durch den ersten Gewerkschaftscongress, der 1892 in Halberstadt stattfand, getroffen worden. So aber war die dort erfolgte Trennung der Centralverbände von den Localorganisationen nur die öffentliche Bestätigung einer bereits vollzogenen Thatsache.

Auf den späteren Gewerkschaftscongressen wurde nur durch gelegentliche Aeusserungen die Stellung, welche die Gewerkschaften gegenüber der Partei einnehmen, gekennzeichnet. Auf dem letzten Gewerkschaftscongress in Frankfurt a. M. fand ich die allseitige Zustimmung der Congressdelegierten, als ich erklärte: „Die gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands sind nicht socialdemokratisch, aber die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften sind zum allergrössten Teil Mitglieder der socialdemokratischen Partei.“ Eine ähnliche Erklärung gab der Vorsitzende des Congresses, Bömelburg, ab. Es handelte sich hier also um eine von den deutschen Gewerkschaften anerkannte Thatsache, und es liegt kein Grund vor, eine Aenderung dieser bisher verfolgten Taktik herbeizuführen. Die Aufhebung des Verbindungsverbotés für politische Vereine würde eine

<sup>2)</sup> Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags zu Halle, 1890, pag. 218.

solche Aenderung schliesslich auch nur für die Gewerkschaften ermöglichen, welche davon absehen wollen, die in dem betreffenden Berufe beschäftigten weiblichen Arbeiter zu organisieren. Das ist aber dort unmöglich, wo die Gewerkschaft mit einer grösseren Zahl weiblicher Arbeitskräfte zu rechnen hat. Aber selbst, wenn kein vereinsgesetzliches Hindernis vorhanden wäre, würden die Gewerkschaften kaum von dem eingenommenen Standpunkte der Neutralität abgehen, weil es eine Verschwendung von Zeit und Kraft bedeuten würde, wollte man socialdemokratische Gewerkschaften neben einer socialdemokratischen Parteiorganisation unterhalten. Sollen die Gewerkschaften socialdemokratisch sein, dann können sie auch gleichzeitig die Function der Partei übernehmen, oder aber die Partei müsste ihre Organisation so ausgestalten, dass sie die gewerkschaftliche Aufgaben zu erfüllen vermag. Socialdemokratische Gewerkschaften neben einer socialdemokratischen Parteiorganisation sind ein Unding, und deswegen werden solche Organisationsgebilde auch nicht entstehen oder doch nur ein kümmerliches Dasein fristen können. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung dürfte hierfür wohl als Beweis dienen können, denn in ihr spielen die sich socialdemokratisch nennenden Localorganisationen — die übrigens, wie einige Localorganisationen im Solinger Bezirke, alles andere, nur keine socialdemokratischen Gewerkschaften sind — keine Rolle.

Wenn nun gesagt wird, die gewerkschaftlichen Centralverbände wären nicht politisch und religiös neutral, weil gelegentlich in Versammlungen antireligiöse oder gegen eine bürgerliche Partei gerichtete Aeusserungen fallen oder ab und zu in den Fachzeitungen diesen Aeusserungen entsprechende Artikel erscheinen, so ist damit noch nicht erwiesen, dass nicht Neutralität geübt werden soll. Solche Aeusserungen würden auch kommen, wenn die Redacteurs und die Versammlungsredner in den Gewerkschaften nicht gleichzeitig in der socialdemokratischen Partei wären. Das wird und muss so lange geschehen, als die Religion als Deckmantel für politisch reactionäre Zwecke benutzt wird und aus bürgerlichen Kreisen kommende sogenannte Arbeiterfreunde versuchen, durch Vorspiegelung falscher Thatsachen die Arbeiter glauben zu machen, dass es keine Classen in der heutigen Gesellschaft gebe, die Arbeiter sich deshalb auch nicht als Classe zu fühlen, als Classe zu organisieren und Classeninteressen zu verfolgen hätten.

Wenn ich somit die sogenannte Neutralisierung der Gewerkschaften bei den gewerkschaftlichen Centralverbänden (nicht aber bei den Localorganisationen, den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen und den christlichen Gewerkschaften) als eine vorhandene Thatsache anerkenne und nicht glaube, dass durch noch so schöne Darlegungen von dem praktischen Gewerkschaftsleben Fernstehenden eine Aenderung in der eingenommenen Haltung herbeigeführt werden kann, so muss mir eine theoretische Erörterung der Frage der Neutralisierung der Gewerkschaften überflüssig erscheinen. Trotzdem will ich, um jedem Missverständnis vorzubeugen, kurz die Gründe für diese Stellungnahme der Gewerkschaften anführen, wenn ich damit auch hier wiederholen muss, was ich des öfteren schon öffentlich erklärt habe.

Die Gewerkschaften dürfen keinen parteipolitischen Charakter haben, weil im wirtschaftlichen Kampfe alle Arbeiter ohne Rücksicht auf ihr religiöses oder politisches Glaubensbekenntnis vereinigt werden müssen. Der Gewerkschaftskampf aber ist Classenkampf in ausgeprägtester Form, und deshalb müssen die an ihm Beteiligten in mehr oder weniger langer Zeit dazu kommen, ihre politische Vertretung in der Partei zu sehen, welche die Arbeiterinteressen als Classeninteressen vertritt und das ist die Socialdemokratie. Nach meiner Ueberzeugung wird also ein politisch neutrales Verhalten der Gewerkschaften die Heranziehung der indifferenten Arbeiter zum Classenkampf auch auf politischem Gebiete nicht hindern, sondern befördern, und die Centralverbände dürften nach dieser Richtung mehr geleistet haben, als manche ihnen zuzusprechen geneigt sind. In ihnen werden alle Mittel angewandt, die Classenlage der Arbeiter zu heben, vom radicalsten Mittel, dem Strike, bis herab zur geringfügigsten Unterstützungseinrichtung. Alle Massnahmen, alle Gedanken richten sich darauf, den gewerkschaftlichen Kampf wirksam zu gestalten, höheren Anteil an den Erträgen der Arbeit, grösseren Einfluss auf die Gestaltung der Production zu erhalten, eine Macht im Wirtschaftsleben zu werden, Selbstschätzung und Selbstbewusstsein des einzelnen zu steigern. Und eine solche Thätigkeit sollte nicht dazuführen, die Arbeiter, die bisher den Parteien gefolgt sind, welche die Arbeiter nur zu dem Zweck benutzten, die heutige Classenherrschaft zu erhalten und sie deswegen von der Vertretung ihrer Classeninteressen abzuhalten, zum Classenbewusstsein zu bringen? Arbeiter, welche sich als gleichwertig mit anderen Staatsbürgern betrachten, Arbeiter, welche selbstbewusst sind, lassen sich nicht für reactionäre Zwecke verfolgende Parteien gewinnen, entwachsen dem Gängelbände, an welchem sie bisher geleitet worden sind. Wo ernstlich die Ziele der Gewerkschaften erstrebt werden und um ihre Erreichung gekämpft wird, da tritt der Classenkampf in Erscheinung; da bedarf es einer besonderen Erziehung für denselben durch Propaganda für die auf dem Boden des Classenkampfes stehende Partei nicht.

Eine solche Propaganda ist aber der Erreichung des gewerkschaftlichen Zweckes hinderlich, weil sie den Gegnern der Arbeiterbewegung Gelegenheit giebt, Organisationen gewerkschaftlicher Natur zu gründen und zu erhalten, welche nur dazu dienen sollen, die Arbeiterschaft auch fürderhin ins Schlepptau der bürgerlichen Parteien zu bringen. Die hierdurch herbeigeführte Zersplitterung in der Gewerkschaftsbewegung macht es die ernstlich auf einen Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung bedachten Arbeiter unmöglich, in diesen Kampf einzutreten und thun sie es doch, so unterliegen sie. Das Resultat ist, dass die Arbeiterkreise, welche von der absoluten Nothwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung nicht überzeugt sind, nicht nur entfremdet werden, weil sie an der Möglichkeit zweifeln, dem Unternehmertum erfolgreich entgegenzutreten zu können, sondern auch der Agitation für Organisation der Arbeiterklasse zur Erreichung politischer Ziele für längere Zeit indifferent gegenüberstehen werden. Deshalb sollten gerade diejenigen, welche wünschen, dass die Zahl der im Classenkampf stehenden Arbeiter vergrössert wird, es sich ernstlich überlegen, ob es gerathen ist, den Gewerkschaften einen social-

demokratischen Charakter zu geben und dadurch die unter dem Banne religiöser und falscher patriotischer Anschauungen stehenden Arbeiter von den Gewerkschaftsorganisationen fernzuhalten.

Unsere Gewerkschaftsverbände sind stets von den Gegnern der Arbeiterbewegung als sozialdemokratisch verschrien worden, und das wird weiter geschehen, auch wenn diese gewerkschaftlichen Organisationen ihre Neutralität in religiösen und politischen Fragen noch mehr betonen, als es bisher geschehen ist. Es gilt aber nicht die Gegner der Arbeiterbewegung, die gegen bessere Ueberzeugung oder infolge der ihnen durch die Erziehung eingepägten Anschauungen der modernen Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstehen, sondern es gilt die Arbeiter, welche zum Classenbewusstsein noch nicht gekommen sind, für unsere Bewegung zu gewinnen. Sollen wir durch eine zur Erreichung unseres Zweckes und Zieles nicht erforderliche Stellungnahme unseren Gegnern es leicht machen, die indifferenten Arbeiter unserer Bewegung fern zu halten? Unter keinen Umständen. Wir dürfen nicht verkennen, welchen Einfluss heute noch die Vertreter der Kirche und die Unternehmer auf die Gedankenwelt der Arbeiter ausüben. Weite Arbeiterschichten stehen heute ihren organisierten und sozialdemokratisch gesinnten Classengenossen feindlicher gegenüber, als ihren Ausbeutern. Diese Feindschaft wird nur schwinden, wenn wir diesen Arbeitern zeigen, dass wir zunächst in den Gewerkschaften ihre materiellen Interessen zu wahren bestrebt sind und unsere Organisationen nicht den Zweck haben, die von uns als richtig anerkannte Weltanschauung unter allen Umständen den Arbeitern aufzudrängen, welche heute im Banne der in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung geltenden und amtlich geachteten Anschauung stehen. So sehr ich davon überzeugt bin, dass über kurz oder lang auch diese Arbeiterschichten zu unseren Anschauungen kommen werden, so würde dies doch nur sehr langsam geschehen, wenn wir nicht bestrebt sein wollten, sie uns durch unsere Gewerkschaften näher zu bringen, ihre Feindschaft zu besiegen, das feindselige Verhalten in Freundschaft umzuwandeln. Es fällt mir nicht ein, einem sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter zu raten, seine Gesinnung zu verleugnen, nur um die indifferenten Arbeiter zu gewinnen. Das hiesse Heuchelei. Ich halte es aber für falsch, innerhalb der Gewerkschaftsorganisation für unsere politischen Ideen Propaganda zu machen. Dadurch würden uns nicht nur die religiös gesinnten, politisch noch indifferenten oder der Sozialdemokratie feindlich gegenüberstehenden Arbeiter fern der im Gewerkschaftskampf einigen Arbeiter kommen, was in Strikezeiten nicht nur nachteilig, sondern geradezu gefährlich werden könnte. Somit sollten nicht nur die Freunde der Gewerkschaften, sondern auch alle diejenigen, welche durch Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter für die Arbeiterklasse eine höhere Culturstellung und dadurch einen Fortschritt der Arbeiterbewegung herbeiführen wollen, also die Sozialdemokraten, am energischsten für politisch neutrales Verhalten der Gewerkschaften eintreten. Deshalb würde ich es für einen grossen Nachteil für die Gewerkschaftsbewegung halten, wenn der nicht aus Gewerkschaftskreisen gekommene Anregung über die Frage der Neutralisierung zu streiten,

Folge gegeben und eventuell Meinungsverschiedenheiten innerhalb einer Organisation oder mehrerer Organisationen unter einander entstehen würden. Man soll den Gewerkschaften es überlassen, den Weg zu wählen. Sie werden, auch wenn das politisch neutrale Verhalten sich noch schärfer offenbaren würde, als bisher, doch nie im Gegensatz zur Socialdemokratie stehen, weil die fortgeschrittensten Arbeiter stets nur zur fortgeschrittensten Partei sich zählen können.

Bei dem bisherigen neutralen Verhalten sind die Gewerkschaften mächtig an Mitgliederzahl gewachsen, und jene Arbeiter, welche den Organisationen angehören, die zu dem Zweck gegründet wurden, ein Gegengewicht gegen unsere Gewerkschaften zu bilden, sind infolge des richtigen Verhaltens der letzteren schon heute gezwungen, zu erklären, dass sie diesen nicht feindlich mehr gegenüberstehen können.

Zwar glaube ich nicht, dass die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in hellen Haufen zu unseren Organisationen in nächster Zeit herüberströmen werden. Das würde nicht geschehen, auch wenn die Neutralität der letzteren bis zur Verleugnung der Socialdemokratie ginge. Die Agitatoren der Centrumspartei, welche die christlichen Gewerkschaften gründeten, werden stets einen Gegensatz zwischen christlich gesinnten und den unseren Gewerkschaften angehörenden Arbeitern zu erhalten bestrebt sein. Unter diesem Gesichtspunct sind die christlichen Gewerkschaften geschaffen, ist dem Organisationsdrang der Arbeiterklasse Rechnung getragen. Es galt und wird auch ferner gelten, die Arbeiterschaft vom ernstesten gewerkschaftlichen Kampf, der zur Selbständigkeit der Arbeiter führt und führen muss, fernzuhalten. Dass dies auf die Dauer nicht geht, haben die Vorgänge in der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der letzten Zeit deutlich gezeigt. Es wäre falsch, durch eine Aenderung der bisher innegehabten Taktik der Gewerkschaften den natürlichen Entwicklungsgang in der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu stören, den Gegnern der modernen Arbeiterbewegung eine Freude zu bereiten. Die Gewerkschaften sollen nicht Recrutenschulen für die socialdemokratische Partei, sie sollen mehr sein. Sie sollen das Mittel bilden, die Arbeiter selbstbewusst zu machen, sie zur Solidarität und zur Opferfreudigkeit beim Kampfe zur Vertretung der gemeinsamen Interessen zu erziehen, Arbeiter, welche diese Eigenschaften besitzen, werden die geeignetsten Soldaten im Emancipationskampfe der Arbeiterklasse sein. Also nur keine Furcht, dass die Arbeiterbewegung versumpfen wird, wenn die Gewerkschaften sich politisch neutral halten!

## Geschichtliches zur Gewerkschaftsfrage.

Ein Beitrag zum Thema: Gewerkschaft und Partei.

Von  
Eduard Bernstein.

(London.)

Die Discussionen über die Rolle der Gewerkschaften im Emancipationskampfe der Arbeiterklasse sind so alt, wie die moderne Arbeiterbewegung selbst.

Viel früher, als man gewöhnlich meint, stossen wir schon in den Annaen dieser auf Auseinandersetzungen, die noch heute den Grundstock der Debatten über den Wert und die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen bilden. In England reichen die Debatten bis in den Anfang der dreissiger Jahre, wenn nicht noch weiter, zurück, und wer die Arbeiterblätter jener Periode nachliest, wird dort nicht wenigen der Argumente begegnen, die man sonst gern als die Frucht späterer Beobachtungen und Theorien betrachtet. Thatsächlich sind es fast nur secundäre Momente, hinsichtlich deren sich die späteren Discussionen von jenen der ersten Epoche unterscheiden. Die Grundprobleme selbst sind die gleichen geblieben. Von dem Zeitpunkte an, wo sich überhaupt die Differenzierung der Arbeiterbewegung in gewerkschaftliche und generell socialistische Vereinigungen, propagandistischen oder politisch-agitatorischen Charakters genauer abzeichnete, zeigen sich auch schon die Rückwirkungen dieser Differenzierung. Einige freilich erst im Keimstadium; andere aber gerade in der ersten Epoche in schroffster Ausprägung.

Solange die Vereinigungen, welche das unmittelbare Wirken für die socialistische Umgestaltung der Gesellschaft auf ihre Fahne geschrieben haben, selbst noch wesentlich utopistisch denken, d. h. von der Vorstellung einer durch Radicalmittel irgend welcher Art in Kürze zu bewerkstelligenden totalen Neuordnung beherrscht sind, solange muss ihnen auch die Gewerkschaftsbewegung als blosser Kleinigkeitskrämerei erscheinen, als Frucht von Unwissenheit, Zweifel am Princip oder Abfall von diesem. Alle ihr innewohnenden Schwächen können gegebenenfalls schon von diesem Standpunct aus in ihren Grundzügen erkannt und signalisiert werden.

Für die Kennzeichnung einer Auffassungsweise als utopistisch ist es durchaus gleichgültig, ob das ihr vorschwebende Mittel friedlichen oder gewalt-samen Charakters ist. Nicht die Natur des Mittels selbst, sondern das Verhältnis zwischen seinen factischen Möglichkeiten und den von ihm erhofften oder vorausgesagten Wirkungen bestimmt den Utopismus der es propagierenden Richtung. Es giebt Utopisten der friedlichen Mittel, wie es Utopisten der Gewalt giebt. Wenn also die Beschränkung auf friedliche Propaganda und wirtschaftliche Versuche der Betreibung politischer Action weicht, so bedeutet das zunächst noch keineswegs Preisgabe des utopistischen Denkens und Folgerns. Der politische Kampf kann unter ganz und gar utopistischen Voraussetzungen gekämpft werden und ist in fast allen Ländern lange unter solchen gekämpft worden, wobei der Opportunismus der Kämpfenden und die Gewalt der Thatsachen meist als Correctiven wirkten. Opportunismus bestimmte auch lange Zeit die Stellung der politisch kämpfenden Socialisten zur Gewerkschaftsbewegung.

Wenn es nämlich verhältnismässig leicht und ziemlich früh möglich ist, die der Gewerkschaftsbewegung als Product ihrer natürlichen Begrenzung anhängenden Mängel und Schwächen zu erkennen, so ist es um so schwerer, den richtigen Massstab für die Würdigung ihrer starken Seiten und dauernden Aufgaben zu gewinnen. Beim ersten ist der utopistische Geist kein Hindernis. Massstab des Utopisten ist das Concept einer vollkommenen Gesellschaft oder einer wesentlich unmittelbaren Entwicklung zu einer solchen. An ihm gemessen wird die Gewerkschaft umso mehr Unvollkommenheiten aufweisen, je fester sie in der unvollkommenen Gegenwart Wurzel gefasst hat. Befriedigen kann den utopistischen Kopf nur diejenige Gewerkschaft, von der dies nicht gilt.

di. h. die selbst ein Stück Utopie darstellt, mehr auf die Zukunft speculiert, als in der Gegenwart wirkt. Für die früheren Socialisten sind denn auch die Gewerkschaften lange nur ein notwendiges Übel gewesen. Und zwar ein notwendiges Übel im doppelten Sinn, es erwies sich als unmöglich ihr Aufkommen zu verhindern, und es war zugleich auch unmöglich, auf diese Form der Bewegung dauernd Verzicht zu leisten. Erhebliche Teile der Arbeiterklasse liessen sich nicht von der gewerkschaftlichen Organisation abbringen, und viele Arbeiter waren nur mittels der gewerkschaftlichen Verbindung zu dauernder Beteiligung an Organisationen für ihre sociale Hebung zu bewegen. Wohl oder übel musste man sich daher mit den Gewerkschaften abfinden. Aber in der Mehrheit der Fälle war die Abfindungsweise eine ziemlich üble.

Ob, wie es hier und da geschah, der Gewerkschaft zugemutet wird, ihr Arbeitsgebiet mit Rücksicht auf politische etc. Bewegungen, enger zu ziehen, als ihren eigenen Bedürfnissen entspricht, oder ob, was anderwärts der Fall, ihr Aufgaben zugeschoben werden, denen sie nicht gewachsen ist, läuft insofern auf das Gleiche hinaus, als jedesmal ihre natürliche Entwicklung unterbrochen, sie von der Verfolgung eines Teils der ihr naturgemäss zufallenden Aufgaben abgelenkt wird.

Nun ist jedoch der Grad oder Umfang dieser „naturgemässen“ Aufgaben selbst wieder etwas durchaus Relatives, von wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen bestimmt. Es sind immer gewisse wirtschaftliche oder politische Voraussetzungen erforderlich, um die Gewerkschaft zur Erfüllung bestimmter Aufgaben zu berufen und zu befähigen. Fehlen sie, so kann die Beschäftigung mit ihnen grosse Kraftvergeudung bedeuten. Es heisst also jedesmal ausfinden, welches nach Lage der gegebenen allgemeinen Entwicklung die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Tätigkeit sind, und das ist nicht immer eine sehr einfache Sache. Denn die Entwicklung vollzieht sich nicht sprungweise und nicht in allen Gewerben in gleicher Art und Schnelligkeit. Ohne genauere Sachkenntnis und eine gewisse, nicht mit Missachtung der Theorie zu verwechselnde theoretische Unbefangenheit lässt sich da schwer das Richtige treffen. Je mehr der Socialist zu doctrinärer Verallgemeinerung neigt, umso mehr ist er gegen den prüfend vorgehenden Mann der Praxis im Nachteil.

So hat sich in verschiedenen Ländern die Gewerkschaftsbewegung in bald latenter und bald ausgesprochener Opposition zur socialistischen Partei ihr Arbeitsgebiet abgesteckt. Es ist ausserordentlich interessant und lehrreich, an der Hand der Geschichte der Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder die mannigfachen Formen, Aeusserungen und Ergebnisse dieses wechselvollen Ringens zwischen Gewerkschaft und Arbeiterpartei zu verfolgen. Lehrreich namentlich deshalb, weil es uns vor vorschnellem Dogmatisieren auf Grund einseitiger Erfahrungen schützt. Nehmen wir nur ein einzelnes Land als massgebenden Typus, etwa wie es heute allgemein hinsichtlich der Gewerkschaften geschieht, England, so sind wir immer der Gefahr ausgesetzt, vieles für wesentlich und allgemein gültig zu halten, was im Grunde nur zufällig, d. h. Product localer Besonderheit ist. Um das Wesentliche vom Zufälligen gut unterscheiden zu können, müssen wir eine ganze Reihe von Ländern mit einander vergleichen. Da stossen wir nun hinsichtlich des Verhältnisses der Gewerkschaften zur socialistischen und politischen Arbeiterbewegung auf ausserordentlich weitgehende Verschiedenheiten.

Der bekannte Kathedersocialist Professor W. Sombart, hat jüngst in einigen Vorträgen, die er später in der Neuen Deutschen Rundschau, unter dem Titel: „Aus Theorie und Geschichte der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, veröffentlicht hat, eine sehr beachtenswerthe Parallele zwischen der Entwicklung der englischen und der deutschen Gewerkschaftsbewegung gezogen. Er kommt da am Schluss zur Folgerung, dass sich auch in Deutschland die Verselbständigung der Gewerkschaftsbewegung, ihre „Emancipation von der Vormundschaft der politischen Parteien“ vollzieht, und erblickt in dieser Verselbständigung einen Gesundungsprocess, der jede Förderung verdiene. Die Vorträge sind von einigen Socialisten lebhaft angegriffen worden, aber wohl mehr wegen dessen, was man hinter ihnen suchte, als auf Grund ihres wirklichen Inhalts, ihrer wirklichen Tendenz. Denn Sombart lässt darüber keinen Zweifel, dass er diese Verselbständigung nicht als eine Wendung zur Nurgewerkschaftssimpelie auffasst, dass ihm die Gewerkschaft überhaupt nicht die Alternative der politischen Arbeiterbewegung ist, sondern ihre Ergänzung, ein Stück der grossen socialistischen Bewegung ist. Bis soweit waren seine Vorträge selbst vom Standpunct der strengsten Orthodoxie unanfechtbar. Was sie an wirklich zur Debatte herausforderndem Material enthielten, liegt jenseits der so abgesteckten Grenze. Gerade dieses Gebiet liessen jedoch seine socialistischen Kritiker unberührt.

In England haben sich die Gewerkschaften erst zu ihrer vollen Kraft entwickelt, als die socialistische Bewegung aufgehört hatte, sich in einer selbständigen politischen Partei zu verkörpern. Ihre Verbindung mit der specifisch socialistischen Bewegung war hier immer nur eine sehr oberflächliche gewesen, hat nie längeren Bestand gehabt. Es hat dies seinen Grund darin, dass erstens ein Teil der englischen Gewerkschaften älteren Datums sind, als die socialistischen und politischen Arbeitervereine, und dass zweitens die socialistische Bewegung als solche zusammenbrach, ehe sie noch die beiden Stadien des friedlichen und des revolutionären Utopismus überwunden hatte. So musste naturgemäss derjenigen Partei oder Richtung, welche die nächsten Reformforderungen des Socialismus übernahm und mit Aussicht auf Erfolg in der Oeffentlichkeit vertrat, dem bürgerlichen Radicalismus in seinen verschiedenen Schattierungen, auch das Erbe der socialistischen Partei bei den Gewerkschaften zufallen. Denn unpolitisch wären die englischen Gewerkschaften immer nur der Form nach. Am politischen Leben haben die regeren und thätigeren Elemente der Gewerkschaftswelt stets lebhaften Anteil genommen.

Unterstellen wir für Deutschland eine ähnliche politische Entwicklung, wie in England, nehmen wir an, Bismarck habe 1866 statt des allgemeinen und gleichen Wahlrechts nur ein beschränktes, mit allerhand Stacheldrähten umgebenes Wahlrecht eingeführt oder 1878 mit der ihm damals zu Gebote stehenden Mehrheit das bestehende Wahlrecht in diesem Sinne zurückrevidiert, so würde das Verhältnis der Gewerkschaften zu den politischen Parteien sich hier wahrscheinlich nicht sehr von dem in England obwaltenden unterscheiden. Die Beziehungen der Gewerkschaften zur Socialdemokratie werden einerseits durch politische Machtverhältnisse und andererseits durch den Höhegrad des Verständnisses für die beiderseitigen Aufgaben bestimmt. In dieser Hinsicht fand aber in Deutschland das Jahr 1866 die Dinge noch sehr im Argen, das Jahr 1878 sie nur erst zum Teil geklärt vor.

Sombart berührt einige Thatsachen, wie die grosse Aehnlichkeit des Schweitzerschen Gewerkschaftsbundes mit der Owerischen consolidierten Trades Union, um den Parallelismus der deutschen mit der englischen Gewerkschaftsentwicklung aufzuzeigen. Aber er schöpft hier nur aus zweiter Hand; wäre ihm die esoterische Geschichte der Bewegung genauer bekannt, so hätte er zeigen können, wie sich im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein das Gewerkschaftsproblem immer wieder von neuem als Spaltpilz geltend machte; heute vertreten durch F. W. Fritzsche, ein andermal durch P. Grottkau, und dann wieder durch die Gebrüder Kapell, mit dem blanquistisch gestimmten Hasselmann als intellectuellen Vertreter der Gegenströmung. In der sog. marxistischen Fraction der deutschen Socialdemokratie konnte das Gewerkschaftsproblem Gegensätze von gleicher Schärfe nicht hervorrufen; sie stand dazu der Bewegung zu frei gegenüber. Aber ganz ohne Reibereien ging es auch hier nicht ab. Bei vielen Conflicten zwischen Hamburg und Leipzig spielten Gewerkschaftsinteressen (York!) eine nicht unbedeutende Rolle. Nur stellte sich hier das Problem in gewisser Hinsicht umgekehrt, wie beim Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Galt es im ersteren, der Gewerkschaftsbewegung Ellbogenfreiheit für ihre naturgemässe Entfaltung zu erringen, so war im anderen Lager die Aufgabe, sie von etwas allzu kühnen Flügen, zu denen eine weitausblickende Theorie sie verleitet, auf den Boden der Realität zurückzuführen, wieder die Glieder nach der Decke zu strecken. Die Vereinigung der beiden Fractionen schuf in dieser Hinsicht eine Art Ausgleich bezw. stärkte die in der Richtung auf einen rationellen Ausgleich wirkende Strömung. Aber zu einem soliden Aufbau liess es schon die Mitte der siebziger Jahre in Deutschland waltende Geschäftsstille nicht kommen, und so fand das Socialistengesetz, wie Sombart feststellt, gar nicht so viel an Gewerkschaftsorganisationen zum Zerstören vor, als man gemeinhin annimmt. Ich weiss nicht, ob Sombart der erste ist, der es constatirt, aber bemerkenswert ist es jedenfalls, dass, als das Socialistengesetz fiel, d. h. nach fast zwölfjähriger erzwungener „Neutralisierung“, die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland etwa siebenmal stärker dastand, als zur Zeit seiner Verkündigung. Ihre geistigen Beziehungen zur Socialdemokratie aber waren 1890 durchaus keine weniger freundschaftlichen, wie vor 1878. Ganz im Gegenteil.

Wie mit Bezug auf die ziffernmässige Stärke der vorsocialistengesetzlichen Gewerkschaftsbewegung, muss man sich auch hinsichtlich ihrer Qualität vor Ueberschätzung hüten. Wohl fehlte es ihr nicht an hochintelligenten Vertretern, und in manchen ihrer Sectionen herrschte ein ziemlich reges geistiges Leben. Aber das war doch stets nur eine Minderheit der Gewerkschaftswelt, und dann war gerade die stärkere Beschäftigung mit Fragen allgemeinen Charakters vielfach wesentlich Folge des Umstandes, dass man noch nicht stark genug war, sich wirksam gewerkschaftlich zu bethätigen, oder sich nicht recht klar darüber war, wie weit es das Gebiet dieser Thätigkeit zu stecken galt. Die Arbeitsteilung zwischen gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterbewegung war erst im Werden, und was sich als gewerkschaftliche Vereinigung ausgab und fühlte, war oft noch nicht viel mehr als ein berufsgenossenschaftlich zusammengesetzter Discutierclub. Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung war das unvermeidlich, aber ein idealer Zustand war es nicht.

Auch waren die theoretischen Discussionen nicht gerade sonderlich fruchtbar. Dazu liessen es schon gewisse Dogmen oder dogmatisch aufgefasste Sätze der

geltenden socialistischen Theorie nicht kommen. Das eiserne Lohngesetz z. B. wirkte in dieser Hinsicht als ein richtiger Stein des Anstosses. Wer es in seiner landläufigen Fassung acceptierte, zog damit der gewerkschaftlichen Thätigkeit sehr enge Grenzen, und wer diese Fassung oder die ihr zu Grunde liegenden Sätze angriff, lief anscheinend Gefahr, eines der wirksamsten Argumente der socialistischen Propaganda zu beeinträchtigen. Von einer anderen Seite her stellte sich einer fruchtbaren Erörterung der gewerkschaftlichen Aufgaben von einem gewissen Punkt ab die wesentlich pessimistische Auffassung der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und des Classenkampfs in den Weg. Zwischen diesen doctrinären Prellsteinen drehte sich die Discussion über die Gewerkschaftsfragen in einem ziemlich engen Kreise. Was über ihn hinaus lag, war entweder „Utopie“ oder „Harmonieduselei“.

Zu den wenigen Ausnahmen von der hier gekennzeichneten Regel gehören die beiden Broschüren Carl Hillmanns über Gewerkschaftsfragen: Praktische Emancipationswinke (1873) und: Die Organisation der Massen (1875). Hillmann gab dem eiserne Lohngesetz eine höchst liberale Deutung. „Da sich der Lohn dem eiserne Lohngesetz zufolge nach den gewohnheitsmässigen Bedürfnissen eines Volkes richtet,“ schreibt er in den Praktischen Emancipationswinken, „so kann nichts näher liegen, als die gewohnheitsmässigen Bedürfnisse zu erweitern.“ Dadurch gebe der Arbeiter seiner Arbeitskraft einen höheren Wert und schütze er sich „vor Ueberproduction und Handelskrisen“ — eine Deduction, die nicht nur Lassalle über den Haufen wirft, sondern auch stark an Marx füttelt. Im übrigen ist Hillmann wesentlich Marxist, wenn auch von Hamburg-Harburger Couleur. Mit grösster Energie tritt er für die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung von der politischen Partei ein und beklagt es als Mitglied der socialdemokratischen (Eisenacher) Arbeiterpartei, dass auch sie „nicht frei von die Gewerksgenossenschaften negierenden und zerstörenden Elementen“ seien.

Wenn aber Hillmann auch einige der Schranken durchbricht, in denen sich sonst die Discussion der Gewerkschaftsfrage bewegte, so lässt er doch andere unberührt. Wo er bei Kennzeichnung der Aufgaben der Gewerkschaften den Boden der Verhältnisse, wie er sie vor sich hatte, verlässt und auf die Zukunft zu sprechen kommt, da kennt auch er nur eine Frage: die der Gestaltung der Dinge nach dem grossen Siege, im socialistischen Volksstaat. Ganz abgesehen davon, dass es sehr viel schwieriger und auch riskanter ist, die nächsten Stufen einer sich schrittweise vollziehenden Entwicklung im Voraus zu kennzeichnen, als auf eine noch weiter hinaus liegende, auf radicaler Aenderung der Machtverhältnisse beruhende Entwicklungsstufe zu exemplificieren, konnte auch in den Reihen deutscher Socialisten bei der damaligen Auffassung des socialen und politischen Entwicklungsganges der Gedanke gar nicht aufkommen, dass noch diesswärts der grossen Linie sich der Wirkungskreis der Gewerkschaften wesentlich sollte erweitern können.

Gerade umgekehrt war es in den sechziger und siebziger Jahren bei den englischen Gewerkschaftlern. Die radicalen Socialisten hatten fast jeden Einfluss auf sie verloren; umso stärker war dagegen der Einfluss der christlichen Socialisten und vor allem der Positivisten. Welche praktischen Verdienste sich die Positivisten in England um die Gewerkschaftsbewegung erworben haben, ist bekannt, und es war daher nur natürlich, dass auch ihre Theorien bei den geistig regsameren Gewerkschaftsmitgliedern williges Gehör fanden. Dies umso-

mehr, als diese Lehren in keinem Widerspruch mit der sich sichtbar vollziehenden Entwicklung standen und den factischen, unmittelbaren Bestrebungen der Arbeiter durchaus entsprachen.

Der Positivist geht als Socialökonom, wie der Socialdemokrat, von der Entwicklung zur Grossindustrie, zur Concentration der Unternehmungen aus. Diese Entwicklung ist ihm noch viel mehr eine wünschbare, wie sie eine naturgemässe Erscheinung ist. Sie ist ihm die unerlässliche Bedingung socialer Verbesserung, Herabsetzung der Arbeitszeit, grössere Regelmässigkeit der Beschäftigung, schrittweise Erhöhung der Löhne, starke und dauernde Organisation der Arbeiter haben zur Voraussetzung Wachstum der Unternehmungen an Umfang und Abnahme der Unternehmerklasse der Zahl nach. Von hier ab aber macht der Positivist Halt. Die Idee die Arbeiter als Classe zu ihren eigenen Unternehmern zu machen, ist ihm eine Utopie. Die Scheidung zwischen Unternehmern, den „Hauptleuten der Industrie“, und Arbeitern, den Soldaten der Industrie, ist ihm eine naturgemässe, die stets vorhalten werde. Alle Bestrebungen, die Arbeiter selbst zu Unternehmern zu machen, sind in seinen Augen verfehlt und zum Scheitern verurteilt. Dem Arbeiter muss als Arbeiter geholfen werden, und in keiner anderen Eigenschaft. Einiges fällt dabei dem Staat zu, anderes den Organisationen der Arbeiter, und schliesslich müssen auch die Unternehmer durch die positivistische (humanitäre) Religion und den sanften Druck der Arbeiterorganisationen dazu erzogen werden, die mit ihrer Rolle als „Hauptleute der Industrie“ verbundenen Pflichten gegen die Arbeiter in jeder Hinsicht zu erfüllen.

Der bekannte Positivist Professor Ed. S. Beesly hat die Grundzüge dieser Theorie in einem Vortrag, betitelt: Die sociale Zukunft der arbeitenden Classe, entwickelt, oder, im Mai 1868 vor englischen Gewerkschaften gehalten wurde und später als Broschüre drei Auflagen erlebte. Dieser Vortrag enthält in nuce so ziemlich die ganze Socialtheorie des modernen Kathedersocialismus. Es ist unter diesem Gesichtspunct sehr interessant, ihn mit dem Sombartschen Vortrag zu vergleichen. Sombart erklärt am Schluss, noch auf Generationen hinaus würden die Hauptleute der Industrie, die „königlichen Kaufleute“ und „genialen Unternehmer“, an der Spitze des Wirtschaftslebens stehen. Das ist durchaus im Sinne Beeslys und der Positivisten. Bloss drückt Beesly sich darin noch bestimmter, dogmatischer aus. Sein Vortrag ist vor allem gegen die damals noch stark grassirende Idee der Productivgenossenschaften gerichtet. Während er den Consumvereinen einen grossen Wert für die Arbeiterclassen zuerkennt, hat er für die Productivgenossenschaften, ob mit oder ohne Staatshilfe, nur schroffe Ablehnung.

„Eine übertriebene und abergläubische Hochachtung vor den Rechten des Eigentums“, schreibt er, „und Gleichgiltigkeit hinsichtlich seiner Pflichten, sind die vornehmsten Hindernisse der Hebung der Arbeiterclassen. Je geringer die Zahl der Eigentümer, in deren Händen das Capital concentrirt ist, umso leichter wird es sein, sie zu erziehen, zu disciplinieren und, wo es not thut, sanfter Zwang auf sie auszuüben. Aber, wenn die grossen Capitalisten eine Armee kleiner Capitalisten hinter sich haben, Leute, die den genossenschaftlichen Arbeiter in dem Genossenschaftsactionär ertränkt haben, die ihre drei oder vier hundert Pfund im Unternehmen stecken haben und ihre weniger erfolgreichen Cameraden zum Lohnsatz des Marktes beschäftigen, nun, so ist es klar, dass das Capital des Landes dann weniger als je sich wird disciplinieren lassen.“

Würde die gewerbliche Production dieses Landes in die Hände einer Masse kleiner Actionäre fallen, so würden die einfachen Arbeiter bald die Zügel fester und die Last schwerer finden. Ihr Verlangen nach Aufhebung ungerechter Gesetze würde hartnäckigerem Widerstand begegnen oder Fortschritt, den sie in der Richtung auf Annehmlichkeiten und würdigere Stellung gemacht haben, würde jäh unterbrochen werden. Glücklicherweise ist es, wie ich schon zu zeigen versucht habe, ganz und gar nicht wahrscheinlich, dass die genossenschaftliche Production jemals den capitalistischen Unternehmer aus dem Feld schlagen wird.

Ganz anders die Gewerkschaftspolitik. Ich habe es als einen verhängnisvollen Fehler der Productivgenossenschaftsdoctrin bezeichnet, dass sie das Verhältnis von Unternehmern und Angestellten als eine vorübergehende, bloss zeitweilige Einrichtung betrachtet, die abgelöst werden könne und werde, während sie von dauerndem Bestand und bestimmt ist, alle Anstürme zu überleben. Es ist ein hervorragendes Verdienst des Gewerkschaftstums, dass es diese wichtige Wahrheit anerkennt. Der praktische Menschenverstand der Arbeiter hat sich hier allen Gescheitheit von Philosophie überlegen erwiesen. Sie haben instinctiv den Satz erfasst, dass wir der Sache des Fortschritts, ob politisch oder social, am besten dienen, wenn wir darauf hinarbeiten, die derzeitigen Machthaber nicht abzusetzen, sondern zum Gebrauch ihrer Macht für gesellschaftliche Interessen zu erziehen. Das Gewerkschaftssystem bietet ferner den praktischen Vorteil, das es nicht, wie die Pläne der Philosophen, verurteilt ist, solange als speculatives Phantom impotent in der Luft zu schweben, bis es über die Hilfe des Staats zu seiner Erprobung gebieten kann. Ein paar Dutzend Leute können, wenn sie Lust haben, jeden Tag daran gehen, es in ihrem Gewerbe zur Anwendung zu bringen. Auch ist es kein fix und fertiges System, bei dem jedes Détail von vornherein mit mathematischer Genauigkeit festgesetzt ist. Es ist ausserordentlich elastisch und kann sich ganz von selbst den Umständen jedes speciellen Falles anpassen.

Es liegt auf der Hand, dass sich gegen verschiedene der hier angeführten Sätze sehr Triftiges einwenden lässt, dass sie — wie dies überhaupt dem Positivismus eigen — relativen Wahrheiten eine viel zu absolute Deutung geben. So der Comtesche Satz von der Erziehung der Machthaber, und so auch die Behauptung, dass das Verhältniss von Unternehmern und Angestellten von ewigem Bestand sein werde. Reduciert man sie dahin, dass es noch auf lange hinaus Gesetze und Regierungen geben wird, und dass es nicht die Productivgenossenschaft ist, der die capitalistische Unternehmung weichen wird, so drücken sie jedoch nur Gedanken aus, welche die bisherige Praxis durchaus bestätigt hat. Praktisch war der Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmerclassen bisher überall nur ein Kampf um Hebung der Arbeiter in ihrem Verhältnis zu den Unternehmern, aber nicht um völlige Aufhebung dieses Verhältnisses. Dieses letztere Ziel ist noch wenig über das Stadium einer abstracten oder metaphysischen Conception hinausgelangt. Wo es sich nicht einfach darum handelte, den Privatunternehmer durch einen Collectivunternehmer (Staat, Gemeinde, etc.) zu ersetzen, der die Angestellten in keine von der bisherigen wesentlich verschiedene Stellung zum Unternehmen brachte, hat sich die Zugkraft der Idee der Beseitigung des Unternehmertums für die praktische Anwendung als ausserordentlich schwach erwiesen. Die Möglichkeit, als Producenten, Handwerker oder Tausendstätt-Unternehmer zu werden, übt auf die grosse Masse der Arbeiter ganz und gar

keinen Reiz aus. Sie haben es im concreten Falle immer vorgezogen, das Lohnverhältnis principiell fortbestehen zu lassen. Allen Gewinnbeteiligungsprojecten, z. B., wie gut sie auch gemeint waren, wie radical sie auch gedacht waren, haben sie sich in der Regel skeptisch gegenübergestellt und insofern Beesly recht gegeben, der mit Bezug auf die gerade in den sechziger Jahren auftauchenden Gewinnbeteiligungspläne meinte, mit ihnen stellten die Unternehmer ihre eigene sociale Rechtfertigung in Zweifel. Wenn sie, die Unternehmer das nicht begreifen wollten, so würden es ihnen die Arbeiter durch ihre Coalitionen begreiflich machen, würden die Arbeiter den Unternehmern gegen sie selbst lehren, was ihnen gut sei. In der That erkennen die Gewerkschaften principiell nur eine Gewinnbeteiligung an: die das ganze Gewerbe umfassende Teilhabschaft, die im Tarif ihren passendsten Ausdruck findet.

Kurz, mit einigen Abstrichen hat der Vortrag Beeslys für eine ziemliche Zeit recht behalten. Was auch die spätere Zukunft bringen wird, die drei Jahrzehnte, die verstrichen sind, seit er gehalten wurde, haben ihn nicht Lügen gestraft. Für die gewerkschaftliche Propaganda aber konnte es kaum eine wirksamere Perspective geben, als die in ihm vorgezeichnet wird. Da ist auch nicht der geringste Zweifel gelassen an dem Nutzen und der dauernden Notwendigkeit der Gewerkschaften. Da ist diesen keine blösse Hilfsrolle für andere Bewegungen, keine Unterordnung unter andere Zwecke angewiesen, denen sie ihre Formen und Methoden anzupassen haben, sondern es wird ihnen eine durchaus eigene Mission zuerkannt, kraft deren sie Form und Methode nach freier Einsicht gemäss ihren besonderen Verhältnissen und Bedürfnissen zu gestalten haben.

Und diese Auffassung hat die englische Gewerkschaftswelt Decennien hindurch beherrscht — ja beherrscht sie im wesentlichen noch heute. Sie muss zwar neuerdings ihre Herrschaft mit der Formel des marxistischen Socialismus: Eroberung der politischen Macht, Vergesellschaftung der Productions- und Austauschmittel, teilen, aber wenn es zur praktischen Anwendung kommt, zeigt es sich, dass sie vorläufig noch die stärkere Macht auf die Geister ausübt, nur wenig von jener modificiert ist. Und dass sie der Gewerkschaftsentwicklung so förderlich war, wie dies überhaupt nur einer Doctrin möglich ist, kann keinen Zweifel unterstehen: Dem brittischen Gewerkschaftler, der sie in sich aufgenommen, stand kein theoretisches Bedenken im Wege, wenn er über Fragen der Organisation und Taktik zu unterscheiden hatte. Mit ihrer Hilfe ward England die Versuchsstation par excellence und in sehr hohem Grade auch das Musterland der Gewerkschaftsbewegung. Aus deren dortigen Erfolgen zog die Gewerkschaftsbewegung des Festlandes moralische Kraft, aus ihren Erfahrungen in gutem und schlechtem Sinne zog sie ihre Lehren.

Zeigt dies, dass die englische Gewerkschaftsbewegung in jeder Beziehung als massgebender Typus für die gewerkschaftliche Seite der modernen Arbeiterbewegung betrachtet werden muss? Ich bin weit entfernt, diesen Schluss zu ziehen. Sie ist bis zu einem gewissen Grade eine Reincultur, aber eine Reincultur auf geschichtlich ganz speciell präpariertem Boden. Als solche hat sie manche Vorurteile hinsichtlich der Begrenzung der Möglichkeiten gewerkschaftlicher Action zerstört. Ohne sie wäre es wahrscheinlich sehr viel schwerer gewesen, die doctrinären Vorurteile zu überwinden, die sich anderwärts der freien Entfaltung der Gewerkschaftsbewegung in den Weg stellten. Aber nicht

alles, was auf englischem Boden wächst, lässt sich kurzerhand auf anderen Boden übertragen, und kein vernünftiger Grund zwingt zu dem Schluss, dass nur das möglich und zweckmässig ist, was in England erzielt wurde, dass England in allen Dingen den zweckmässigsten Weg gezeigt hat.

Absolut genommen sind die Gesamtzahlen der englischen Gewerkschaftsbewegung bis jetzt unübertroffen. Die Armee der englischen Gewerkschaften, ihr Vermögen, ihr Haushalt weisen Zahlen auf, die in keinem Lande ihres gleichen finden. Das ändert sich jedoch schon, wenn wir von den Ziffern der Gesamtbewegung zu den Specialziffern der einzelnen Berufe gelangen. Da steht mancher englische Gewerkverein heute schon hinter festländischen Organisationen des gleichen Berufes zurück. Und rechnen wir die Gewerkschaftszahlen in ihrer Proportion zur gesamten gewerblichen Arbeiterschaft des Landes, so ist z. B. das kleine Dänemark heute gewerkschaftlich besser organisiert, als das grosse England. Die englischen Gewerkschaften umfassen noch nicht den vierten Teil der gewerblichen Arbeiterschaft Englands, der dänische Gewerkschaftsbund nahezu die Hälfte der gewerblichen Arbeiterschaft Dänemarks.

In Dänemark aber steht die Gewerkschaftsbewegung in intimer Verbindung mit der politischen Arbeiterbewegung, der socialistischen Arbeiterpartei. Sie hat mit ihr die Presse gemeinsam, sie kämpft mit ihr die Wahlschlachten unter einem Banner, der Gewerkschaftsbund entsendet zwei Mitglieder in den Vorstand der politischen Partei, diese zwei Mitglieder in den Vorstand des Gewerkschaftsbundes.

Diese enge Verbindung hat sich bisher der Entwicklung beider Flügel der Arbeiterbewegung durchaus förderlich erwiesen, von irgend welchen Unzuträglichkeiten ernsthafter Art hat man noch nichts gespürt. Allerdings ist die Bewegung im ganzen noch ziemlich jung. Aber sie hat in ihrer jetzigen Form doch schon zwei Jahrzehnte Existenz, die Feuerprobe verschiedener bedeutsamer und harter Kämpfe hinter sich.

Aus dem allen kann man jedenfalls den Schluss ziehen, dass die intime Verbindung zwischen politischer und gewerkschaftlicher Bewegung nicht unter allen Umständen für diese ein Nachteil zu sein braucht. Zugleich aber ist selbstverständlich nachzuforschen, ob und welchen besonderen Gründen oder Umständen es zuzuschreiben ist, dass die dänischen Gewerkschaften sich durch diese intime Verbindung in ihrer Entwicklung nicht behemmt fühlen.

Soweit sich die Dinge aus der Ferne beurteilen lassen, darf man dieses günstige Ergebnis darauf zurückführen, dass

erstens die dänische socialistische Partei auf in der Hauptsache jungfräulichen Böden arbeitete und in hohem Grade die Nährmutter der Gewerkschaftsbewegung gewesen ist;

zweitens die Partei sich jeden Versuchs enthalten hat, den Gewerkschaften in deren Specialangelegenheiten unaufgefordert Verhaltensmassregeln zu geben;

drittens die Partei ihrerseits im politischen Kampfe bisher durchgängig eine den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Gewerkschaftsbewegung homogene Taktik beobachtet hat.

Ob sich dies intime Verhältnis auf die Dauer wird aufrecht erhalten lassen, oder ob nicht auf einer späteren Stufe der Entwicklung, wenn die Gewerkschaften eine noch grössere Kraft erlangt haben, in ihren Reihen separatistische

Tendenzen die Oberhand gewinnen werden, lässt sich natürlich nicht voraussagen. Es ist möglich, dass dies erfolgt, aber es ist nicht absolut notwendig. Tritt es ein, ohne dass sich im übrigen eine erhebliche Gegensätzlichkeit zwischen der Gewerkschaftsbewegung und der politischen Arbeiterpartei ausbildet, so würde man es eventuell als das naturgemässe Resultat des Wachstums der Bewegung in Bezug auf Zahl und Aufgaben zu betrachten haben. Die absoluten Zahlen der dänischen Bewegung sind, natürlich sehr viel kleiner, als die der englischen oder deutschen Organisationen, und es mag sein, dass, was bei gewissem Zahlenverhältnis möglich und vorteilhaft war, sich bei grösserer Ausdehnung als nicht mehr zweckmässig erweist.

Das wird eben abgewartet werden müssen. Vorläufig haben wir jedoch als feststehend die Thatsache vor uns, dass mindestens bis zu einem gewissen Punct eine der englischen fast diametral entgegengesetzte Entwicklung möglich ist ohne jeden erweislichen Nachteil — ja, wie es scheint, mit manchen Vorteilen für die Bewegung. Auch anderwärts, wie zum Beispiel in Belgien, besteht eine enge Verbindung zwischen gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterbewegung ohne ersichtliche Beeinträchtigung der ersteren. Allerdings ist die belgische Bewegung in ihrer heutigen Gestalt ebenfalls noch ziemlich jung, und so können auch ihre Erfahrungen nur innerhalb bestimmter Grenzen Geltung beanspruchen.

Dasselbe muss von Frankreich gesagt werden, wo wir wieder auf etwas andere Beziehungen zwischen politischer Arbeiterpartei — bzw. Parteien — und Gewerkschaften stossen.

Kurz, wenn wir die verschiedenen Länder durchgehen, werden wir in kaum zweien völlig gleiche Verhältnisse hinsichtlich unseres Gegenstandes finden, und es bedarf einer ziemlich eingehenden Untersuchung, um zu ermitteln, ob das Ergebnis in jedem concreten Falle ein wesentlich besseres sein würde, wenn die Bewegung nach dem Muster irgend eines anderen Landes organisiert wäre und dessen Taktik acceptierte. Dass Organisation und Taktik keine gleichgiltigen Dinge sind, und dass, was sich scheinbar naturgemäss entwickelt hat, nicht schon deshalb das beste und zweckmässigste ist, liegt auf der Hand. Um mit Marx zu reden: ein Land kann und soll von dem anderen lernen. Aber lernen heisst nicht sklavisch nachahmen. Manches, was in einem Lande nötig ist, ist in dem anderen überflüssig, und umgekehrt. Verschiedenheiten im Stande der wirtschaftlichen Entwicklung, der socialen Einrichtungen, des Rechts- und Verwaltungswesens haben Verschiedenheiten im Umfang der den Gewerkschaften zufallenden Aufgaben zur Folge und damit auch ihrer organisatorischen, finanziellen etc. Bedürfnisse.

Indes, hinter all den Verschiedenheiten stecken doch schliesslich eine Reihe von Aufgaben, die den Gewerkschaften aller modernen Länder gemein sind. Ueberall sind sie die berufenen Hüter des Arbeiters in seinem Arbeitsverhältnis. fällt es ihnen zu, ihnen jenen Schutz zu sichern, den das Gesetz teils gar nicht und teils nur unvollkommen gewährt. Das Gesetz schafft bestenfalls Mindestgarantien, lässt aber der privaten Abmachung noch einen weiten Spielraum. Innerhalb jener ist der einzelne Arbeiter, der keine Gewerkschaft hinter sich hat, Sklave der Willkür des Unternehmers und der Laune des Marktes. Das macht die Existenz von Gewerkschaften notwendig und erheischt ferner, dass die Gewerkschaften über genügende Mittel und eine genügende Organisation verfügen, um gegebenenfalls einen gewerblichen Kampf aufnehmen und mit Erfolg führen zu

können. Dieses wiederum — der Aufbau und die Erhaltung der Organisation und ihre kräftige finanzielle Fundierung — hängen zum guten Teil ab von dem Glauben der Gewerkschaften und der Arbeiter, unter denen sie werben, an die Notwendigkeit, die Leistungsfähigkeit und die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung.

Wie steht es nun damit? Haben die Beesly und die Sombart recht? Wird die Industrie noch auf lange hinaus von capitalistischen Hauptleuten geführt werden, denen gegenüber die Arbeiter des Gewerkschaftsschutzes bedürfen? Wie der Schreiber dieses über die ökonomische Zusammenbruchstheorie denkt, ist den Lesern der Socialistischen Monatshefte bekannt, aber man kann die Frage doch anders stellen. Ob Zusammenbruch oder nicht, so haben wir jedenfalls eine starke Strömung zur Ausdehnung des Gebiets der öffentlichen (Staats-, Gemeinde- etc.) Betriebe vor uns. Mit der Demokratisierung des politischen Lebens wird diese Strömung voraussichtlich sich noch wesentlich steigern. Indes, wie stark man sich diese Steigerung auch vorstellen mag, so viel ist klar, dass sie noch auf lange hinaus nur immer erst einen Teil der gewerblichen Betriebe unter direkte öffentliche Leitung bringen wird. Dasselbe muss von den Betrieben für Consumvereine gesagt werden. Und nun fragt es sich: was geschieht mit dem Rest der gewerblichen Unternehmungen? Die Alternative der capitalistischen Betriebe wäre hier der genossenschaftliche Betrieb, die Productivgenossenschaft in irgend einer Form. Wie es heute mit der Neigung der Arbeiter steht, Tausendstel-Unternehmer zu werden, wissen wir; ob sich in naher Zukunft daran viel ändern wird, erscheint mir 'zweifelhaft.

Es leitet mich dabei keinerlei Ueberschätzung der Qualitäten der derzeitigen „Hauptleute der Industrie“. Selbstverständlich ist es nicht gleichgiltig, ob ein Unternehmen einen tüchtigen Leiter hat, oder nicht, und ist nicht jeder zur Leitung geeignet. Aber die Geschäftstüchtigkeit ist keine so seltene oder so schwer auszubildende Eigenschaft, dass wir sie nur bei den wenigen zu suchen hätten, die Geburt, Glück, Erfolg in die Position von Hauptleuten der Industrie gebracht hat. Es sind insoweit nicht die Personen, um die es sich handelt. Worauf es in jenem Unternehmen ankommt, ist, dass überhaupt eine Leitung da ist, eine Leitung, welche die Verantwortung trägt und die mit der Verantwortung verbundene Autorität genießt.

Man kann sich die Lösung so vorstellen, dass der Staat die Betriebe expropriert und an Genossenschaften verpachtet. Aber dann bleiben es bis zu einem gewissen Sinne Privatbetriebe, und die Gewerkschaften behielten ihren gegenüber gerade so ihre Mission, wie es heute gegenüber den Eigenbetrieben von Consumvereinen, Gemeinden etc. der Fall.

Kurz, so oder so ist gar kein Grund abzusehen, warum die Gewerkschaften in absehbarer Zeit an Wert für die Arbeiterklasse verlieren sollten. Auch die Anschauung, dass mit der Vergrößerung der capitalistischen Unternehmungen der Einfluss der Gewerkschaften immer schwächer werden müsse, hat sich als übertrieben pessimistisch erwiesen. Mit einer Abnahme gehen wir meines Erachtens einer Zunahme des Einflusses der Gewerkschaften entgegen.

Im übrigen ist die Frage der Mission der Gewerkschaften eine Frage der Arbeitsteilung, zwischen ihnen und den politischen Arbeiterparteien. Die genauen Abgrenzungen dieser Arbeitsteilung werden wohl noch ziemlich lange von Land zu Land variieren, denn da kommen eben die historischen etc. Verschiedenheiten in Betracht. Aber nirgends macht sich die Sache so, dass der

ganze Umkreis der von der organisierten Arbeiterschaft zu bewältigenden Aufgaben von einer einzigen Organisation übernommen und befriedigend ausgeführt werden wird. Jede Einseitigkeit der Entwicklung hat sich da noch bitter gerächt. In England leidet heute die Gewerkschaftsbewegung selbst darunter, dass sie keine kräftige Arbeiterpartei neben sich hat, und andererseits ist keine kräftige Arbeiterpartei dauernd möglich ohne eine tüchtige Gewerkschaftsbewegung neben sich. Sie würde sich ohne eine solche überall in ihrem Thun gelähmt sehen, zumeist auf unfruchtbare Demonstrationen und Declamationen angewiesen sein. Ob die Gewerkschaften in irgend welcher formellen Verbindung zur politischen Partei stehen, oder nicht, ist dabei ganz untergeordnet. So wenig wie das Etikett giebt das formelle Band die sichere Gewähr gedeihlichen Nebeneinanderwirkens. Namentlich ist die Frage da gleichgiltig, wo beide Bewegungen eine so grosse Stärke erlangt haben, wie in Deutschland. Wenn das formelle Band nur auf Kosten der gedeihlichen Fortentwicklung der einen Organisationsgruppe — in Deutschland der Gewerkschaften — herzustellen ist, so wäre es widersinnig, ihr dies Opfer zuzumuten. So etwas mag einer in den Kinderschuhen steckenden Bewegung gegenüber zulässig sein, aber nicht einer Bewegung, die schon in die Jahre der Reife eingetreten ist. Indes ist die heute verschiedentlich erörterte Frage der Neutralisierung der Gewerkschaften im Ernst kaum mehr eine Frage zu nennen. Sie ist, sofern man dem Wort neutral nicht eine in diesem Falle ganz unangebrachte Deutung beilegt, jedenfalls keine Frage der Doctrin, sondern der Praxis. Und so viel sich übersehen lässt, hat die Praxis ihr entscheidendes Wort bereits gesprochen.

## Politische oder unpolitische Gewerkschaften?

Von

Heinrich Wetzker.

(Berlin.)

Ich muss gleich gegen meine eigene Ueberschrift polemisieren; ich habe das Schlagwort als Ueberschrift gewählt, weil es heute von Mund zu Mund geht, weil man sich um dieses Wort streitet, und weil ich meine Meinung dazu sagen will. Einverstanden bin ich aber mit der durch das Wort gegebenen Kennzeichnung des Streitpunctes keineswegs. Die Fragen, um die es sich hier handelt, sind nicht dadurch zu lösen, dass man sich zustimmend oder ablehnend zu einem bestimmten Schlagwort erklärt. Schlagwörter sind stets der gefährlichste Feind einer Klärung der Anschauungen, und darum gehören sie zum notwendigen Inventar aller Phraseure.

Man stellt die Frage, ob die Gewerkschaften Politik treiben sollen, und redet dabei im gleichen Atem von Parteipolitik, wie von Beschäftigung mit politischen Angelegenheiten überhaupt. Und doch liegt gerade hierin der Unterschied und, wenn daher gesagt wird, es sei eine Consequenz der sogenannten Neutralisierungsidee, dass die Gewerkschaften überhaupt nicht an der Politik interessiert seien, so ist das gerade so logisch, als wenn man sagen wollte, wer für eine allmähliche Herabsetzung der Arbeitszeit sei, muss consequenterweise einmal zur Forderung der Abschaffung jeder Arbeit gelangen.

Man hat gesagt, parteipolitisch neutrale Gewerkschaften bedeuteten eine Zurückstossung der socialdemokratischen Elemente in den Gewerkschaften; eine Schädigung der socialdemokratischen Partei, nur der Weizen der Naumann und Consorten würde in solchen Gewerkschaften blühen, sie würden zu einem Experimentierfeld für die Max Hirsch, Naumann etc. werden. Zunächst möchte ich dazu doch bemerken, dass Gewerkschaften, die

ein Experimentierfeld für die Max Hirsch, Naumann etc. wären, eben keine parteipolitisch neutralen, sondern je nachdem freisinnige oder nationalsociale Gewerkschaften wären. Die Gewerkschaften dieses Charakters zu entkleiden, zu verhindern, dass sie zum Experimentierfeld einer politischen Partei werden, sie vielmehr zu einer allgemeinen Organisation der Arbeiterklasse gegen das Unternehmertum zu machen, das ist ja gerade der Wunsch und das Bestreben derer, die für neutrale Gewerkschaften eintreten. Sodann zeugt jene Angst aber von einem recht geringen Vertrauen in die geistige Regeamkeit und Widerstandsfähigkeit der socialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder und die Werbekraft der socialdemokratischen Ideen. Wer von dem Eintritt der Mitglieder evangelischer Arbeitervereine in die bestehenden modernen Gewerkschaften eine Schädigung der modernen Arbeiterbewegung, eine Schädigung der socialdemokratischen Partei befürchtet, der muss die socialdemokratischen, gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für geistige Trottler und Schwächlinge halten und die Mitglieder evangelischer Arbeitervereine für das geistig überlegene Element, das mit seinen evangelischen Ideen die socialdemokratische Weltanschauung glänzend in den Sand strecken wird.

Nein — mit solchem Hin- und Hergerede ist gar nichts gesagt. Ich halte die parteipolitisch gegängelten Gewerkschaften für eine Kinderkrankheit der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation in Deutschland. Sie sind ein Hindernis für die Zusammenfassung aller Arbeiter zu einer einmütig handelnden Masse gegenüber dem Unternehmertum. In der Beseitigung aller parteipolitisch gefärbten Gewerkschaften und der Zusammenfassung aller Arbeiter in Berufsorganisationen ohne Rücksicht auf politische und religiöse Anschauungen sehe ich dagegen die Möglichkeit einer ausserordentlichen Stärkung der Arbeiterorganisation. Es ist ja notorisch, dass noch breite Schichten der Arbeiterbevölkerung politisch im Banne bürgerlicher Parteien stehen. Für eine Gewerkschaftsorganisation, bei der ihre politischen und religiösen Anschauungen keine Rolle spielen, wo für die Zugehörigkeit nur ihre Eigenschaft als Arbeiter in Frage kommt, sind sie natürlich viel leichter zu gewinnen, als für eine neue politische Anschauung, bei der sie mit allen bisherigen Ansichten vollständig brechen müssen. Und die mindestens ebenso grossen Massen politisch indifferenter Arbeiter wird man nicht so leicht gruselig machen können vor einer reinen Berufsorganisation, wie man das immer noch mit gutem Erfolge thun kann vor einer socialdemokratischen Parteiorganisation. Die Hinderung der Beteiligung an einer solchen Berufsorganisation wird auch der politisch indifferente Arbeiter leichter als schweres Unrecht empfinden, wie die Hinderung der Beteiligung an einer politischen Organisation.

Wer verlangt, dass die Gewerkschaften Parteipolitik treiben sollen, der kann auch nichts Stichhaltiges dagegen sagen, wenn auch freisinnige oder nationalsociale oder ultramontane Politik in ihnen getrieben wird, oder er muss dann eben eine socialdemokratische Parteigewerkschaft wollen, aus der jeder ausgeschlossen wird, der andere als socialdemokratische Politik treibt. Wer das will, der will geradezu eine Schwächung der Arbeiterorganisation.

Die Thatsachen predigen heute eindringlicher, als je, dass die gesamte Arbeiterklasse der Einigung gegen das organisierte Unternehmertum bedarf. Allenthalben bilden die Unternehmer grosse Vereinigungen mit dem ausgesprochenen Zwecke der Abwehr gegen die Arbeiterforderungen. Da haben alle, denen die Hebung der Arbeiterklasse am Herzen liegt, das grösste Interesse daran, dass die Arbeiter zur Wahrung ihrer Arbeiterinteressen in einer Organisation ohne Rücksicht auf ihre politischen und religiösen Anschauungen zusammengefasst werden. Dass der Arbeiter ist und sich mit seinen Collegen zu gemeinschaftlichem Handeln gegen den Unternehmer verbinden muss, um endlich die immer wieder verweigerte Erhöhung des Hungerlohnes, die Verkürzung der erschöpfenden langen Arbeitszeit zu erzwingen, das ist dem Arbeiter leicht begreiflich zu machen, das drängt sich ihm durch die Macht der Thatsachen auf. Sein Arbeiterbewusstsein zu heben und zu stärken, so dass es dann nur noch des Funkens der socialistischen Propaganda bedarf, um es zu vollenden, klaren Classenbewusstsein zu entfachen, diese Aufgabe wird die Gewerkschaft erfüllen, sofern sie überhaupt modernen Geistes ist.

Denn natürlich sollen sich die Gewerkschaften mit der Gesetzgebung beschäftigen. Darin, ob eine Gewerkschaftsorganisation die Gesetzgebung mit in den Bereich ihrer Kampfmittel zieht, und nicht in der Stellung zum Strike, sehe ich ein wesentliches Kennzeichen dafür, ob eine Gewerkschaft modernen Geistes ist, oder nicht. Den Strike um seiner selbst willen zu wollen, das war wohl eine anarchistische Krankheit, die heut nur noch in einzelnen Querköpfen ihre Opfer finden dürfte. Darum wird man die Gewerkschaften nicht danach unterscheiden, ob sie ihre Zwecke durch Strike oder durch Vereinbarungen erreichen wollen. Jeder Strike hat eine Vereinbarung zum Ziele, und keine Organisation wird zum Strike greifen, wenn sie die Vereinbarung ohne diesen erreichen kann. Und auch zu dauernden Vereinbarungen werden alle unsere grossen centralisierten Gewerkschaftsorganisationen mit der Zeit gelangen. Theoretische Abneigung gegen solche wird bei keiner das Hindernis bilden, sondern nur Mangelhaftigkeit der Organisation entweder der Arbeiter oder der Unternehmer oder beider Gruppen.

Wohl aber macht es einen wesentlichen Unterschied in dem Charakter einer Gewerkschaft aus, ob sie alles von der Macht ihrer Organisation erwartet und sich um die Gesetzgebung gar nicht kümmert, oder ob sie die Gesetzgebung als ein notwendiges Mittel zur Hebung der Lage der Arbeiterklasse betrachtet. Und das Gebiet ist weit, auf dem das directeste Interesse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an der Gesetzgebung in Frage kommt. Ganz abgesehen von den Coalitionsgesetzen, mit denen sich zu beschäftigen für eine Gewerkschaft selbstverständlich erscheint, ist es vor allem die gesetzliche Festlegung der längsten Arbeitszeit. Es wird ferner auch der gesetzliche Minimallohn mit der Zeit in den Kreis der Arbeiterforderungen einbezogen werden. Man hat zwar solche Forderung als Utopie bezeichnet. Ich weiss nicht, warum. So gut wie Minimallöhne durch gewerkschaftliche Vereinbarung für das Gebiet des ganzen Reiches aufgestellt werden unter Berücksichtigung localer Verschiedenheiten, so gut kann man es auch durch Gesetz thun, und es kann sehr wohl ein Zustand eintreten, wo es leichter ist, dies durch Gesetze, als durch Vereinbarung mit den Unternehmerorganisationen zu erreichen. Die englischen Colonien in Australien haben ja schon bewiesen, dass das geht. Das weite Gebiet der Vorschriften zum Schutze von Leben und Gesundheit gegenüber den besonderen Betriebsgefahren, Sondervorschriften für Frauen und Jugendliche, Beseitigung der Hausindustrie durch geeignete gesetzliche Massregeln, der gewerbliche Rechtsstreit, die Arbeiterversicherung — das alles sind Dinge, an denen die Gewerkschaftsorganisation direct interessiert ist. Damit soll sich die Gewerkschaft beschäftigen, und damit wird sich eine moderne Gewerkschaft beschäftigen, wobei die Frage, ob die Polizei den Gewerkschaften dies gestattet oder nicht ganz ausser Betracht bleibt. Es giebt Formen genug, polizeiliche Chicanen unwirksam zu machen, und der Fachpresse steht überhaupt nichts im Wege, solche Fragen zu erörtern. Die gewerkschaftliche Fachpresse hat vor allem die Aufgabe, socialpolitische Fragen zu erörtern, die sociale Gesetzgebung in den Kreis ihrer Betrachtungen zu ziehen und socialpolitische Kenntnisse und Erkenntnis unter den Gewerkschaftsgenossen zu verbreiten. Dadurch werden diese auch an die Beschäftigung mit öffentlichen Angelegenheiten überhaupt gewöhnt und für partipolitische Erörterungen zugänglicher. Gar zu oft scheitert ja die socialdemokratische Agitation an der vollkommenen Gleichgültigkeit der Arbeiter gegen öffentliche Angelegenheiten.

Das führt auch weiter. Neben den genannten besonderen Arbeiterangelegenheiten treten andere in den Gesichtskreis. Mit der Lohnfrage hängt die Frage der Lebensmittelpreise sehr eng zusammen. Sehr interessant und lehrreich ist in dieser Hinsicht die auf dem letzten Congress der christlichen Gewerkschaften gefallene Aeusserung, dass die Lebensmittelvertuerung den Arbeitern zehnfach wieder nehme, was sie durch Lohnerhöhungen erringen könnten. Das zeigt, wie die Beschäftigung mit Gewerkschaftsangelegenheiten einen klaren Kopf darüber hinaus zu den Fragen der Zollpolitik und schliesslich auch noch weiter führen muss, und es zeigt auch, wie viel stärker das Arbeiterinteresse gegenüber dem parteipolitischen Interesse ist.

In dieser Hinsicht habe ich an mir selbst eine Erfahrung gemacht, die mir ganz lehrreich erscheint. Als ich das erste Mal zur Wahl ging, stimmte ich für den Social-

demokraten, nicht deswegen, weil ich etwa die socialdemokratischen Ideen erfasst hatte und das Ziel des Socialismus kannte, sondern, weil alle Collegen in der Fabrik und aus dem Fachverein socialdemokratisch stimmten, und weil niemand da war, der mir ein Zerrbild der Socialdemokratie vorgeführt hätte, um mich von ihr abzuhalten. Wäre das geschehen, ich hätte sicher nicht socialdemokratisch gestimmt. Denn als einige Zeit darauf ein phrasendreschender Wirrkopf, mit nichts, als gutem Willen und einem guten „Sprechanismus“ ausgerüstet, im Fachverein einen Vortrag über die Ziele der Socialdemokratie hielt, da wurde mir meine Abstimmung wieder leid. Die Notwendigkeit des Zusammenstehens mit meinen Arbeitscollegen gegen den Unternehmer hatte ich erkannt, den Socialismus, der mir da gepredigt wurde, lehnte ich jedoch ab, und er hätte mich wahrscheinlich auch gehindert, gewerkschaftlich mit meinen Collegen zusammenzustehen, wenn die Erkenntnis, vielleicht nur die Empfindung dieser Notwendigkeit nicht schon früher dagewesen wäre. Die klare Erkenntnis der socialdemokratischen Ideen erlangte ich dann auf anderem Wege. Ich bin gewiss nicht der einzige, der solche Erfahrungen gemacht hat.

Also das Arbeiterinteresse ist das stärkere, das näherliegende, das leichter zu erweckende. Dort allein soll die gewerkschaftliche Agitation ansetzen und sich ihren Erfolg nicht selbst erschweren bei politisch unberührten, in Urvätertraditionen befangenen, oder ganz unmöglich machen bei politisch voreingenommenen, im Banne bürgerlicher Parteien stehenden Arbeitern. Volles Verständnis der wahren Arbeiterinteressen, Beschäftigung mit socialpolitischen Dingen und socialpolitische Aufklärung, sowie Erziehung zu selbständigem Denken und Handeln, das führt die Arbeiter ganz von selbst auf den Punkt, wo sie für die Socialdemokratie am zugänglichsten werden. Praktisch liegt es doch in Deutschland so, dass die socialdemokratische Partei die einzige ist, die die Arbeiterinteressen nach jeder Richtung mit wirklichem Ernste parlamentarisch vertritt. Dieser Erkenntnis werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit Sicherheit zugeführt, wenn die Gewerkschaft ihre Aufgaben so erfasst hat und erfüllt, wie ich sie auffasse.

Wir haben kein Interesse an einer Gewerkschaft, die im Dienste einer politischen Partei steht. Ein solches Interesse haben nur Parteien, wie das Centrum, die Freisinnigen, die Nationalsocialen etc.; zum Teil, weil sie, als politische Parteien auf Arbeiterwähler sich stützend und diese für ihre eigenen Interessen missbrauchend, alles daran setzen müssen, die Arbeiter in ihrem Banne zu halten, zu verhindern, dass diese über ihre wahren Interessen aufgeklärt werden, dass sie selbständig werden und die Vertretung ihrer Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen; zum Teil, weil sie aus irgend einem ideologischen Interesse die Arbeiter vor der Socialdemokratie bewahren wollen. Vom Standpunkt dieser Leute ist es klug, Gewerkschaftsorganisationen zu gründen, in denen sie das Heft in den Händen haben; sie kommen damit dem in den Arbeitern vielfach selbst rege werdenden Bedürfnisse nach einer Interessenorganisation entgegen, verhindern sie damit nach Möglichkeit, den selbständigen Arbeiterorganisationen beizutreten und können ihnen mit einem gewissen Scheine von Berechtigung sagen: Seht, es ist nicht nur die Socialdemokratie, die für euch einsteht; auch wir vertreten eure „berechtigten“ Interessen!

Die Gewerkschaft fasse die Arbeiter als Classe zusammen und vertrete ihre Arbeiterinteressen; sie für die höheren und weiteren Ziele des Socialismus zu gewinnen, das ist die Aufgabe der socialdemokratischen Partei. In den Mitgliedern der freien, in modernem Geiste geleiteten Gewerkschaften findet sie das geeignetste Material dazu. Ihr Erfolg hängt dann nur von der Energie und dem Geschick ab, mit dem sie die Arbeiterinteressen parlamentarisch vertritt, und womit sie in der Masse agitiert.

Man komme mir nicht mit dem Beispiele der Buchdrucker. Was in deren Fachblatt sein Wesen treibt, das ist weit mehr engherziges Zünftertum, als der Geist moderner Gewerkschaftspolitik, das ist nicht die parteipolitische Neutralität, sondern von Renegatenhass eingegebener heftigster parteipolitischer Kampf. Weil einzelne Socialdemokraten und socialdemokratische Parteiorgane mit der gewerkschaftlichen Taktik des Buchdruckerverbandes nicht einverstanden sind und dieser Meinung in, wie gern zugegeben werden mag, manchmal nicht gerade taktvoller Weise Ausdruck gegeben haben, nun zu sagen, die

Socialdemokratie ist der Gewerkschaftsbewegung nicht förderlich, das beweist nur eine vollkommene Ignorierung der gesamten bisherigen politischen Thätigkeit der Socialdemokratie. Wer über der kleinen Frage der Stellung zu der besonderen Form der Buchdrucker-tariforganisation vergisst, dass lediglich der Thätigkeit der Socialdemokratie die ganze Socialgesetzgebung zu verdanken ist, wer vergisst, welche Stütze die Arbeiter in ihren Lohnkämpfen in der socialdemokratischen Parteipresse finden, der beweist damit wohl, wenn man an seinem guten Glauben nicht zweifeln soll, eine ungeheure politische Unwissenheit — für oder gegen die Forderung einer freien selbständigen, politisch neutralen Berufsorganisation der Arbeiter beweist er nichts.

## Der industrielle Charakter der nordamericanischen Landwirtschaft.

Von

August Winter.

(Beuthen.)

So richtig es ist, zu behaupten, dass Landwirtschaft und Industrie zwei Productionsgebiete sind, die sich in vielen und wesentlichen Dingen von einander unterscheiden, so falsch wäre es, zu meinen, sie hätten gar nichts mit einander zu thun, man dürfe die für diese geltenden Sätze in keinem Falle auf jene übertragen.

Heute ist es eine fast nur noch von den Agrariern nicht anerkannte Thatsache, dass der alte Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Industrie immer geringer wird, dass die Industrie die Landwirtschaft immer mehr beeinflusst, und dass die Landwirtschaft selbst immer mehr zu einer Industrie wird, oder richtiger: zu einem Complexe näher und entfernter verwandter Industriezweige.

Da, wo die Landwirtschaft eine höhere Entwicklungsstufe erreicht hat, als bei uns in Deutschland, zeigt sich das auch deutlicher, als bei uns. Am deutlichsten im Lande der bisher höchsten landwirtschaftlichen Entwicklung, in den Vereinigten Staaten von Nordamerica. In Nordamerica hat die „Industrialisierung“ der Landwirtschaft bereits einen hohen Grad erreicht und ist fortwährend im Zunehmen begriffen.<sup>1)</sup>

Zwei Gruppen von Dingen sind es, die dem americanischen Agrarwesen seinen industriellen Charakter verleihen. Dieses zeichnet sich nämlich einmal dadurch aus, dass es mehr und mehr dazu übergeht, die gewonnenen Rohproducte selbst zu verarbeiten und dadurch ihre Export- und Handelsfähigkeit zu erhöhen oder überhaupt erst zu ermöglichen; dann aber greifen gewisse commercielle und staatliche Einrichtungen viel mehr, als sonstwo, vor allem mehr als bei uns, in die Landwirtschaft ein und fördern in vielfacher Hinsicht in hohem Grade ihre Entwicklung zur Industrie.

Die nordamericanischen Landwirte begnügen sich längst nicht mehr damit, möglichst viel Getreide und andere Rohproducte zu erzeugen; auf die Dauer wäre das auch unmöglich. Ein grosser und immer grosser werdender Teil des Getreides wird zu Mehl verarbeitet, ein anderer wird verfüttert, zur Milchwirtschaft verwertet und zur Viehmästung; Butter, Käse, Fleisch und Schlachtvieh sind die aus dieser Verwendung der Feldfrüchte hervorgehenden Exportartikel.

<sup>1)</sup> Vergl. hierüber die Schrift von C. Simon: Der Export landwirtschaftlicher und landwirtschaftlich-industrieller Artikel aus den Vereinigten Staaten, der wir in der Hauptsache das Folgende entnehmen.

Zu solchen aus der Verarbeitung der Rohproducte entstehenden Exportartikeln gehören auch Malzpräparate und Oelkuchen.

Unter den commerciellen und staatlichen Einrichtungen im Dienste der Landwirtschaft sind zu verstehen: Eisenbahn und Schiffahrt, Lagerhäuser, Classification und Certificierung des Getreides, die Börse und eine echt americanische Einrichtung, das Agricultural-Departement in Washington.

Die americanische Mühlenindustrie ist die bedeutendste der Welt, und bereits besitzt Nordamerica das Monopol im Mehlhandel auf dem Weltmarkt. Was das für die Landwirtschaft der Vereinigten Staaten bedeutet, liegt auf der Hand. Allein in den Hauptcentren der Mühlenindustrie wurden im Jahre 1897 producirt ca. 25 Millionen Fass<sup>2)</sup> Weizenmehl, von denen 14,6 Millionen Fass exportirt wurden; 170 000 Fass nach Deutschland, 8,3 Millionen Fass nach England. Allein an einem Orte, in der „Mühlenstadt“ Minneapolis, wurden ca. 61 Millionen Bushel<sup>3)</sup> Weizen verarbeitet und über 13,6 Millionen Fass Weizenmehl hergestellt. Hier giebt es zwei grosse Mühlenwerke, The Washburn-Crossby Co. und The Pillsbury-Washburn Flour Mill Co., die es auf eine tägliche Production von über 23 000 bzw. über 25 000 Fass bringen. Ueber die Hälfte der zu exportierenden Weizenernte exportierten aber die Americaner in Mehlform, ersparten dadurch Transportkosten und behielten die Gewinne der Mühlenwerke im Lande. Die Capitalsconcentration in der americanischen Mühlenindustrie und die Leistungsfähigkeit dieser Industrie haben einen hohen Grad erreicht. Für die europäischen Länder, die sich durch einen hohen Zollschutz, — der deutsche Mehlzoll beträgt 7,30 Mk. pro 100 kg — das americanische Weizenmehl vom Leibe halten, wird es immer schwerer, ihren Zweck zu erreichen.

Die Verarbeitung der landwirtschaftlichen Rohproducte in Nordamerica geschieht ferner durch die Vieh- und Milchwirtschaft in Betrieben mit einem stark industriellen Anstrich.

Als Hauptproduct kommt hier der Mais in Betracht. Fast der gesamte americanische Mais wird in America selbst als Viehfutter verwertet. 1896 betrug die Maisernte 2,3, 1897 1,9 Millionen Bushel, der Export betrug in diesen beiden Jahren nur 4 bzw. 8<sup>0</sup>/<sub>10</sub>. Neben dem Mais besitzen die Americaner eine Menge anderer guter und billiger Futterkräuter und Futtermittel, wie Kleie und Baumwollsaatmehl.

Die Resultate der americanischen Milchwirtschaft mögen folgende Zahlen illustriren. 1897 exportierten die Americaner über 31,3 Millionen engl. Pfd.<sup>4)</sup> Butter im Werte von 4,5 Millionen Dollars<sup>5)</sup> und fast 51 Millionen engl. Pfd. Käse im Betrage von über 4,6 Millionen Dollars. Die Hauptimportländer für diese Producte waren England, Deutschland und Dänemark. Bei der Einrichtung des Butterexports, der noch ziemlich jung ist, hatte das landwirtschaftliche Departement in Washington durch Schaffung von Exporteinrichtungen (Kühlräume) auf den Eisenbahnen, in den Häfen und auf den Schiffen und durch Anknüpfung von Handelsbeziehungen in England die Hauptarbeit gethan.

Viel wichtiger ist jedoch der americanische Fleisch- und Schlachtvieh-Export. Gegenden ohne bedeutende Maiserzeugung (Texas und der Westen) schicken

<sup>2)</sup> 1 Fass (Barril) = 122,3 kg.

<sup>3)</sup> 1 Bushel = 60 engl. Pfd. = 27,2 kg.

<sup>4)</sup> 1 engl. Pfd. = 0,45 kg.

<sup>5)</sup> 1 Dollar = 4,2 Mark.

ihr Vieh nach den Maisdistricten zur Mästung, von da geht es in die grossen Exportschlächtereien, nach Chicago, Milwaukee, St. Louis. Allein in Chicago wurden 1897 6,7 Millionen Schweine geschlachtet; in demselben Jahre betrug der Wert des Exports in Speck, Schinken, Schweinefleisch und Schmalz 82,5 Millionen Dollars, mit anderen Fleischsorten zusammen gar 127 Millionen Dollars. Nach Deutschland gingen hiervon Waren im Betrage von etwa 11 Millionen Dollars (allein Schmalz für 8,3 Millionen Dollars). Wie rasch dieser Export steigt, zeigt die Thatsache, dass die Ausfuhr von frischem Schweinefleisch nach England 1896 mit 8700 engl. Ctr. begann, 1897 auf 61 000 Ctr. stieg und 1898 bereits 277 000 Ctr. erreicht hatte. Daneben exportierte America 1898 noch 2,3 Millionen Ctr. Ochsenfleisch nach England.

Den amerikanischen Viehexport mögen folgende Zahlen illustrieren: 1897 führte Nordamerica aus:

	312 000	Stück Rindvieh	im Werte von	36,4	Millionen Dollars		
		Schweine	" " " "	0,3	"	"	
	40 000	Pferde	" " " "	4,8	"	"	
		Maultiere	" " " "	0,5	"	"	
	492 000	Schafe	" " " "	1,5	"	"	
		Geflügel	" " " "	0,1	"	"	

Insgesamt ergab der Betrag des Viehexports 43,6 Millionen Dollars.

Auch Malzpräparate und Oelkuchen können unter die verarbeiteten Rohproducte gerechnet werden. An jenen wurden für 724 000 Dollars (an Malz für 177 000 Dollars), an diesen für 5,5 Millionen Dollars im Jahre 1894 ausgeführt. Die Oelkuchen gingen grösstenteils nach England und Deutschland; Deutschland importierte 1898 für 46,4 Millionen Mark Oelkuchen, davon für 18,2 Millionen Mark aus den Vereinigten Staaten.

An dieser Stelle mag auch die nordamerikanische Obst- und Gemüseerzeugung einen Platz finden, die, obgleich sie erst im Beginn ihrer Entwicklung steht, doch schon ein ganz beachtenswerter Betriebszweig geworden ist. Von 1896 auf 1897 stieg der Obstexport von 5,6 auf 7,7 Millionen Dollars. Exportiert wurden getrocknete Äpfel, grüne und reife Äpfel, eingemachtes Obst, anderes Obst, grün, reif und getrocknet, Nüsse. Das Centrum des Obsthandels ist St. Louis; am weitesten vorgeschritten in dieser Branche ist Californien.

In Californien wurden 1896 3,8 Millionen Kisten Orangen und Citronen geerntet. Vor 25 Jahren importierte dieses Land Weintrauben; heute bringt es selbst 50 bis 100 Millionen engl. Pfund Trauben hervor. Die Pflaumencultur Californiens ist kaum zwanzig Jahre alt, und doch beträgt die jetzige Production bereits 45 bis 65 Millionen engl. Pfund. Im Jahre 1895 wurden in Californien 34 000 Waggons Obst verschifft.

Das Obst ist in Nordamerica gut und billig und spielt eine wichtige Rolle in der Volksernährung, und auch die ärmeren Classen consumieren es täglich und reichlich.

An Gemüse, Zwiebeln, Kartoffeln, Gemüse in Büchsen, eingemachtem Gemüse, Dürrgemüse, Bohnen und Erbsen exportierten 1897 die Vereinigten Staaten für fast 3,5 Millionen Dollars.

Neben dieser Entwicklung einiger landwirtschaftlicher Produktionszweige wirken gewisse commercielle und staatliche Einrichtungen in ganz anderer Weise als bei uns, zur Industrialisierung der Landwirtschaft mit.

In erster Reihe sind da die nordamericanischen Eisenbahnen zu nennen. Das americanische Eisenbahnsystem ist quantitativ und qualitativ das beste der Welt. Fast 300 000 km Eisenbahnweg besitzen die Vereinigten Staaten, während auf ganz Europa nur 250 000 km kommen. Dazu sind die americanischen Frachtsätze viel billiger, als die europäischen. Der Durchschnittsfrachtsatz pro Tonne und Meile betrug 1896 in den Vereinigten Staaten 0,8 Cents<sup>9)</sup>, in den europäischen Staaten nicht unter 2,2 Cents. Was das für den Export des Getreides und sonstiger landwirtschaftlicher und landwirtschaftlich-industrieller Artikel bedeutet, ist nicht schwer einzusehen; die Exportfrage war und ist für Nordamerica im wesentlichen eine Tarifffrage.

Daneben besitzt die Union ein Canalsystem von 4000 km Länge, es soll noch bedeutend erweitert werden.

Der Versandpreis von Chicago nach dem New-Yorker Ausfuhrhafen betrug 1897 auf dem billigsten (See- und Canal-) Wege für 100 kg Weizen ca. 0,90 Mk., auf dem teuersten (Bahn-) Wege 2,20 Mk. Kein Staat der Welt kommt hierin Nordamerica gleich, keiner kann mit ihm concurren.

Zur Billigkeit des Versands kommt die bequeme Abwicklung des Versandgeschäfts. Mit Hilfe der sogenannten Durchcorinossement (Through bills of lading) werden Binnenfracht in Nordamerica und Oceanfracht combinirt, und der Versand geht z. B. direct von Chicago nach Antwerpen. Diese Einrichtung macht den Handel im Binnenlande von den Exporteuren in den Hafenplätzen unabhängig.

Die Schiffsfrachten sind billig. Einen besonderen Vorteil genießt America noch dadurch, dass zwischen America und Europa verkehrende Liniendämpfer vielfach Getreide als Ballast zu aussergewöhnlich niedrigen Frachtsätzen nach Europa bringen.

Die Regelmässigkeit des Versands wäre nicht möglich, wenn nicht die Einrichtung der öffentlichen Lagerhäuser, Silos mit Elevatoren, bestände. Und deren Hauptwert wiederum beruht auf der Billigkeit der Einlager- und Reinigungsspesen. Pro Bushel Weizen werden für die ersten 10 Tage  $\frac{1}{4}$  bis 1 Cent, für je folgenden 14 Tage  $\frac{1}{4}$  bis höchstens  $\frac{1}{2}$  Cent als Einlagerungsgebühr bezahlt. Reinigen ist ebenso billig oder erfolgt gar unentgeltlich. Silos giebt es in allen Theilen der Union; jeder Landwirt kann seine Getreidevorräte billig zu ihnen schaffen, sie werden allgemein benutzt.

Eine recht americanische Erleichterung des Getreidehandels ist ferner das Classificierungs- und Certificierungswesen, das nach und nach auch auf anderen Gebieten des landwirtschaftlichen Exportwesens sich einzubürgern scheint.

Der europäische Getreidehandel basiert auf dem Verkauf „laut Probe“, d. h. für jedes einzelne Geschäft muss ein Musteraustausch erfolgen. Aber diese Mustersendung kann zu Beanstandungen der Lieferung und Verlusten für den einen Theil führen. Ausserdem ist bei dieser Handelsart der Verkauf der Ernte erst nach ihrer Beendigung möglich. Für den Getreideverkehr, der ein Massenerverkehr ist und über den Ocean geht, ist dieses System unbrauchbar.

Besser ist der Getreidehandel nach gewissen „Marken“ oder Qualitätsbezeichnungen. So versteht man im Getreidehandel etwas ganz Bestimmtes unter Ostindischem Weizen, Australischem Weizen, Californischem, Oregon-, Argentinischem oder La Plata- und Chili-Weizen. Aber diese Handelsart

<sup>9)</sup> 1 Cent = 5,25 Pf.

ist immer noch umständlich genug. Sie muss mit den officiellen Durchschnittsmustern rechnen, die in London wesentlich durch die London Corn Trade Association festgestellt werden.

Das idealste System ist das auf den officiellen United-States-Börsen-Certificate beruhende. Diese sind nämlich endgiltig; Käufer und Verkäufer wissen ganz genau, woran sie sind. Ein von einer amerikanischen Börse ausgestellttes Certificat ist in der ganzen Welt ein vollgiltiges Document. Differenzen und Verluste bei Getreidekäufern mit Certificat sind ausgeschlossen; diese Art Getreidehandel bietet für alle Beteiligten, den Producenten, den Händler und den Consumenten resp. den europäischen Importeur die denkbar grösste Sicherheit.

Jeder Landwirt ist in Nordamerica in der angenehmen Lage, sein Getreide nach dem ihm am günstigsten gelegenen Platze in das Lagerhaus zu schicken. Dort wird seine Waare von officiellen Inspecteurs besichtigt und classificiert, und der Landwirt weiss, welche Qualität er geliefert hat.

Ferner bestehen nicht nur an allen Hafenplätzen, sondern auch an vielen Binnenplätzen Börsen, an denen täglich genaue Tagespreise für die einzelnen Warenklassen festgestellt werden. Nach diesen Tagespreisen kann sich jeder Verkäufer selbst den Wert seines eingelegten Getreides berechnen und kann verkaufen, wann er will; gegen geringe Einlagerungsspesen kann er seinen Vorrat halten.

Die Umsätze der Börsen sind ganz gewaltig. Der Verkehr in Buffalo belief sich 1897 in Weizen auf 57 Mill. Bush. Ankünfte und 6 Mill. Bush. Versand; in Mais ebenfalls auf 57 Mill. Bush. Ankunft und 11 Mill. Bush. Versand; in Chicago (Weizen) auf 28 Mill. Bush. Ankunft und 27 Mill. Bush. Versand, resp. (Mais) auf 117 Mill. Bush. Ankunft und 97 Mill. Bush. Versand. Die Haupt-sammelpunkte der Vereinigten Staaten für Weizen sind Minneapolis, die „Mühlens-tadt“, Chicago, New-York, St. Louis, Buffalo, Duluth und Baltimore. An keinem von diesen Plätzen befand sich Ende December 1897. von den sichtbaren Vorräten weniger als 1 Mill. Bush.; in Minneapolis allein befanden sich fast 12 Mill. Bush.

Man sieht: die americanische Landwirtschaft ist nicht mehr das, was man bei uns noch Landwirtschaft nennt. In jener herrscht warmes, industrielles Leben, energische Thätigkeit in jedem Zweige. Arbeit und immer wieder Arbeit in Verbindung mit dem Capital ist es, was der Landwirtschaft vom Fleck hilft. Unsere Landwirtschaft will sich nicht los machen von den alten Traditionen. Der Grundbesitz war und ist leider noch mit grossen politischen Rechten und Vorrechten ausgestattet. Dieser Thatsache verdanken wir es, dass die freie eigene Thätigkeit der grossen Landwirte erstorben ist; allen Fortschritt erwarten unsere Agrarier von der Ausbeutung ihrer politischen Machtstellung. Mag diese indes noch so gross sein, sie bringt nicht dass Hauptmittel zum Fortschritt: die Industrialisierung der Landwirtschaft.

## Zur Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen.

Ein Vorschlag für den Mainzer Parteitag.

Von

**Paul Hirsch**

(Berlin)

Der diesjährige Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands wird sich einem auf dem letzten Parteitage angenommenen Antrage

zufolge auch mit der Frage der Taktik der Socialdemokratie bei den Landtagswahlen zu befassen haben. Voraussichtlich wird in den Debatten wiederum die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen einen grossen Spielraum einnehmen. In der That ist es dringend nötig, dass endlich einmal den preussischen Genossen eine Richtschnur für ihr Verhalten bei den Landtagswahlen gegeben wird. Denn wenn auch der Stuttgarter Beschluss sich vor dem in Hamburg gefassten durch eine grössere Klarheit auszeichnet, so ist doch andererseits nicht zu verkennen, dass er den thatsächlichen Verhältnissen nicht Rechnung trägt. Bei der Eigenart des Wahlrechts für den preussischen Landtag ist es schlechterdings unmöglich, die Entscheidung über die Beteiligung den Genossen der einzelnen Kreise zu überlassen. Entweder wir sehen überhaupt von einer Beteiligung ab, oder aber, wir nehmen es mit der Sache ernst und beteiligen uns auf der ganzen Linie an den Wahlen. Das bedingt schon der Umstand, dass wir es mit einer indirecten Wahl zu thun haben.

Verfehlt war der Stuttgarter Beschluss auch insofern, als die im Bericht der Parteileitung ausgesprochene Hoffnung, dass die „praktischen Erfahrungen, welche die Genossen bei den bevorstehenden Landtagswahlen sammeln werden, zu einer gemeinsamen Richtschnur für die preussischen Genossen führen werden,“ sich nicht erfüllt hat und sich naturgemäss auch gar nicht erfüllen konnte. Die Meinungen gehen heute noch genau soweit auseinander wie vor drei Jahren.

Nur zweierlei haben die schwachen Versuche einer Wahlbeteiligung der Socialdemokraten an einzelnen Orten bewiesen: einmal, dass wir dadurch im Stande sind, der Reaction Abbruch zu thun und die liberale Bourgeoisie zu stärken, sodann aber, dass die Befürchtungen, unsere Parteigenossen würden sich mit dem complicierten Dreiclassenwahlssystem nicht abfinden können, hinfällig sind. Weder die offene Stimmabgabe, noch der mit der Wahl verbundene Zeitverlust hat sich für unsere Genossen da, wo sie sich an der Wahl beteiligten, als ein unüberwindliches Hindernis erwiesen, und solche kleinen Ungeschicklichkeiten, wie sie in Breslau vorgekommen sind, Ungeschicklichkeiten, die bekanntlich die Cassierung der drei freisinnigen Mandate zur Folge hatten, werden sich in Zukunft mit Leichtigkeit vermeiden lassen.

Dass wir durch unser Eintreten die Macht der Reaction in Preussen ganz erheblich zu schwächen vermögen, darüber kann heute kein Zweifel mehr herrschen. Die Frage ist nur, ob es einen Sinn hat, lediglich zur Stärkung des Freisinns in den Wahlkampf zu ziehen. Würde es sich in Wirklichkeit nur darum handeln, den Freisinnigen ein paar Dutzend Mandate zu verschaffen, so wäre es allerdings vielleicht besser, die Socialdemokratie sähe von einer Wahlbeteiligung ab. Denn wenn auch die heutigen Freisinnigen in manchen Fragen, z. B. da, wo es darauf ankommt, einen Angriff auf die bürgerlichen Freiheiten abzuwehren, mit uns Hand in Hand gehen, so haben sie doch gerade in der Vertretung der Arbeiterinteressen, sowohl im Reichstage, als auch in den Landtagen der Einzelstaaten, bisher noch immer versagt. Im preussischen Landtage ist ihr Verhalten in Arbeiterfragen ein geradezu klägliches zu nennen.

Nein, nicht auf eine Stärkung des Freisinns kommt es an, nicht darauf kommt es an, dem liberalen Bürgertum zu unverdientem Ansehen und unverdienter Macht zu verhelfen, sondern, wenn wir uns an der Wahl beteiligen, dann müssen wir dies thun mit der ausgesprochenen Absicht auf Erringung eigener Mandate. Glücklicherweise stehen ja diejenigen innerhalb der socialdemokratischen Partei, die heute noch die Bedeutung eines Landtagsmandats für die Arbeiterbewegung verkennen, nur vereinzelt da. Selbst die eifrigsten Gegner der Wahlbeteiligung sehen ein, dass es für die Partei von der grössten Wichtigkeit, wenn nicht zu unabweisbarer Notwendigkeit geworden ist, eigene Mandate für den preussischen Landtag zu besitzen. Sie verlangen nur, dass die Mandate ausschliesslich der Kraft der socialdemokratischen Partei zu verdanken sein sollen.

Gewiss ist diese letzte Forderung durchaus berechtigt, aber hat denn schon jemals ein Beürworter der Wahlbeteiligung in unseren Reihen verlangt, dass wir durch die Gnade einer anderen Partei in den Landtag einziehen sollen, ganz abgesehen davon, dass die gegnerischen Parteien sich sehr wohl hüten würden, uns aus freien Stücken auch nur einen einzigen Sitz abzutreten?

Eine ganz andere Frage ist allerdings die, ob es uns möglich ist, ohne Wahlbündnis oder Compromiss ein Mandat zu erringen. Die Gegner der Wahlbeteiligung bestreiten das, und sie scheinen damit nicht unrecht zu haben. Freilich fehlt es bisher an einem sicheren Beweis dafür, denn man kann doch aus den schwachen Ansätzen zu einer Wahlbeteiligung im Jahre 1898 unmöglich bindende Schlüsse ziehen oder gar sich auf „praktische Erfahrungen“ stützen wollen. Auch die Wahlstatistik ist so ungenau, dass sich daraus mit Sicherheit weder ein Argument für noch ein Argument gegen die Wahlbeteiligung herleiten lässt.

Es ist hier nicht der Ort, auf die Mängel der bisherigen Wahlstatistik für Preussen einzugehen. Wer sich dafür interessiert, dem sei die kritische Abhandlung von R. Siegfried: Ein Mahnwort zur Statistik der preussischen Landtagswahlen von 1898 zur Lectüre empfohlen. Amtliche Statistiken sind überhaupt nur über die Wahlen von 1861, 1862, 1863, 1866 und dann erst wieder von 1893 veröffentlicht; doch ist die von Georg Evert bearbeitete, in der Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus erschienene Wahlstatistik für 1893, so fleissig diese Arbeit an und für sich ist, gerade für unsere Zwecke durchaus unbrauchbar, da sie, wie Siegfried in seiner Kritik mit Recht betont, keinerlei Angaben über die Bevölkerung, Wählerzahl, Wahlbeteiligung, vor allem aber über die Parteistellung der Wähler enthält.

Eher kann man einen Schluss auf die Parteistellung der Wähler aus den dürftigen Uebersichten über die Wahlergebnisse ziehen, die dem Abgeordnetenhaus zu Beginn jeder Legislaturperiode zugehen; aber auch dies „Material“ ist eben gerade wegen seiner Dürftigkeit nur mit äusserster Vorsicht zu benutzen. Unzweifelhaft geht daraus hervor, dass sich unter den wenigen Wahlkreisen, die der Freisinn besitzt, einige befinden, die ihm für absehbare Zeit sicher bleiben, bei denen es sich also im Falle einer Wahlbeteiligung der Socialdemokraten nur um die Aufstellung von Zählcandidaturen handeln könnte. Es sind dies vor allem Berlin I, II

und IV. Unsicherer ist Berlin III, wo im Jahre 1898 sich unter 2148 Wahlmännern nur 1358 befanden, die für Virchow stimmten, während 782 dem Antisemiten Ulrich ihre Stimme gaben. Bei der Zusammensetzung der Bevölkerung in diesem Wahlkreise ist es für die Socialdemokratie ein leichtes, soviel Wähler durchzubringen, dass der Antisemit mit dem Freisinnigen in Stichwahl kommt und letzterer, wenn überhaupt, so nur noch durch Stimmenthaltung der socialdemokratischen Wähler oder durch directes Eintreten für ihn das Mandat behaupten kann.

In eine ähnliche ausschlaggebende Stellung kann die Socialdemokratie in den vor den Thoren Berlins gelegenen Kreisen Ober- und Niederbarnim sowie Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg kommen, die heute beide conservativ vertreten sind. Im ersteren Kreise verfügten die Conservativen über 694 Wähler, während die absolute Mehrheit 554 betrug, im letzteren über 1049, während zur absoluten Mehrheit 928 erforderlich waren. Auch hier könnte es die Socialdemokratie durch ihre Beteiligung an der Wahl dahin bringen, dass sie den Ausschlag zu geben hat, so dass es von ihrer Entscheidung abhängen würde, ob diese Kreise auch fernerhin durch 3 resp. 2 Conservative oder durch ebensoviel Anhänger links stehender Parteien vertreten sein sollen.

Andere Mandate, die den Freisinnigen bei den letzten Wahlen zugefallen sind, verdanken sie bekanntlich nur der socialdemokratischen Hilfe; es sind das die neun Mandate in Breslau, Frankfurt a. M., Görlitz und Hagen. Wäre die Socialdemokratie nicht für sie eingetreten, so wären die freisinnigen Candidaten unterlegen.

Bedenken wir ferner, dass bei einer allgemeinen Wahlbeteiligung der Socialdemokratie die Verhältnisse sich zu ungunsten der Reaction ändern würden; da es sich zahlenmässig nachweisen lässt, dass, je schwächer die Wahlbeteiligung war, desto bessere Geschäfte die Reaction bei den Landtagswahlen von jeher gemacht hat, und umgekehrt, so liegt der Schluss nahe, dass unser Einfluss, dem Dreiclassenwahlsystem zum Trotz, denn doch nicht so gering ist, wie vielfach behauptet wird.

Vergessen wir doch nicht, dass auch das „elendeste aller Wahlsysteme“ einige Bestimmungen enthält, die uns zum Vorteil gereichen können. Zunächst ist der Umstand, dass zur Ausübung der Wahl das 24. Lebensjahr genügt und dass auch alle diejenigen wählen dürfen, die keine Steuern zahlen; sondern denen eine fingierte Steuer von 3 Mk. angerechnet wird, für die Arbeiter ein entschiedener Vorteil. Dazu kommt, dass die Drittelung nicht in Wahlkreisen, sondern in Urwahlbezirken erfolgt. Es ist ganz falsch und zeugt nicht gerade von besonderer Kenntnis des preussischen Wahlgesetzes, wenn man so oft sagen hört, wir könnten höchstens die Wähler der dritten Classe, niemals aber die der beiden ersten Classen durchbringen. So liegt die Sache nicht, wir würden vielmehr in einer Reihe von Urwahlbezirken voraussichtlich überhaupt keinen Wähler durchbringen; in anderen hingegen alle drei Classen mit Leichtigkeit erobern können, hatten wir doch in Berlin Bezirke, wo man mit 6 Mk. Steuern in der zweiten Classe, und andere Bezirke, wo man mit 12 Mk. Steuern sogar in der ersten Classe wählen konnte!

Immerhin bin ich nicht so optimistisch, zu glauben, dass wir — abgesehen von einem günstigen Zufall — auch nur in einem einzigen Kreise die absolute Mehrheit der Wahlmänner aus unseren Reihen stellen können. Aber, wie gesagt, es lassen sich irgend welche bindenden Schlüsse weder aus der bisherigen Statistik noch aus den geringen praktischen Erfahrungen ziehen.

Wenn nun aber die unbedingte Notwendigkeit der Erringung eigener Mandate für die Arbeiterpartei anerkannt und wenn andererseits das Wahlsystem darauf zugeschnitten ist, die Arbeiter von der Vertretung ihrer Interessen auszuschliessen, so hiesse es ein Zurückweichen vor dem elendesten aller Wahlsysteme, ein Zugeständnis an die Reaction, wollte die Socialdemokratie aus diesem Grunde von der Wahlbeteiligung Abstand nehmen. Geht es nicht ohne Compromiss, so darf man auch nicht vor einem Compromiss zurückschrecken.

Man lasse sich doch durch ein Schlagwort nicht verblenden. Compromiss bedeutet nichts anderes als Verabredung, und eine solche Verabredung zu treffen ist durchaus kein Verrat an der Partei, vorausgesetzt natürlich, dass dabei nichts von unseren Principien aufgegeben wird. Selbst ein so eifriger Gegner der Wahlbeteiligung, wie Liebknecht, erklärt es, in seiner Schrift: Kein Compromiss — kein Wahlbündnis, für eine Thorheit, wenn eine politische Partei darauf verzichten wollte, aus den Conjunctionen des politischen Lebens Vorteile zu ziehen und die Kämpfe der verschiedenen Parteien für sich auszunutzen, er rät lediglich zur „Vermeidung von Bündnissen, Verabredungen, Cartellverträgen oder wie sonst es genannt werden mag, durch welche ein Principienopfer bedingt oder überhaupt das Verhältnis unserer Partei zu den bürgerlichen Parteien in einer für uns nachteiligen Weise geändert wird.“ Zweifellos ein Wort, das alle Freunde der Wahlbeteiligung unterschreiben werden.

Im übrigen hat über die Frage des Zusammengehens mit anderen Parteien bereits die höchste Stelle der Partei, der Parteitag, ein endgültiges Urteil gefällt, durch Annahme der Resolution Behel in Hannover, worin es heisst: „Ohne sich über das Wesen und den Charakter der bürgerlichen Parteien als Vertreter und Verfechter der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu täuschen, lehnt sie ein Zusammengehen mit solchen von Fall zu Fall nicht ab, sobald es sich um Stärkung der Partei bei Wahlen oder um Erweiterung der politischen Rechte und Freiheiten des Volkes oder um eine ernsthafte Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse und der Förderung von Culturaufgaben, oder um Bekämpfung arbeiter- und volksfeindlicher Bestrebungen handelt. Aber die Partei bewahrt sich überall in ihrer Thätigkeit ihre volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit und betrachtet jeden Erfolg, den sie erringt, nur als einen Schritt, der sie ihrem Endziel näher bringt.“

In dieser Resolution ist meines Erachtens genau angegeben, in welchen Bahnen wir uns zu bewegen haben, wenn wir an der Landtagswahl teilnehmen wollen. Halten wir uns an diese Resolution, dann sind die Befürchtungen der Gegner der Wahlbeteiligung, dass die Partei corrumpt wird, hinfällig. Dann kann auch nicht die Rede sein von einer uns compromittierenden Annäherung an die bürgerlichen Parteien, dann kann nicht

Die Rede sein von einer Verwischung des Charakters des Classenkampfes, dann kann nicht die Rede sein von einem praktischen Preisgeben unserer Parteigrundanschauungen, und wie die Schlagworte alle heissen mögen, die an Stelle von Gründen gegen die Wahlbeteiligung angeführt werden.

Ausgehend von dem Gedanken der Resolution Bebel und unter Berücksichtigung der Eigenart des in Preussen geltenden Wahlrechts, dürfte es sich empfehlen, auf dem nächsten Parteitag die allgemeine Beteiligung unserer Partei an den Landtagswahlen zu beschliessen und zwar nur durch Aufstellung eigener Wahlmänner. Erst, wenn die Wahlmännerwahlen vollzogen sind, kann für uns ein Zusammengehen mit anderen Parteien in Betracht kommen, erst dann können wir entsprechend unserem Stärkeverhältnis mit bestimmten Forderungen an andere Parteien herantreten. Natürlich muss streng darauf gesehen werden, dass wir uns von denjenigen Parteien, mit denen wir in Unterhandlung stehen, nicht übers Ohr hauen lassen, und zu diesem Zwecke ist die Bildung eines Centralwahlcomités für Preussen notwendig, das in enger Fühlung mit den einzelnen Wahlkreisen bleibt und gemeinsam mit den Vertrauenspersonen der Kreise die Verhandlungen führt.

Würden wir von der Bildung eines Centralwahlcomités Abstand nehmen, so würden wir leicht Gefahr laufen, weniger Abgeordnete durchzubringen, als wir nach unserem Stärkeverhältnis beanspruchen können. Nehmen wir beispielsweise an, dass wir, was, wie oben nachgewiesen, sehr wahrscheinlich ist, in Berlin III den Ausschlag zwischen Freisinn und Antisemitismus, in Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, den Ausschlag zwischen Freisinnigen und Conservativen zu geben haben, dass wir also so viel Wahlmänner in diesen beiden Kreisen aus eigener Kraft durchgebracht haben, um durch unser Fernbleiben von der Wahl die Niederlage des Freisinns zu sichern, so wäre es doch eine Thorheit, wenn wir auf den Preis des Kampfes verzichten wollten. Wir würden in diesem Falle die Freisinnigen vor die Frage stellen, ob sie wünschen, dass diese beiden Kreise den Antisemiten bzw. den Conservativen zufallen, oder ob sie sich verpflichten wollen, in dem einen Kreise Mann für Mann für die socialdemokratischen Candidaten zu stimmen, wohingegen sich unsere Wahlmänner verpflichten müssten, in dem anderen Kreise für den freisinnigen Candidaten zu stimmen. Hier handelt es sich zufällig um zwei nicht allzuweit auseinanderliegende Kreise, aber es können ja auch Wahlkreise in Betracht kommen, die in ganz verschiedenen Provinzen der Monarchie liegen, so dass die Genossen des einen Kreises die Verhältnisse des anderen nicht genau überblicken. Aus diesem Grunde muss, um die Fühlung zwischen den einzelnen Kreisen aufrecht zu erhalten, und um dafür zu sorgen, dass uns auch wirklich diejenigen Mandate zufallen, die zu verlangen wir ein Recht haben, ein Centralwahlcomité gebildet werden. Ob der Parteivorstand sich als solches constituirt, oder ob für diesen Zweck besondere Genossen gewählt werden, ist eine Frage von untergeordneter Bedeutung.

Wenn wir diesem Vorschlage folgen, so bleiben wir während des ganzen Wahlkampfes unentwegt auf dem Boden des Classenkampfes stehen; wir treten unbedingt ein für socialdemokratische Forderungen, wir machen weder dem Freisinn noch irgend einer anderen Partei auch nur

das geringste Zugeständnis, wir bringen unsere Wahlmänner da, wo wir sie durchbringen, aus eigener Kraft durch.

Erst, wenn die Wahlmännerwahlen vorüber sind, beginnen die Unterhandlungen mit anderen Parteien, Unterhandlungen, die, wie im voraus bemerkt sei, kein Compromiss in dem üblen Sinne sind, den dieses Wort bei einem Teil unserer Parteigenossen im Laufe der Zeit erlangt hat. Verfahren wir in dieser Weise, dann ist auch ein anderer, von Gegnern der Wahlbeteiligung ins Feld geführter Grund häufig, dass es Verwirrung in unseren Reihen hervorrufen muss, wenn wir für die Partei, die wir bei den Reichstagswahlen aufs heftigste bekämpfen, bei den Landtagswahlen eintreten, denn wir führen ja bei den Wahlen mit gleicher Schärfe und unter gleich strenger Betonung unserer socialdemokratischen Forderungen den Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie. Dass dann hinterher unsere Wahlmänner eine Taktik einschlagen, die uns eine bestimmte Anzahl von Mandaten sichert, bedeutet nichts weiter, als eine Ausnutzung unseres bisherigen Erfolges.

Natürlich müssen wir, um einen oft erhobenen Einwand vorweg zu nehmen, auch damit rechnen, dass die Partei, mit der wir unterhandeln, ihre Verpflichtung uns gegenüber nicht erfüllt. Allzu gross aber ist die Gefahr nicht. Denn würde dieser Fall eintreten, so hätte sich die betreffende Partei dadurch selbst ihr Grab gegraben; auch der letzte ihrer Anhänger, soweit er noch Gefühl für politischen Anstand hat, würde ihr den Rücken kehren.

Erleichtert wird dem Parteitage in Mainz seine Zustimmung zur Wahlbeteiligung durch die Logik der Thatsachen. Wer nicht absichtlich vor den Erscheinungen in unserem öffentlichen Leben sein Auge verschliesst, der muss zu der Ueberzeugung kommen, dass die Socialdemokratie, wenn sie weitere Erfolge erzielen will, ihre Taktik in der Frage der Landtagswahlen ändern muss. Wir wollen die politische Macht erobern, aber wir übersehen, dass alle unsere Errungenschaften im Reichstage wieder aufgehoben werden können durch reactionäre Gesetze, die in Preussen über unsere Köpfe hinweg zu stande kommen. Wir rühmen uns, die stärkste Partei in Deutschland zu sein, aber wir müssen uns doch eingestehen, dass unsere Kraft nicht ausreicht, um alle unsere Gegner auf einmal zu vernichten. Wäre das Wort von der „einen reactionären Masse“ wahr, so würden wir heute noch lange nicht so weit sein, wie wir thatsächlich sind, denn dann wären zweifellos Umsturzvorlage, Zuchthausvorlage, lex Recke und alle die anderen Versuche zur Unterdrückung der modernen Arbeiterschaft geglückt.

Und in welche schiefe Lage kommen wir fort und fort dadurch, dass wir im Landtage des grössten deutschen Bundesstaates nicht vertreten sind? Um einen unserer Parteigenossen zu massregeln, wird Jahre hindurch der ganze gesetzgeberische Apparat in Thätigkeit gesetzt — wir können kein Wort mitreden, sondern müssen die Verteidigung unseres Gerossens Vertretern der Bourgeoisie überlassen. In unserem Communalwahlprogramm fordern wir die Einführung des Reichswahlrecht für die Gemeindevahlen. Und was thun wir zur Erreichung dieses Zieles? Wir bitten die Vertreter des Geldsacks im roten Hause um die Erlaubnis, uns demütig petitionierend an den preussischen Landtag wenden zu dürfen, also an

die Leute, die wir mit Recht als unsere schlimmsten Feinde betrachten, und die uns, wenn wir uns ihnen mit solcher Bitte nahen, höchstens einen Fusstritt versetzen. Wir rühmen uns, die Welt erobern zu können, aber wenn es gilt, auch nur ein einziges Landtagsmandat zu erobern, da türmen sich unüberwindliche Schwierigkeiten auf.

Unser grösster Fehler besteht darin, dass wir unsere Macht überschätzen. Gestehen wir doch endlich ein, dass wir nicht die Kraft haben, das Junkertum und das liberale Bürgertum auf einmal zu überwinden! Deshalb ist es taktisch richtig, zuerst einmal den Kampf aufzunehmen mit unserem gefährlichsten Gegner, dem Junkertum, das nun einmal den Hort der Reaction in Preussen und in Deutschland bildet. Natürlich dürfen wir darüber nicht vergessen, dass wir, sobald erst das Junkertum besiegt ist, alle unsere Kräfte auf den Kampf gegen die Bourgeoisie zu concentrieren haben, die wir ohnehin da, wo es not thut, auch jetzt schon befehlen müssen, um auch ihre Macht allmählich zu untergraben.

Das ist die Taktik, die uns von jeher empfohlen, aber leider nicht befolgt ist. Das ist die Taktik, die Lassalle empfiehlt, wenn er der Arbeiterschaft rät, sich überall als eine selbständige und durchaus von den Fortschrittlern getrennte Partei zu fühlen und zu constituieren, „gleichwohl die Fortschrittspartei in solchen Punkten und Fragen zu unterstützen, in welchen das Interesse ein gemeinschaftliches ist, ihr entschieden den Rücken zu kehren und gegen sie aufzutreten, so oft sie sich von demselben entfernt, die Fortschrittspartei eben dadurch zu zwingen, entweder sich vorwärts zu entwickeln und das Fortschrittsniveau zu übersteigen oder aber immer tiefer im Sumpf von Bedeutungs- und Machtlosigkeit zu versinken, in welchem sie bereits knietief angelangt ist.“ Das ist die Taktik, die uns Liebknecht empfiehlt, wenn er sagt: „Soweit sich das Bürgertum gegen den Capitalismus und die von ihm geschützte und geförderte Reaction wendet, haben wir es entweder positiv zu unterstützen oder doch wenigstens ihm nicht feindlich entgegenzutreten“.

Unser gefährlichster Gegner ist das preussische Junkertum; ihn müssen wir vernichten. Will das liberale Bürgertum gleichfalls den Kampf mit ihm ernstlich aufnehmen, so haben wir es — getreu der von unseren Führern empfohlenen Taktik — in diesem Kampfe zu unterstützen; anderenfalls wagen wir allein den Kampf. Das Junkertum zu besiegen ist eine zwingende Notwendigkeit, damit die Bahn für weitere Erfolge für uns frei wird. Wollen wir aber den Feind zu Boden strecken, so müssen wir in Feindes Land gehen. Die Domäne des Junkertums ist der preussische Landtag; in ihn müssen wir eindringen, um der Reaction ein Ende zu machen.

## Gutenberg.

Von

Leo Frobenius.

(Berlin.)

Johannes Gensfleisch zum Gutenberg, der Erfinder des Buchdruckes, ist am Johannistage des Jahres 1400 in Mainz geboren — so nimmt die Geschichte an.

Also 500 Jahre seit der Geburt eines grossen Erfinders, 450 Jahre seit der ersten Druckerei — denn im August 1450 ward die erste Drucklegung mit beweglichen Typen in Scene gesetzt.

Wieder ein Jubiläum!

Es giebt heuer so viele Ausstellungen, dass man nicht weiss, welche man besuchen soll, so viele Erfinder, dass man nicht unterscheiden kann, welche feierwürdig sind, so viele Jubiläen, dass der ernste Mann es stets erst erwägt, ob er dieses oder jenes mitfeiern solle.

Dann noch eine Ueberlegung!

Ein guter Rechenmeister mit viel freier Zeit hat festgestellt, dass über Gutenberg an siebenhundert Werke und längere Abhandlungen verfasst sind — notabene mit Ausnahme der Jubiläumsschriften und -artikel, denen alle Zeitschriften und Zeitungen in diesem Jahre mindestens einmal eine ganze Reihe von Spalten zur Verfügung stellen. Soll ich mich an diesem allgemeinen Jubel beteiligen? Kann ich zu alle dem, was an Gutem und Schlechtem gesagt ist, noch etwas Eigenes sagen?

Der Leser, der vielleicht zufällig mein Buch: Der Ursprung der Cultur kennt, weiss, wie schroff ich gegen das Lobpreisen und Ueberheben unserer Culturleistungen und ihrer Träger aufträte, wie ernsthaft ich gegen die Vergötterung individueller Leistung protestiere. Und doch fordere auch ich einen Augenblick der Rast und der Betrachtung unserer Culturbahn in einem Schienengeleise, das wir nun vierhundertundfünfzig Jahre durchlaufen haben — nicht, um einen Erfinder zu verherrlichen, sondern, weil die Gelegenheit günstig ist, einmal ein Rad der Culturmaschinerie des näheren in Augenschein zu nehmen.

Wie alle Erfindung wuchs auch das Werk Gutenbergs nicht aus einem Nichts empor, sprossete es nicht beziehungslos als gewaltige Neuheit aus dem Hirne dieses sicherlich hochzuschätzenden Meisters. Vielmehr stellt die Leistung des Mainzer Buchdruckers einen allerdings wichtigen Markstein auf dem Wege der Entwicklung der Druckerei wohl dar, aber das Ende vom allerersten keimartigen Ursprunge bis zu seinen Metalltypen ist weit, weit schwieriger und reicher an solchen Marksteinen gewesen, als das Ende von Gutenberg bis zu uns.

Vor allem musste die europäisch-asiatische Cultur die Schrift selbst erfinden oder erhalten. Diese entwickelte sich langsam und mühsam aus Kerbschnitten, Eigentumszeichen, Bilderchen, Symbolen. Dann trat der Stempel auf; der erste Stempelabdruck findet sich aber schon in der urältesten ägyptischen Thonindustrie, ja er stammt wahrscheinlich schon aus dem Innern Südasiens. Mit Stempeln, die unseren Siegelsteinen nicht unähnlich, ihnen aber an Grösse überlegen waren, wurden die ägyptischen Henkelkrüge, die altbabylonischen Backsteine geprägt. Hieran aber reiht sich die Münzprägung ganz einfach und fast selbstverständlich an. Natürlich kennen wir von den alten Römern ebenfalls Ziegelsteine und Töpferwaren, aus Herculaneum sogar ein Brot mit einem eingepprägten Stempel. Aber noch mehr: die Römer kannten sogar einzelne in Holz und Elfenbein geschnittene Buchstaben.

Dieses alles stellt aber Reliefdrucke dar. Der Farbendruck dürfte bei den Chinesen früher erfunden sein, als bei uns. Sie kannten sicherlich den Holztafeldruck schon im X. Jahrhundert, denn, wenn aus alter, zuverlässiger Quelle verlautet, der Kaiser Tai-Tsong (um 980 nach Christi Geburt) habe bereits 40 000 gedruckte Bücher besessen, so wird die Zahl wohl übertrieben sein, die

Thatsache des Vorhandenseins gedruckter Bücher aber stimmen. Ausserdem sind die gedruckten Bücher Kung-Tsæs nachgewiesenermassen zwischen 890 und 925 entstanden.

Die erste authentische Quelle des Vorhandenseins mit Holztafeln gedruckter Bücher in Europa fliesst dem gegenüber erst im XV. Jahrhundert. Holland zeitigte im Abendlande diesen nicht zu verkennenden Fortschritt. Für die Betrachtung der weiteren Entwicklung des Gewerbes und, um ein Verständniss für den ganzen Werdegang der wunderlichen Erscheinungen zu gewinnen, ist es aber nötig, einen Augenblick dem Bedürfnis nach einem Vervielfältigungsverfahren zu widmen.

Nachdem die wirren und rohen Verhältnisse der Völkerwanderung sich langsam lagerten und absetzten, aus dem nomadisierenden Völkergebredel sich einzelne Städte, Marken, Klöster niedersenkten, zog die Bildung ein — nicht in den Marken der Fürsten, den Gewerken der Städte, sondern in den Mönchsorden. Die Klöster waren die Quellen materieller und geistiger Kräfte und Bestrebungen. Daher waren die Büchereien auch zumeist hier entstanden und „gezüchtet“, wie ein alter Caplan fröhlich sagt. Die Mönche hatten nicht mehr als eine Abschrift nötig, lesen konnten wenige und liebten noch weniger. In traulicher Klosterstille copierte der Mönch mit Pinsel und Feder. Wollten nun die Weltlichen gar nicht die Bücher lesen, so rückten die Geistlichen sie noch viel weniger gern heraus.

Das wenige, was in der Welt an Vervielfältigtem von nöten war, schrieben die sogenannten Briefmaler, und zwar gar nicht teuer, als erst das billige Leinenpapier das teure Pergament verdrängt hatte. Das Vervielfältigte war zumeist gemalt, und vor allem waren darin viel begehrt: 1. Lehrbücher, 2. Heiligenbilder, 3. Spielkarten.

Es ist einer der wunderbaren Schnörkelzüge der Cultur, dass Heiligenbilder und Spielkarten, diese beiden Extreme geistiger Werte, auch den ersten Holztafelldruck in das Leben riefen. Aus diesen, hie und da mit Unterschrift versehenen Holzschnitten gingen die sogenannten Blockbücher hervor. Jede Seite war bei diesen mittels einer mit Schrift bedeckten Holztafel gedruckt.

Soweit war die Entwicklung gediehen, als Johannes Gutenberg, der uns in seiner ganzen Lebensgeschichte als ein grübelnder und nachdenklicher Mann entgegentritt, den Druck mit gegossenen Schriftzeichen im Jahre 1450, nachdem er lange vergeblich in Strassburg danach gestrebt hatte, in seiner Heimatstadt Mainz in das Werk setzen konnte.

Die Ausbreitung der Bildung über die classischen Völker des Altertums, — ich meine, der Volksbildung — war erfolgt durch Sklaven. Diese copierten die Schriften nach hunderten. Was also die Volksbildung allein ermöglichte, war schriftstellerische Massenproduction. Die nordischen Culturen, ja die ganzen Culturen der Neuzeit kannten das Sklaventum im Sinne der Ermöglichung einer Massenproduction nicht. Daran und darin krankte diese Cultur durch Jahrhunderte. Aus diesem Grunde konnte die Bildung kein Allgemeingut der Menschheit werden — nachdem die Sklaverei ausgemerzt war —, ehe nicht ein Ersatz geboten wurde.

Und dieser Ersatz ist die Maschine, — in der Buchdruckerei im speciellen aber das erlösende Werk Gutenbergs.

Allerdings hat die Cultur danach lange gebraucht, ehe sie sich ihres neuen Hilfsmittels bewusst ward. Und das hat seine guten Gründe. Denn wohl ward die an sich geniale Erfindung in Deutschland gemacht, Deutschland selbst aber

besass kein Verständnis, keine Augen für den Wert und die Wesenszüge einer „Renaissance“, der Wiedergeburt einer das ganze Leben durchdringenden Bildung. Deutschlands Völker und Menschen schlepten sich damals noch krank herum, krank durch die langen kirchlichen Fehden, — sie mussten erst noch verwinden, was die südlichen Länder schon durchgemacht und hinter sich hatten: die Religionskämpfe. Daher lag damals das ganze Interesse der deutschen Bildung auf religiösem Gebiet, und daher kamen auch in Deutschland bis in das XVI. Jahrhundert hinein nur religiöse Bücher aus den Druckereien, wie: Bibeln, Psalter, Heiligengeschichten etc. etc.

Wie anders dagegen Italien!

In Italien und allen Ländern, die durch See- oder Landverkehr direct mit ihnen in Verbindung standen, sprossete nun die humanistische Bildung als Volkseigentum empor, nachdem erst das Vervielfältigungsvermögen, die Massenproduction von Büchern, durch die deutsche Erfindung geboten war. Und während in Deutschland diese Schöpfung nur den Religionskrieg heraufbeschwor, wuchs in Italien die humanistische Bildung empor, ein blühender Garten, ein prangendes Blumengefilde, an dessen ewigem Schmuck alle Völker und alle Zeiten ihre Freude haben werden.

Wir gehen wieder einen Schritt weiter.

Nachdem Deutschland die grimmigen Zeiten einer religiösen Abklärung durchgemacht hat, zieht vom Süden der Frühlingswind der Renaissance über die nordischen Gaue auf den Fittichen der Buchdruckerei hin. Und welche Geister beleben die schwarzen Typen jetzt? Was schafft die Maschine nun an das Tageslicht in den Strahlenkranz der universellen Bildung?

Aus der Druckerpresse wuchs der deutsche Gelehrte, der deutsche Dichter und der deutsche Zeitungsschreiber hervor. Und von diesen dreien entwickelte sich am kräftigsten fraglos der letzte. Die Zeitung aber, die schnell der Engländer und Americaner in die Hand nahm und mit Energie zu gewaltigerer Entwicklung trieben, als in ihrem Heimatlande, ward zu dem bedeutendsten culturell-maschinellen Machtmittel unserer Zeit, — denn was ist mächtiger, intensiver in seiner langwierigen, nachhaltigen Wirkung: das Pulver oder die Zeitung?

Es hiesse einseitig urteilen, wollte man ein Rad aus der Maschinerie lösen und die ganze Maschine seitwärts schieben, ohne das Zusammenwirken zu beachten.

Die Erfindung Gutenbergs hat ihre ganze Bedeutung erst erworben in unserer Zeit, da die entwickelte Maschine eine schnellere und kräftigere Arbeit ermöglicht und das Stahlross mit dem Dampf im Leibe die Producte der Druckerei mit unglaublicher Geschwindigkeit in die Welt und über die Erde hin trägt. Erst jetzt im Verein mit diesen weiteren Schöpfungen neuerer Cultur kommt die ganze Wucht der Buchdruckerei zur Geltung, und erst heute vermag man ganz zu beurteilen, was uns der stille Grübler aus Mainz einst schenkte.

Ich sagte im Anfang, dass nach meiner Anschauung die Vergötterung der Erfinder keine besonders segensreiche und berechtigte Handlung sei; das aber kann und darf mich nicht davon abhalten, einem biederen und bedeutenden Manne und seinem reformatorischen Werke den verdienten Platz in der Entwicklung der Culturgeschichte anzuweisen.

Und einen würdigen Platz im Gedächtnis der Menschheit hat Gutenberg sicher verdient.

# Das schweizerische Kranken- und Unfallversicherungsgesetz und sein Schicksal.

Von  
Fanny Imle.  
(Zürich.)

Mit 341 254 gegen 146 954 Stimmen hat das Schweizervolk am 20. Mai 1900 das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz abgelehnt. Und doch lässt die bisherige Schweizer Gesetzgebung auf diesem Gebiete noch recht viel zu wünschen übrig, sie ist sogar der deutschen Reichsgesetzgebung gegenüber um vieles rückständig. Auch war das Bedürfnis nach Abhilfe, nach Ersetzung der Unternehmerhaftpflicht durch die Versicherung gegen Unfälle, sowie nach Schaffung einer obligatorischen Krankenversicherung an Stelle der bloss freiwilligen schon längst vorhanden und längst geäussert worden; der Wunsch des Volkes nach einer solchen Reform hat sogar in einem Artikel der Bundesverfassung Ausdruck gefunden, der am 26. October 1890 dem Referendum vorgelegt und angenommen wurde — angenommen mit fast genau derselben Mehrheit, mit welcher jetzt dasselbe Volk das Ausführungsgesetz zu jenem Verfassungsartikel verworfen hat. Wie reimt sich dieser scheinbar unerklärliche Widerspruch zusammen?

Sehen wir uns zunächst den abgelehnten Gesetzentwurf etwas näher an. Der Entwurf zieht den Kreis der obligatorisch Versicherten sehr weit. Dieser Kreis umfasst ausser den industriellen und gewerblichen Arbeitern auch die Lehrlinge, auch wenn sie gar keinen Lohn beziehen; ferner die hausindustriellen Arbeiter und Arbeiterinnen, weiterhin sämtliche Dienstboten, sämtliche Arbeiter und Angestellte in Handel und Verkehr, sowie die Beamten in Privat- und öffentlichen Diensten, sofern ihr Einkommen weniger als 5000 Franken beträgt, endlich sämtliche Landarbeiter. In allen aufgezählten Berufen sollte nur eine einzige Beschränkung der Versicherungspflicht stattfinden: versicherungspflichtig sollten jene Arbeiter sein, „deren Dienstverhältnis laut Arbeitsvertrag oder durch die Art der Arbeit über eine Woche andauert“. Besonders zu beachten ist, dass nach dem Entwurf die in der Schweiz so zahlreichen ausländischen Arbeiter ganz ebenso obligatorisch versichert sein und bei gleichen Leistungen zu genau denselben Bezügen berechtigt sein sollten; wie die Schweizer. Ausserdem sollte es allen Einwohnern der Schweiz, sofern sie gesund sind und das Alter von 45 Jahren noch nicht erreicht haben, freistehen, sich aus eigenem Antrieb einer der auf Grund des Gesetzes organisierten Cassen anzuschliessen.

Der Krankenversicherungsbeitrag, welchen der Unternehmer wöchentlich an die Casse zu entrichten hat, darf in der Regel nicht mehr als 4% des Wochenlohnes betragen, davon darf der Unternehmer höchstens 2% vom Lohn abziehen. Für besonders gesundheits-schädliche Berufszweige hat die Krankencasse das Recht, die Beiträge bis auf 12% des Wochenlohnes zu erhöhen; dem Arbeiter darf aber auch in diesem Falle nicht mehr abgezogen werden, als 2% vom Lohn. Was das Organisationsprincip betrifft, so sind in erster Linie Kreiskrankencassen in Aussicht genommen, daneben werden aber auch Betriebskrankencassen zugelassen, die das Gleiche leisten, wie die Kreiscassen, ferner freiwillige Cassen, sofern sie entweder das Gleiche leisten (eingeschriebene Cassen A) oder wenigstens bestimmte vorgeschriebene Minimalleistungen erfüllen (eingeschriebene Cassen B). Ausser den Unternehmern und den Arbeitern trägt aber nach dem Entwurf auch die schweizerische Eidgenossenschaft zu den Kosten der Krankenversicherung bei, und zwar bezahlt der Bund an alle Kreiskrankencassen, Betriebskrankencassen und eingeschriebenen Krankencassen A einen Rappen pro Tag, also 3,65 Frs. im Jahr, für jedes obligatorisch versicherte Mitglied, sowie für jeden freiwillig versicherten Schweizerbürger; die B-Cassen, die mehr gelistet, als anerkannt werden, erhalten den „Bundesrappen“ nur für ihre Mitglieder schweizerischer Nationalität. Sämtliche Cassen geniessen gänzliche Portofreiheit. Für abgelegene Orte, wo die Beschaffung ärztlicher Hilfe und von Heilmitteln mit besonderen Schwierigkeiten

verbunden ist, ersetzt der Bund den Krankencassen das Mehr an Kosten. Was die Höhe der zu zahlenden Krankengelder betrifft, so stehen die näheren Bestimmungen hierüber den einzelnen Cassen zu, dieselben dürfen jedoch keinesfalls unter das gesetzliche Minimum von 60% des Lohnes heruntergehen, auch haben sie Arzt und Arzneien zu bezahlen.

Die Arztwahl ist frei. In besonderen Fällen ist die Zuziehung eines zweiten Arztes auf Kosten der Casse gestattet. In der Regel kann kein Kranker zwangsweise ins Spital verbracht werden; im Gegenteil ist häusliche Wartung auf Kosten der Casse zulässig. Wöchnerinnen, ob verheiratet oder nicht, erhalten Wöchnerinnengeld; „dieses besteht in einem mässigen Ersatz der Kosten des geburtshilflichen Beistandes und, wenn die Wöchnerin obligatorisches oder vollversichertes freiwilliges Mitglied ist, überdies einem Krankengeld von der Niederkunft an bis zur Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit und höchstens auf die Dauer von sechs Wochen seit der Niederkunft“. Den Hinterbliebenen eines verstorbenen Mitgliedes wird ein Sterbegeld von zwanzig bis vierzig Franken gezahlt.

In Bezug auf die Organisation der Kreiskrankencassen unterscheidet der Entwurf zwischen getrennter und gemeinsamer Verwaltung. Letztere, bei welcher Unternehmer und Arbeiter in gemeinsamer Sitzung beschliessen, und zwar so, dass auch der einzelne Unternehmer gerade so gut, wie der einzelne Arbeiter, nur eine Stimme abgibt, ist nur als Ausnahme vorgesehen und kann nur auf gleichzeitigen Wunsch von drei Vierteln der versicherten Arbeiter und drei Vierteln der Unternehmer eingeführt werden. Die getrennte Verwaltung hingegen besteht darin, dass alle Geschäfte paritätisch erst von der Generalversammlung der Versicherten, dann von der Generalversammlung der Unternehmer durchberaten werden, mit Ausnahme der Wahl des Vorstandes und der Rechnungsrevisoren, welche ausschliesslich den Arbeitern vorbehalten bleibt. Ausserdem aber unterstehen Betriebs- und Kreiskrankencassen der Controle eigener cantonaler Aufsichtsbehörden, die unter anderm in einer Reihe von Fällen als erste Beschwerdeinstanz fungieren. Eine Reihe von anderen, mehr internen Streitfällen ist eigenen Schiedsgerichten zugewiesen, die aus einem Arbeiter, einem Unternehmer und einem von einer cantonalen Gerichtsbehörde ernannten Vorsitzenden bestehen. Als zweite und höchste Instanz steht über den cantonalen Aufsichtsbehörden der Bundesrat, über den Schiedsgerichten ein eigens zu schaffendes Bundesversicherungsgericht.

Betriebskrankencassen dürfen nur eingerichtet werden oder fortbestehen, wenn die Mehrzahl der Arbeiter damit einverstanden ist. Sie müssen dasselbe leisten, wie die Kreiscassen; die Organisation ist jene der Kreiscassen mit getrennter Verwaltung. Bei besonderer Gefährlichkeit des Betriebes kann der Unternehmer behördlicherseits zur Errichtung einer Betriebskrankencasse gezwungen werden.

Auch die freien Cassen (eingeschriebene Cassen A und B) unterliegen der staatlichen Aufsicht.

Soweit die Krankenversicherung. Die Unfallversicherung sollte obligatorisch sein für alle obligatorisch gegen Krankheit Versicherten, facultativ für die Arbeitgeber. Die Verwaltung; deren Kosten der Bund zu decken hätte, sollte in einer besonderen eidgenössischen Unfallversicherungsanstalt mit dem Sitz in Luzern centralisiert sein. Die Beamten (ein Director, zwei oder drei Vicedirectoren und das erforderliche Personal, ferner für die einzelnen Versicherungsbezirke je ein Inspector nebst Hilfspersonal) werden vom Bundesrat ernannt. Ihnen steht als beratende Körperschaft ein eidgenössischer Versicherungsrat zur Seite, dessen neun bis fünfzehn Mitglieder gleichfalls vom Bundesrat ernannt werden; jedoch müssen mindestens drei davon Arbeiter, drei andere Unternehmer sein.

Die Pflege des Verletzten und die Auszahlung von Krankengeld an denselben ist zunächst, vom dritten Tage an bis zum Ablauf der sechsten Woche nach dem Unfall, Sache der Krankencassen; doch werden diesen die hierdurch verursachten Verwaltungskosten von der Unfallversicherungsanstalt bezw. vom Bund nachträglich vergütet. Nach Ablauf der sechsten Woche dauern die Leistungen an und für den Kranken unverändert fort, fallen jedoch nunmehr der Unfallversicherungsanstalt zur Last. Im Falle dauernden

körperlichen Nachteils wird eine jährliche Rente (Invalidenrente) zuerkannt; dieselbe beträgt 60% des „dem Verletzten, infolge der Beeinträchtigung seiner Erwerbsfähigkeit, mutmasslich entgehenden Jahresverdienstes“. Doch kann die Rente „im Falle gänzlicher Hilflosigkeit und bei gleichzeitigem Notbedarf“ bis auf 100% erhöht werden. Andererseits sollte die Bundesversammlung befugt sein, den normalen Rentensatz für alle Verletzten von 60% auf  $66\frac{2}{3}\%$  zu erhöhen. Sehr beachtenswert ist auch folgende Bestimmung: „Bezug der Versicherte am Tage der Verletzung noch nicht den normalen Lohn eines Erwachsenen, so ist für die Höhe der Rente von dem Zeitpunkt an, in welchem er mutmasslich, ohne die Verletzung, den normalen Lohn bezogen hätte, die dem letzteren entsprechende Lohnklasse massgebend“. Der anzurechnende normale Lohn darf jedoch den normalen Lohn eines Fünfundzwanzigjährigen nicht übersteigen.

Stirbt der Verunglückte innerhalb der ersten sechs Wochen, so bezahlt die Krankencasse den Hinterbliebenen das schon oben erwähnte Sterbegeld, dasselbe wird ihr jedoch von der Unfallversicherungsanstalt vergütet; stirbt der Verunglückte nach Ablauf dieses Terms, so bezahlt die Unfallversicherungsanstalt an die Hinterbliebenen ein Sterbegeld von vierzig Franken. Ausserdem erhalten die Hinterbliebenen eine jährliche Rente, und zwar die Witwe 30% des Jahresverdienstes des Verstorbenen, der Witwer, „sofern er dauernd erwerbsunfähig ist oder innerhalb fünf Jahren seit dem Tod der Ehefrau dauernd erwerbsunfähig wird“, 20%; jedes hinterbliebene oder nachgeborene eheliche Kind bis zum 16. Lebensjahre 15%, wenn es auch den zweiten Elternteil verliert oder verloren hat, 25%. Jedoch sind folgende Bestimmungen zu gunsten unehelicher Kinder vorgesehen:

„Kinder, welche zur Zeit des Unfalls bereits rechtskräftig adoptiert oder legitimiert waren, sind den ehelichen gleichzuhalten.“

„Dasselbe gilt für aussereheliche Kinder mit Bezug auf Ansprüche, die aus dem Tod der Mutter hergeleitet werden.“

„Ebenso wird ein aussereheliches oder Brautkind mit Bezug auf Ansprüche aus dem Tod des Vaters gehalten, wie ein eheliches Kind, sofern die Vaterschaft des Verstorbenen durch einen nach Massgabe der zutreffenden Gesetzgebung erlassenen rechtskräftigen Entscheid oder durch eine glaubwürdige, schriftliche Anerkennung festgestellt ist.“ (Art. 264.)

Die bisher aufgezählten Renten dürfen indessen zusammen 50% des Jahresverdienstes des Verstorbenen nicht übersteigen. Sofern sie weniger als 50% ausmachen, sind auch Verwandte in aufsteigender Linie und Geschwister unter 16 Jahren rentenberechtigt, und zwar erhalten sie zusammen im Maximum 20%.

Die Kosten der Unfallversicherung werden durch an die Unfallversicherungsanstalt zu zahlende Beiträge (Prämien) bestritten, welche nach der Höhe der Unfallgefahr und des Tagesverdienstes abgestuft werden. Zur Taxierung der Unfallgefahr dient ein vom eidgenössischen Versicherungsamt auszuarbeitender Gefahrenarif, der alljährlich abgeändert werden kann.

Von dieser Prämie trägt der Bund ein Fünftel; ein Fünftel darf der Arbeitgeber dem Arbeiter vom Lohn abziehen, die übrigen drei Fünftel muss er selbst bezahlen. In dieser Aufstellung sind die Einrichtungs- und Verwaltungskosten nicht mitgerechnet; diese trägt der Bund.

Dem eidgenössischen Versicherungsamt sind auch ausgedehnte Befugnisse in Sachen Unfallverhütung zugedacht. Es soll zu diesem Zweck allgemeine Vorschriften und Verbote erlassen, ebenso aber auch besondere Vorschriften und Verbote mit Bezug auf einzelne Betriebe oder einzelne versicherte Personen. Die Bestimmungen gegen ungehorsame Unternehmer lassen an Nachdruck nichts zu wünschen übrig. Das Versicherungsamt ist in solchen Fällen befugt, „den Bundesbeitrag für eine bestimmte zukünftige Zeitdauer als verwirkt zu erklären, die Prämie für die Zeit bis zur Nachachtung bis auf das Fünffache zu erhöhen und die Versetzung in eine höhere Gefahrenabteilung vorzunehmen“. (Art. 310.) In schweren Fällen des Ungehorsams und bei gleichzeitigem bedeutender

Unfallgefahr ist der Bundesrat nach zweimaliger fruchtloser Mahnung befugt, die zwangsweise Einstellung des Betriebes anzuordnen. (Art. 311.)

Ausser der Krankenversicherung und der Unfallversicherung enthält der Entwurf auch Bestimmungen über eine zu schaffende Militärversicherung. Es sollten nämlich „die Militärpersonen gegen die wirtschaftlichen Folgen von im Dienst eingetretenen Krankheiten und Unfällen versichert werden“. Die Kosten sollte der Bund tragen, ausnahmsweise die Cantone. Die Leistungen sind noch höher und weitergehend, als die der Unfallversicherung. Gegen diesen Teil des Entwurfes hatte niemand etwas einzuwenden; er wäre als isolierte Gesetzesvorlage sicherlich mit grosser Mehrheit angenommen worden, welcher Fall auch ziemlich bald eintreten dürfte.

Im ganzen also jedenfalls ein sehr fortschrittliches Gesetz, das den breitesten Schichten der arbeitenden Bevölkerung grosse Vorteile geboten und den Vorsprung Deutschlands auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung weit mehr als ausgeglichen hätte. Die Thatsache, dass dieses fortschrittliche Gesetz verworfen wurde, wirkt um so befremdender, wenn man die traurigen Zustände ins Auge fasst, denen das Gesetz abhelfen sollte, und die nun weiter bestehen. Die Krankenversicherung war und ist in der Schweiz bisher reine Privatsache, es bestehen keine staatlichen, sondern nur die schon erwähnten freiwilligen Krankencassen, deren Leistungen zum Teil recht niedrige sind; ein sehr grosser Teil der Arbeiterschaft ist überhaupt nicht versichert, namentlich die schlechter gestellten unter den Industriearbeitern, von den Landarbeitern gar nicht zu reden. Gegen die wirtschaftlichen Folgen von Unfällen (und zwar nur von im Betrieb erfolgten Unfällen) schützt die Arbeiter in der Schweiz bis jetzt lediglich die Unternehmerhaftpflicht; diese gilt seit langem für den Bau und Betrieb von Eisenbahnen, seit 1881 für die Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern, seit 1887 für einen Teil der Betriebe mit mehr als fünf Arbeitern. Diese drei Kategorien umfassen aber zusammen wenig mehr, als die Hälfte der gesamten Lohnarbeiterklasse, der Rest ist völlig schutzlos. Allerdings haben jene Arbeiter, in Bezug auf welche die Haftpflicht zu Recht besteht, vom ersten Tage an gesetzlichen Anspruch auf Ersatz des vollen Lohnes bis zur Heilung, sowie der Kosten des Unfalls und der ärztlichen Behandlung, und weiterhin auf eine Abfindungssumme im Fall eines bleibenden Nachteils. Aber diese Abfindungssumme darf auch bei den allerschwersten Unfällen nicht mehr, als 6000 Franken, betragen, es sei denn, dass ein strafrechtliches Verschulden des Unternehmers als erwiesen angenommen wird; in der Praxis wird auch der Höchstbetrag von 6000 Franken nur äusserst selten zugesprochen. Obendrein können sämtliche Ansprüche des Arbeiters vom Unternehmer auf dem Processwege bestritten werden; sie werden beträchtlich gekürzt, wenn die Verletzung durch Zufall eingetreten ist, und ganz für verwirkt erklärt, wenn das Gericht ein Selbstverschulden des Arbeiters annimmt. Allerdings kommt es bei städtischen Grossindustriellen nicht häufig vor, dass sie den Processweg betreten; um so häufiger thun dies aber die kleinen Unternehmer in Stadt und Land, schon, weil sie oft thatsächlich nicht im stande sind, eine Summe von ein paar Tausend Franken baar auf den Tisch zu legen. Während der ganzen Dauer des Processes aber bekommt der verunglückte Arbeiter nichts, absolut nichts; kein Wunder, dass er sich sehr oft zu einem ungünstigen Vergleich herbeilässt, ja geradezu mit einem „schäbigen Bettel“<sup>1)</sup> vorlieb nimmt.

All dieß sollte nun anders werden, gründlich anders und besser. Dass unter solchen Umständen starke Gruppen reactionärer Capitalisten mit aller Kraft gegen das Reformwerk agitirten, versteht sich von selbst. Sie thaten es denn auch mit grossem Eifer und waren nicht immer wählerisch in Bezug auf die Mittel ihrer Propaganda. Besonders thaten sich die Seidenfabrikanten hervor; einer von ihnen verschenkte Tausende von seidenen Cravatten, welche die Inschrift: *Nein am 20. Mai* trugen, ein anderer, der in Thalweil am Zürichsee haust, bot seinen Angestellten haufenweise Freibillets zu einer Dampfschiffahrt nach Zürich an, wo sie für einen versicherungsfeindlichen Redner die Claque machen sollten.

Aber die verwerfende Mehrheit vom 20. Mai setzte sich aus Angehörigen aller Classen und Parteien zusammen. Es stimmten nicht bloß viele grosse und kleine Unter-

<sup>1)</sup> Volksrecht vom 4. Mai 1900.

nehmer und sehr viele Bauern dagegen, sondern auch viele Tausende von Arbeitern; nicht nur sehr viele Conservative beider Confessionen, zahlreiche Liberale und Radicale und ohne Zweifel auch eine hübsche Anzahl Demokraten, sondern leider auch eine beträchtliche Anzahl Socialdemokraten. Unter den Motiven der Ablehnung darf man wohl an erster Stelle allerhand particularistische Tendenzen nennen. So zunächst die allgemeine Abneigung der Cantons-patrioten im Osten und Westen der Schweiz gegen jede Stärkung der eidgenössischen Centralgewalt; so ganz besonders der Hass der Welschschweizer gegen die Bundesregierung zu Bern — ein Hass, mit welchem sich der bei den Welschen, im Gegensatz zu den Deutschschweizern, noch sehr starke Manchesterliberalismus ganz ausgezeichnet verträgt. So schrieb beispielsweise nach der Abstimmung die Suisse libérale:

„Das Volk hat nun mit blendender Klarheit dargethan, dass es nichts wissen will von dem System, das Herr Forrer bei der Versicherungsgesetzgebung Deutschlands und Oesterreichs entlehnte, dass das alles ihm zu compliciert ist, dass es einfachere, praktischere und weniger kostspielige Lösungen verlangt, mit einem Wort liberale Lösungen der Versicherungsfrage an Stelle der etatistischen (staatssocialistischen).“

Und die Gazette de Lausanne übertrumpft die Suisse libérale noch mit folgenden Sätzen:

„Offenkundig besteht das Schweizervolk aus Leuten, welche sich ihr Glück selber schaffen wollen. Um so besser steht es für die Freiheit! Wenn Bundesrat und Bundesversammlung ein wenig auf die Ratschläge gehört hätten, die man ihnen erteilte, als sie das Gesetz vorbereiteten, sie hätten sich nicht diesem grausamen Desaveu ausgesetzt. Die Absichten waren ja gut, aber unklar. Der Abstimmungstag hat hoffentlich die wünschbare Aufklärung gebracht.“

Aber auch die Katholiken, sowohl Katholisch-Conservative als auch Katholisch-Sociale, haben ihre eigene Art Particularismus. In den katholischen Cantonen sind sie Herren im Hause, im Bund sind und bleiben sie in der Minderheit; Grund genug, um den Bund als sehr unbequem zu empfinden. Dazu kommt nun, sowohl bei den Welschen, als bei den Katholisch-Socialen, noch ein viel speciellerer Grund. Die französische Schweiz ist mit einem Netz von freiwilligen Krankencassen überzogen, welche mit niedrigen Beiträgen niedrige Leistungen verbinden; was aber die katholischen Arbeitervereine (Piusvereine) anlangt, so danken sie ihre Existenz und Ausbreitung grossenteils den mit ihnen verbundener, gleichfalls wenig fordernden und wenig leistenden Krankencassen. Selbst die im Entwurf vorgesehene Zulassung dieser billigen Cassen als eingeschriebene Cassen B konnte nicht verhindern, dass Welsche und Katholisch-Sociale die Vorlage bis aufs Messer bekämpften. Die freiwilligen Cassen in den deutschen und reformierten Cantonen hatten von dem Entwurf kaum etwas zu fürchten, sie besaßen ja meist die Qualification zu eingeschriebenen Cassen A; trotzdem machte sich auch in ihren Kreisen eine gewisse Strömung gegen das Gesetz geltend.

Neben dem Particularismus bethätigte sich als eine dem Versicherungsgesetz feindliche Kraft der engherzige Nationalismus der Schweizer. Der Entwurf räumt den in der Schweiz arbeitenden Ausländern gleiche Rechte ein, wie ihren Collegen schweizerischer Herkunft;<sup>2)</sup> bei der intensiven Abneigung des Durchschnittsschweizers nicht nur gegen sprachfremde Einwanderer, sondern auch gegen seine eigenen Sprach- und Stammesgenossen von jenseits der Grenzpfähle war dies für sehr viele Schweizerbürger ein Grund zur Verwerfung: Bei den Bauern und einem sehr grossen Teil der Arbeiter dürfte dieses Motiv noch stärker mitgewirkt haben, als bei der Bourgeoisie.

Ganz abgesehen vom Ausländerhass aber wirkte es bei sehr vielen Schweizerbürgern ausschlaggebend zu ungunsten des Gesetzes, dass es überhaupt dem einzelnen Versicherten finanzielle Lasten auferlegte. Sehr beherzigenswerte Worte schreiben darüber die demokratischen Glarner Nachrichten:

<sup>2)</sup> Eine Ausnahme bilden die schon erwähnten Bestimmungen über den an die eingeschriebenen Cassen zu zahlenden Bundesrappen.

„Die erste Rolle hat wohl der Geldsäckel gespielt, sowohl der grosse, als der kleine. Der grosse sträubte sich gegen weitere Opfer für Zwecke der Humanität; daher die enorme Propaganda gegen die Vorlage; und der kleine Geldsäckel verschloss sich, weil er für seine eigene Besserstellung auch nicht einen Centime erübrigen wollte. „Lass sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind“, so dachte wahrlich mancher Familienvater, dem noch eingeschenkt werden wollte, und das ist kein hoher, kein des Schweizervolkes würdiger Standpunkt.

Aber enthält die enorme Zahl Nein nicht auch eine andere bittere Wahrheit? Wir meinen ja. Das arbeitende Volk hat damit gesagt: wir verdienen gerade das Existenzminimum, es ist uns beim besten Willen unmöglich, so grosse wie die vorgesehene Beiträge aufzubringen. Wie könnte man es anders erklären, dass im Canton Glarus die Arbeiter derjenigen Gemeinden in Mehrzahl Ja gestimmt haben, in welchen die besten Löhne bezahlt werden? Die notwendige Folgerung muss deshalb sein: Besserstellung der Arbeiter; Arbeit, unaufhörliche Arbeit, bis dieses Ziel erreicht ist!“

Aehnlich spricht sich der socialdemokratische Basler Vorwärts aus:

„Aus den Abstimmungsergebnissen der letzten Jahrzehnte — sowohl in eidgenössischen, als in cantonalen Fragen — geht hervor, dass das Volk an der Grenze seiner materiellen Leistungsfähigkeit angelangt zu sein scheint. Alle Vorlagen, welche Opfer vom Einzelnen verlangten, wurden verworfen.“

Wohlgermerkt, der Basler Vorwärts gehört zu den Anhängern des Gesetzes. Er beklagt dessen Ablehnung mit den Worten: „... Das war nicht klug. Wir fügen uns als gute Demokraten in die Thatsache, aber trotz alledem sind wir stolz darauf, zu den Unterlegenen zu gehören. Uns pocht heute das Herz nicht, wenn wir in die Hütten des Elends hineinblicken, wo Frauen und Kinder in banger Sorge um das Krankenlager des Familienhauptes herumstehen.“

Während indessen die Arbeiter vorzugsweise die directe Belastung durch die Versicherungsbeiträge scheuten, machte sich in manchen Kreisen der Bourgeoisie, vor allem bei den Kaufleuten, die Furcht vor der Deckung der Bundesbeiträge durch indirecte Steuern geltend. Man besorgte, der Bund werde entweder auf das mehrfach ventilirte Project des Tabakmonopols zurückgreifen, oder aber verschiedene Zollsätze erhöhen — an eine progressive Bundeseinkommensteuer ist ja angesichts des particularistischen Widerstands der Cantone auf lange hinaus nicht zu denken, trotz der diesbezüglichen Anträge des wackeren alten Nationalrats Joos von Schaffhausen. Auch in den Kreisen der Kaufleute schaffte also die Furcht, zu den Kosten des Reformwerks aus der eigenen Tasche etwas beitragen zu müssen, dem Entwurf zahlreiche Gegner.

Aber eine gesetzgeberische Action, wie die in Rede stehende, müßte der breiten Masse der Staatsbürger nicht bloss finanzielle Opfer, sondern auch eine beträchtliche intellectuelle Anstrengung zu. Das Gesetz präsentiert sich als ein stattliches Heft von 95 Druckseiten; jeder einzelne Referendumsbürger bekam ein Exemplar dieser Broschüre von Amts wegen ins Haus geschickt mit der freundlichen Ermahnung, die vierhundert Paragraphen des Gesetzes recht aufmerksam zu studieren. Für den Tagelöhner oder Bauarbeiter, der zehn bis elf Stunden schwerer, erschöpfender körperlicher Arbeit hinter sich hat, oder gar für einen armen Gebirgsbauern, der von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang schafft und zu dessen ständigen Lebensgewohnheiten das Lesen von Büchern überhaupt nicht gehört, ist es allen Ernstes keine leichte Aufgabe, sich diese vierhundert Paragraphen mit all ihren Clauseln, Einschränkungen und Rückverweisungen klar zu machen — obgleich der Entwurf in einer anerkanntenswerth volksverständlichen Sprache geschrieben ist, die sehr wohlthuend von dem Bureaustil der deutschen Gesetzestexte absticht. Aber es sind eben doch 95 Druckseiten und 400 Artikel, und so mag das harte Urtheil sachlich nicht unberechtigt sein, welches ein in Zürich erscheinendes socialdemokratisches Blatt, der Grütliauer, ausspricht: „Die Sache ist einfach! Das Volk in seiner grossen Masse begreift ein solches complicirtes Gesetz, das selbst rechnerische Abwägungen voraussetzt, nicht. Nur, wer die geistige Fassungsgabe des einfachen Mannes nicht kennt, wird das im Ernste bestreiten.“

Hinzufügen könnte man allerdings, dass diese unzureichende Fassungskraft grossenteils durch die traurige wirtschaftliche Lage verschuldet ist, die es dem armeren Teil der Schweizerbürger eben vielfach unmöglich macht, den hohen und verantwortungsvollen politischen Pflichten nachzukommen, welche die Demokratie ihnen auferlegt. Nur allzu begreiflich ist es unter solchen Umständen, dass anstatt eines klaren Verständnisses der politischen Fragen in breiten Kreisen jenes dumpfe Misstrauen gegen die Regierenden vorwaltet, das seinen üblichen Ausdruck im „principiellen Neinsagen“ findet. Die Psychologie dieser Art Opposition schildert sehr anschaulich das Thurgauer Tagblatt:

„Nein, wer Gelegenheit hat, unsere Bürger zu Stadt und Land zu hören, wenn sie unter sich sind und sie infolgedessen reden dürfen, wie es ihnen ums Herz ist, wer gerade gestern den Gesprächen zugehört hat, die nach der Abstimmung am Wirtstisch geführt wurden, der hat neuerdings bestätigt gesehen, was er schon so oft beobachten konnte, dass nämlich das Nein, das der Schweizerbürger in die Urne legen kann, für ungezählte Tausende die einzige Wehr und Waffe ist, die ihm zu Gebote steht, um seinem Groll gegen alles das Luft zu machen, was ihm in unserem Staatshaushalte nicht gefällt. Es ist ihm dabei nicht sowohl um das betreffende einzelne Gesetz zu thun, als vielmehr um die Gesetzgebung überhaupt, namentlich aber um die Art und Weise der Ausführung, der Handhabung derselben.“

Das in Bern erscheinende Tagblatt: Der Bund, eines der Organe der im Nationalrat herrschenden radicalen Partei, deren Führer, Advokat Dr. Forrer aus Winterthur, den jetzt abgelehnten Entwurf ausgearbeitet hat, ist denn auch verständlich genug, den einmal vorhandenen Neigungen und Abneigungen des Volkes Rechnung zu tragen, indem es vorschlägt, den Schweizerbürgern anstatt eines allzu umfangreichen Gesetzes eine Reihe kürzerer Entwürfe zur Prüfung und Annahme zu unterbreiten. Das Blatt sagt: „Man wird, so unbequem dies sein mag, sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, die Versicherung schrittweise und in Bruchstücken einzuführen, nachdem der grosse Wurf des einheitlichen Werkes misslungen ist. Die Unfallversicherung, die zwar angefochten war, aber doch in weit geringerem Masse, als die Krankenversicherung; hat Aussichten, in einer späteren, zweiten Auflage die Genehmigung des Volkes zu finden. Die Härten und Unbilligkeiten der gegenwärtigen Haftpflichtgesetzgebung werden sich immer fühlbarer machen und zur Wiederaufnahme der Unfallversicherung drängen. Die Krankenversicherung dagegen dürfte für eine längere Zeitdauer begraben sein; aber auch sie wird, in anderer Gestalt vielleicht, ihre Auferstehung feiern. Die Demokratie ist die Staatsform der Geduld, auf dem socialpolitischen Gebiete in noch höherem Masse, als auf irgend einem anderen.“

Ergänzend will ich daran erinnern, dass die Einbringung der Militärversicherung als selbständige Vorlage bereits in Aussicht steht. Im übrigen aber überbieten sich zur Stunde in der Schweiz die Vertreter der verschiedensten Parteien und Organisationen in Vorschlägen, welche alle darauf hinzielen, das missglückte Reformwerk in einer den Wünschen des Volkes besser angepassten Gestalt wiederaufzunehmen. Speziell von socialdemokratischer Seite, vom Volksrecht, geht die Anregung aus, die 1894 wegen ungenügender Unterstützung fallen gelassene Initiative zu gunsten der allgemeinen unentgeltlichen Krankenpflege neuerdings einzubringen. Jedenfalls ist die Lage keine hoffnungslose. Das Schweizervolk hat sein Schicksal selbst in der Hand; wenn es heute für seine schwierigen politischen Aufgaben vielfach noch ein ungenügendes Verständnis zeigt, so ist es vor allem Pflicht der Socialdemokratie, an der Weckung und Schulung dieses Verständnisses zu arbeiten. Allerdings thut es dringend not, jene Volksmassen, denen man gesteigerte geistige Leistungen auf dem Gebiet der Gesetzgebung zumutet, auch unmittelbar wirtschaftlich zu heben; hier muss vor allem der gewerkschaftliche Kampf, sowie die genossenschaftliche Organisation eingreifen. Möge die Niederlage vom 20. Mai — denn eine Niederlage des socialen Fortschritts war es — unseren schweizerischen Parteigenossen eine ernste Mahnung sein, aber auch ein Ansporn zu unermüdlcher, allseitiger Thätigkeit!

# Tolstojs Auferstehung.

Von

Georg Polonsky.

(München.)

Im Jahre 1884 rang Turgenjew fern von der Heimat mit dem Tode. Ueber dem geistigen Horizonte Russlands lagerte damals eine traurige Leere und Oede. Die glanzvolle Plejade der sogenannten Schriftsteller der vierziger Jahre, die es vermocht hatte, die heimische Litteratur zu dem mächtigsten, ja einzig wirksamen Factor des gesellschaftlichen Lebens in Russland zu machen und auf die Höhe eines künstlerischen Schaffens von internationalem Namensklange zu bringen, fühlte immer mehr ihr Lebensende nahen. Die bedeutendsten Repräsentanten derselben, Gogol, Herzen, Dostojewskij, Pissemskij, Gontscharow, Njekrassow etc., waren bereits tot. Das zusammengeschmolzene Häuflein der noch am Leben Gebliebenen zehrte nur von der ruhmreichen Vergangenheit oder schwieg grimmig in innerer Einkehr, während die aus einer anderen Zeit stammende und in anderen Verhältnissen grossgezogene neue Generation von dem traditionellen Wege des universellen dichterischen Schaffens abwich und sich mehr oder minder in den Dienst specieller Aufgaben stellte. Dem sterbenden Dichter, dem zuletzt scheidenden Veteran der grossen russischen Litteratur, mag dieses heimatliche Bild vor den brechenden Augen gestanden haben, als er auf dem Totenbette zur Feder griff und an den gewaltigsten, seinen einstmaligen Freund, jetzt unversöhnt gebliebenen Feind Lew Nikolajewitsch Tolstoj schrieb: „Noch einmal muss ich Dir sagen, wie glücklich ich stets war, Dein Zeitgenosse zu sein. Höre meine letzte Bitte, mein Freund: kehre zum dichterischen Schaffen zurück! Diese Gabe kam Dir von Ihm, dem wir alles verdanken. Mein Freund, grosser Dichter unserer russischen Erde, erhöre meine Bitte!“

Tolstoj schenkte dem Freunde kein Gehör und setzte den Neubegonnenen Weg noch unerbittlicher fort. Er zürnte über die innere Verlogenheit, die noch die Sterbestunden Turgenjews trüben konnte, und wiederholte nicht nur die Losagung von seinen grossen Kunstwerken, sondern übergab sie förmlich einem öffentlichen Anathema, indem er sie als sittlich unrein und des hohen Ideals der menschlichen Liebesthätigkeit, welches ihn jetzt mit aller Gewalt erfasste, unwürdig, verpönte.

Der „grosse Dichter unserer russischen Erde“ spintisierte. Auch der begeistertste Schaffensprocess sei ein sinn- und zweckloses Spiel von sich aufräugenden Gestalten und Bildern, bar jeden Wertes, wenn er nicht unter die strenge Controle der höheren Fähigkeiten des Menschengeistes — des Bewusstseins und des Willens — gestellt werde. Diese aber fordere die Befolgung zweierlei Gebote: man müsse sich selbst seelisch rein, frei von den discreditierenden Elementen der eigennützigen Leidenschaften erziehen und sich denjenigen Millionen von Menschen widmen, „die das Leben schaffen, ihr Leben und unser Leben auf ihren Schultern tragen“. Das künstlerische Schaffen verstosse brutal gegen das erste, wie das zweite Gebot. In innerlicher Gemeinschaft müsse man dann mit der moralisch und geistig bankrott gewordenen Lebensformen vorlieb nehmen, und der daraus entspringende „Nutzen“ für die Volksmassen, bestünde darin, dass ein durch unser Schaffen vergifteter Volksmensch „zuvörderst aufhören muss, das zu sein, was er ist, d. h. ein unabhängiger Mensch, der alle seine Bedürfnisse selbst befriedigt.“

So beschloss der Apostel von Jasnaja Poljana sein bisheriges geniales Tagewerk als unvollbracht zu betrachten und es durch ein neues, besseres, welches im Uralten bestand und — abgesehen von seinem individuellen muster-giltigen, in allen Details harmonisch geordneten Privatleben — in exegetische Auslegung desselben verließ, zu ersetzen.

Den jähen Sprüngen dieses Tolstojschen Denkens, welches das gesamte menschliche Sein gesetzgeberisch fassen will, sich aber in den Schlupfwinkeln der subjectiv gefärbten, nur die intime Sphäre des Einzelmenschen berührenden Daseinswerte fortwährend verliert, konnte das kritisch sehende Auge leicht den auffälligen Contrast zwischen der gewaltig gefassten Aufgabe und den gewonnenen dürftigen Resultaten entnehmen, den Contrast zwischen dem unendlich complicierten Ziele und dem harmlos einfachen Mittel, zwischen dem bewegungsvoller socialen Lebensprocesse und der starren Monotonie der normierenden Grundsätze.

Psychologisch war es begreiflich, dass Tolstoj, der sein dichterisches Schaffen nur an dem Masse des unmittelbaren Volksnutzens werten wollte, dasselbe bezweifeln konnte, psychologisch unwahrscheinlich aber schien es, dass die im Ueberfluss vorhandene schöpferische Kraft seines Genius ihn nicht immer wieder zur Gestaltung zwingen würde. Psychologisch begreiflich war es, wenn Tolstoj neidvoll den inneren Frieden der producierenden Volksmassen preist, weil sie alle ihre Bedürfnisse selbst befriedigen, niemand etwas schulden, während er, der Verfasser der Anna Kärenina, und mit ihm die ganze Cultur-menschheit ohne deren Arbeit nicht einmal existieren kann; psychologisch unmöglich aber schien es, dass die aufgefundene Harmonie des Volkslebens — vor allem des russischen —, die so keimartig, so schutzlos gegen die zerstörende Macht der äusseren Einflüsse, wie der notwendig erwachenden inneren Bedürfnisse ist, auf die Dauer die Lösung der Tolstojschen Probleme bieten oder, noch mehr, als unantastbares Ziel und Mittel zur Abhilfe des auf Irrwege geratenen Culturlebens der christlichen Menschheit gelten kann. Bereits damals, als in dem eigensinnigen Theoretisieren Tolstojs der Genius seiner Kunst aufblitzte und jenes durch künstlerisch erschöpfende Wiedergabe der Wirklichkeit widerlegte, drängte sich unwillkürlich die Annahme auf, dass es vor allem die Collision der schöpferischen Kraft mit dem Zweifel an der Notwendigkeit ihrer Production ist, die gelöst werden will, damit der Dichter von sich selbst zum wirklichen Leben zurückkehre. Sonst wäre Tolstoj ein unlösbares psychologisches Rätsel geblieben. Die Auferstehung scheint diese Annahme zu bestätigen. Dieser Roman ist auch eine Art Auferstehung Tolstojs selbst.

Eine künstlerisch einzig dastehende Encyklopädie der russischen Wirklichkeit, enthält er zugleich neben unverkennbaren autobiographischen Zügen das Seelenleben jedes Menschen — mag er Fürst oder Bettler sein —, der mit offenen Augen und menschlichen Gefühlen mit derselben in enge Berührung kommt. Ein gewaltiges, erschütterndes Drama, das tagtäglich mit Millionen von Darstellern in Scene geht, das Drama des russischen Lebens, und ein kleiner dramatischer Prolog, dessen Held, ein mitschuldiger Zuschauer, auf die Dauer nicht gleichgiltig bleiben konnte. Ein blut- und lebensvoller Ausschnitt des gesamten socialen Lebens Russlands und Tolstojs Moralprogramm. Kurz, Tolstojs Kunst und Tolstojs Denken!

Von diesem doppelten Gesichtspunct muss das Werk betrachtet werden.

Eine einfache Episode, die in der Criminalpraxis vielleicht nicht selten vorkommt, oft spur- und klanglos vorübergeht und nur dem Uneingeweihten das naive: „Ist es wirklich möglich?“ mit Schrecken entlockt, bildet das Gerüst der Auferstehung.

Ein junges hübsches Mädchen wird von einem jungen Adeligen verführt und in die Arme der Prostitution getrieben. Zehn Jahre verstreichen, das Mädchen, jetzt professionelle Dirne, erscheint, unschuldig in einen Mordprozess verwickelt, vor dem Gericht, in dem ihr einstmaliger Verführer als Geschworener sitzt, und wird durch ein Versehen des Richters zur Zwangsarbeit verurteilt. Dieses oder ungefähr dieses, erzählte der russische Senator Koni Tolstoj aus eigener Erfahrung. Was ist aber daraus unter den Händen Tolstojs nicht alles entstanden!

In reizend ländlicher Stille, in der Umgebung liebevoll um ihn besorgter Tanten lernen wir zuerst den künftigen Helden kennen. Er ist ein unverdorbener, ehrenhafter, aufopferungsfähiger Jüngling, der die Gemeinschaft mit der Natur und denjenigen Menschen. — Dichtern und Philosophen — liebt, die vor ihm gelebt, gedacht und gefühlt hatten. Gott, Wahrheit, Reichtum, Armut sind gewählte Gegenstände seines Nachdenkens. Sehnsüchtiges Verlangen atmet die Seelenwelt dieses keuschen jugendlichen Fühlens und Wollens. Für die zunächst stehenden, an traditioneller Lebensschablone hängenden Mutter und Tante: ein lächerlicher Gedankenwühler oder im günstigsten Falle ein mitleidige Ironie weckender lieber Schwärmer, lässt der junge Nechljudow den traumtrunkenen Blick auf Katjuscha Maslowa (der Heldin des Romans) ruhen, — dieser althergebrachte Begleiterscheinung spielender Launen des satten Uebermuts, äusserlich halb Stubenmädchen, halb „Baryschnja“ (gnädiges Fräulein), innerlich ein echtes Naturkind —, welche durch das Geheimnis- und Reizvolle ihres Wesens seine ebenso gearteten Jugendträume lockt. Mit der ganzen Glut des jungen guten Gefühls fasst der fürstliche Sprössling heimliche Liebe zu dem einfachen Mädchen. Das ist der erste Zauber, der bald verfliegen muss. Nechljudow verlässt das friedliche Heim, um in den Strudel des üblichen Welt- und Dienstlebens hineingerissen zu werden. Zwei Jahre verfliesen. Nechljudow besucht wieder das Landgut der Tanten. Noch hält ihn die Erinnerung in Bann. Noch empfindet er schmerzlich die verauschten Glücksstunden der reinen Jugend. „Vom ersten Tage an, wo er Katjuscha wiedersah, empfand Nechljudow dasselbe Gefühl, wie früher, für sie. Ebenso, wie früher, konnte er jetzt nicht ohne Unruhe Katjuscha in ihrer weissen Schürze ansehen, konnte nicht ohne freudige Erregung ihre Schritte, ihr Lachen hören und nicht ohne Rührung in ihre dunklen, Johannisbeeren ähnlichen Augen blicken, namentlich wenn sie lächelte, und vor allem konnte er nicht ohne Verwirrung wahrnehmen, wie sie bei jedem Zusammentreffen mit ihm errötete.“ Mit besonderer Zaubermacht überströmt ihn noch dieses Liebesgefühl während des letzten feierlichen Gottesdienstes, in der Ostermesse, wie die fröhlichen Lieder ertönen: „Ostern Gottes, freut euch ihr Menschen!“ und wie er denkt, alles Gute in der Welt sei nun ihretwegen da. Allein Nechljudow ist bereits ein anderer geworden.

Als ein Mensch, der eigene Gedanken und Wünsche haben wollte, ist er in die Petersburger, grosse Welt gekommen, in der man allen anderen, nur nicht sich selbst glaubt. „Anfangs kämpfte Nechljudow, aber der Kampf war so schwer, weil alles das, was er im Glauben an sich für gut hielt, den anderen

als schlecht galt, und umgekehrt alles, was er im Glauben an sich für schlecht hielt, von seiner ganzen Umgebung für gut erklärt wurde. Es endete damit, dass Nechljudow nachgab: er hörte auf, an sich zu glauben, und glaubte den anderen.“ Seinem wirklichen Ich, seinem geistigen Wesen stemmte sich von nun an ein anderes, gesundes, frisches, tierisches Ich entgegen. „In dieser Periode seiner Selbsttollheit, die das Leben in Petersburg und der Militärdienst in Nechljudow hervorgerufen haben, herrschte der tierische Mensch in ihm und unterdrückte vollständig den geistigen. Als er aber Katjuscha wiedersah und wieder dasjenige Gefühl empfand, welches er früher empfunden hatte, da erhob der geistige Mensch das Haupt und begann, sein Recht zu fordern.“ Zwei Tage setzt sich der innere Kampf fort: bei dem jahrelang geübten „Wahnsinn des Egoismus“ musste aber die Genusssucht siegen; und Katjuscha fiel als deren Opfer.

Als Nechljudow für immer Katjuscha verabschiedet, um nach Petersburg zurückzukehren, schiebt er ihr, da sie nichts annehmen will, ein Couvert mit einem Hundertrubelschein zu. Nochmals erwacht in ihm bei dieser Gelegenheit mit aller Deutlichkeit das Gefühl der herzlosen Ungerechtigkeit, die er seiner geliebten Katjuscha angethan. „Lange nachher ging er noch immer in seinem Zimmer auf und ab, krümmte sich, sprang sogar auf und jammerte laut, wie bei körperlichem Schmerz, sobald ihm diese Scene wieder einfiel.“ Allein die dienstfertige Resignation beruhigt ihn jetzt noch leichter, als früher bei den ersten Anfängen seines lustigen Lebenswandels. „Was war dabei zu machen? So ging es immer. So war es mit Schönbock und der Gouvernante gewesen, von der jener ihm erzählte, und mit seinem Onkel Grischa, und so war es auch seinem Vater ergangen, als er auf dem Lande lebte und ihm der uneheliche Sohn Mitenka geboren wurde, der noch am Leben war. Wenn aber alle so handelten, so musste es doch wohl recht sein.“

Nicht ohne Kampf giebt Katjuscha ihre Hoffnungen auf. Bis zu jener Nacht, wo Nechljudow von der Armee gekommen und nicht bei seinen Tanten vorgefahren ist, hofft sie noch immer, er würde wiederkommen, und trägt geduldig ihr Leid. Von diesem Momente aber an begräbt sie alle Erinnerungen an ihre Vergangenheit und verfällt ihrem Schicksal. „Von dieser schrecklichen Nacht an hörte sie auf, an Gott und das Gute zu glauben. Früher hatte sie selbst an Gott geglaubt und daran, dass die Menschen an ihn glaubten; aber von dieser Nacht an war sie überzeugt, dass niemand an ihn glaubte, und dass alles, was man von ihm und seinen Geboten redete, Betrug und Ungerechtigkeit war. Er, den sie liebte, und der sie liebte — sie wusste das —, hatte sie verstossen, hatte ihre Gefühle verhöhnt. Und er war der allerbeste von allen Menschen, die sie kannte. Alle übrigen waren noch schlimmer. Und alles, was mit ihr geschah, bestätigte ihr das auf Schritt und Tritt.“

Die Wege Nechljudows und Katjuschas, scheint es, gehen nun für immer auseinander. Und wie sollte es auch anders sein? Er, ein reicher Adeliger, dem erst jetzt, nachdem er die Sonderlichkeiten seines Wesens ausgemerzt hat und aus einem ehrenhaften, aufopferungsfähigen Jüngling ein lasterhafter verfeinerter Egoist geworden ist, die Gesellschaft herzlichem Willkommengruss bietet. Sie, ein einfaches Volksmädchen das, von nun an, jeder Menschenwürde verlustig, aus der Gesellschaft verstossen, der niederträchtigsten Ausbeutung preisgegeben wird und nur als Mittel der Wollust dem Hungerleben entrinnt. Er,

den jeder Schritt nach oben; zur Spitze der gesellschaftlichen Leiter führt, auf der Reichtum, hohe Geburt die abscheulichsten menschlichen Schwächen sanctioniert und in Ehren hält; sie, die immer tiefer sinkt und auf eine Stufe gerät, wo der Mensch aufhört, Mensch zu sein, und nur als Object des Kaufs und Verkaufs gilt; Nechljudow, der sein geistiges Wesen tötet, um der schwierigen Aufgabe, alles in Rechenschaft ziehen und somit den fortwährenden Kampf mit der ihn belachenden Umgebung führen zu müssen, aus dem Wege zu gehen; Katjuscha, die der schrecklichen seelischen Umwandlung anheimfällt, um die Verzweiflung zu überwinden, die sich in ihr angesichts der Selbstverständlichkeit der menschlichen Bosheit erhebt. Nechljudow, der die nagenden Erinnerungen an seine That und das vernichtende Bewusstsein seines leeren ungerechten Lebens durch die leichtfertige Resignation: „Ja, ja, so machen's alle, so muss es wohl sein!“ zu stillen weiss. Katjuscha, die in Erinnerung an jene Nacht, als sie dem Wagen nachläuft, der Nechljudow für immer wegführt, das grausame Bild der ihr zugefügten Ungerechtigkeit, ihrer begrabenen Jugend; durch das in ihrer Lage übliche Mittel: „Ich räuche und trinke, da geht's vorbei!“ zu verscheuchen sucht.

Zehn Jahre verstreichen. Als richtender Geschworener und als angeklagte Mörderin trafen sich Nechljudow und Katjuscha wieder gegenüber. Er, ein abgelebter, seelisch verwelkter Lebemann. Sie, ein passives Opfer, eine leiblich alternde Dirne. Ihre Wege begegnen sich und gehen nicht mehr auseinander. So will es der Zauberkünstler. Und wir, erschüttert in all' unseren gehegten Grundsätzen, bannen den Zweifel.

Man kennt das alte physikalische Experiment. Ein mit Wasser gefülltes Gefäss wird in vollständigen Ruhezustand gebracht. Man beginnt dann das Wasser erkalten zu lassen. Das Thermometer fällt auf 0, —1, —2, sogar —3°. Das Wasser sollte längst frieren, friert aber nicht. Aber man braucht das Gefäss etwas zu rütteln, und das Wasser wird sofort Eis.

Das Leben der menschlichen Seele, welches hier in all' seinen unbewussten Vorgängen, in all' den weltverlorenen Winkeln und Tiefen von dem starren Beharrungszustand durch das merkwürdige Rütteln des künstlerischen Genius aufgeschreckt und zu gewaltigen Aeusserungen veranlasst wird, erinnert uns unwillkürlich an dieses physikalische Experiment. Die Gewalt des Naturgesetzes ist das Gemeinsame.

Von den ersten Schritten an treten vor uns Nechljudow und Katjuscha in der ganzen Complieirtheit ihres Seelenlebens. Nechljudow ist eine schwache, echt russische, durch verkünstelte, müssige Lebensweise entstellte Natur. Würde er zufällig Katjuscha nach zehn Jahren auf der Anklagebank nicht begegnet sein, er würde sich kaum an das durch ihn unglücklich gewordene Mädchen erinnern. Um ihm seine Thaten zum Bewusstsein zu bringen, muss etwas Aussergewöhnliches geschehen. Da offenbart Tolstoj seine wunderbare Gestaltungskraft. Das Erblicken Katjuschas in dem Gerichtssaal ist der erste Stein, der in das stehende Wasser des vom Egoismus verstopften psychischen Lebens Nechljudows geworfen wird. Er verursacht eine kleine Unruhe in demselben. Noch im Gericht, als Nechljudow es klar sieht, dass Katjuscha unschuldig ist und er das grausame Urteil verhindern kann, schweigt er die ganze Zeit und findet nur Gelegenheit sich mit sich selbst zu beschäftigen. In jenem „Wahnsinn des Egoismus“ in dem Nechljudow all die zehn Jahre gelebt hat, kann es auch nicht anders sein. Zuerst bemächtigt sich seiner die feige Angst, Katjuscha könnte ihn

erkennen und blamieren; darauf die quälende Erinnerung an seine That und ein verstecktes Mitleid mit sich selbst, dann endlich das Gefühl, welches ihn zwingt, für diejenige zu sorgen, an der er doppelt verbrochen hat, da er sie ohne gerechten Schutz gelassen, als es so leicht und einfach war.

„Ah! diese Schwankungen, der Versuch, sich der schwierigen Situation zu entziehen, und endlich der verzweifelte Entschluss, Katjuscha zu heiraten, sind mit der Meisterschaft des grossen Psychologen geschildert. Nechljudow tritt uns lebendig entgegen als dieselbe schwache Natur, die wir kennen. Keine Spur irgend eines melodramatischen Heroismus. Er bleibt eine kleine schwache Menschennatur, welche aus dem so gut gebauten Lebensgeleise ausgeglitten ist. Selbst der Entschluss, ein neues Leben zu beginnen und Katjuscha zu heiraten, erhöhen ihn nicht. „Als er sich das sagte, waren in seinen Augen Thränen; gute Thränen und schlechte Thränen; gute Thränen deshalb, weil es Freudenthränen waren über das Erwachen des geistigen Wesens in ihm, welches diese ganzen Jahre hindurch in ihm geschlafen hatte; und schlechte Thränen deshalb, weil es Thränen der Rührung über sich selbst, über seine Tugend waren.“

Das ist die Auferstehung noch nicht. Nechljudow muss eine Reihe von Prüfungen durchmachen, um sich dieses Seelengut zu erobern. Wie alle schwachen energielosen Menschen versteht Nechljudow es nicht, sein eigenes Leben zu lenken, er wird vielmehr von den Umständen und Ereignissen geleitet. In seiner neuen Stimmung widersteht er denselben ebensowenig, als er es früher vermocht hat, wenn Mutter und Cameraden ihn in die entgegengesetzte Richtung führten.

Dieselbe Katjuscha enthüllt ihm den wahren Grund seines heroischen Entschlusses, sie zu heiraten. Während des zweiten Wiedersehens im Gefängnisse entwickelt sich zwischen Nechljudow und Katjuscha ein Gespräch von gewaltiger Wirkung und Lebenswahrheit.

Katjuscha, verlegen und etwas angeheitert, erwidert Nechljudow, der sie um Verzeihung bittet:

„... „Ach was, verzeihen und immer verzeihen, das hat ja keinen Zweck ... Sie sollten lieber ...“

„Dass ich meine Schuld wieder gut machen will,“ fuhr Nechljudow fort, „und nicht mit Worten, sondern durch die That. Ich habe mich entschlossen, Sie zu heiraten.“

Ihr Gesicht drückte plötzlich Schrecken aus. Ihre schrägen Augen blieben stehen, sahen ihn an und sahen ihn nicht an.

„Wozu ist das noch nötig?“ meinte sie mit bösem Stirnrunzeln.

„Ich fühle, dass ich das vor Gott thun muss.“

„Was haben Sie denn für einen Gott entdeckt? Reden Sie doch nicht so. Gott? Welcher Gott? Sie hatten damals an Gott denken sollen,“ sagte sie und hielt mit offenem Munde im Reden inne. Nechljudow spürte erst jetzt den starken Bräuntweingeruch aus ihrem Munde und begriff die Ursache ihrer Erregung.

„Beruhigen Sie Sich,“ sagte er.

„Ich brauche mich nicht zu beruhigen. Denkst, ich bin betrunken. Ich bin auch betrunken und weiss doch, was ich sage,“ begann sie plötzlich schnell zu reden und wurde über und über purpurrot. „Ich bin eine Zuchthäuslerin, und Sie ein Herr, ein Fürst, und du brauchst dich nicht mit mir zu beschmutzen. Scher dich fort zu deinen Fürstinnen!“

„Wie grausam du auch redest, du kannst doch nicht aussprechen, was ich fühle,“ sagte Nechljudow leise, am ganzen Körper zitternd. „Du kannst dir nicht vorstellen, bis zu welchem Grade ich meine Schuld vor dir fühle! . . .“

„Schuld fühle . . .!“ äffte sie ihm böse nach. „Damals hast du sie nicht gefühlt, sondern mir hundert Rubel eingesteckt. Das war — der Preis.“

„Ich weiss, ich weiss, aber was soll ich jetzt thun?“ sagte Nechljudow. „Ich bin entschlossen, dich jetzt nicht zu verlassen,“ wiederholte er, „und was ich gesagt habe, das thue ich.“

„Und ich sage, du thust es nicht!“ sagte sie und lachte laut auf.

„Katjuscha!“ begann er.

„Geh fort von mir. Ich bin eine Zuchthäuslerin, und du bist ein Fürst und hast hier nichts zu suchen!“ rief sie, vom Zorn vollständig verwandelt, und riss ihm die Hand weg.

„Du willst durch mich deine Seele retten,“ fuhr sie fort, und beeilte sich, alles zu sagen, was in ihrem Innern aufstieg. „Hast mich in diesem Leben genossen und willst durch mich auch in der anderen Welt glücklich werden! Du bist mir widerwärtig mit deiner Brille und deiner ganzen fetten, verfluchten Schnauze. Scher' dich fort, fort!“ schrie sie und sprang mit einer energischen Bewegung auf die Füsse.

Der Aufseher trat zu ihnen.

„Was machst du da für einen Skandal! Wie darfst du wohl . . .“

„Lassen Sie sie, bitte,“ sagte Nechljudow.

„Sie soll sich nicht vergessen,“ sagte der Aufseher.

„Nein, warten Sie, bitte,“ sagte Nechljudow.

Der Aufseher trat zum Fenster.

Die Maslowa setzte sich wieder, schlug die Augen nieder und presste ihre kleinen Hände mit gekreuzten Fingern fest zusammen.

Nechljudow stand ihr gegenüber und wusste nicht, was er thun sollte.

„Du glaubst mir nicht,“ sagte er.

„Dass Sie mich heiraten wollen — daraus wird niemals etwas. Eher hänge ich mich auf! Da wissen Sie es!“

„Ich werde dir dennoch dienen.“

„Das ist Ihre Sache. Nur habe ich von Ihnen nichts nötig. Das ist die Wahrheit, die ich Ihnen hier sage,“ sprach sie. „Und warum bis ich damals nicht gestorben!“ setzte sie hinzu und begann jämmerlich zu weinen. . . .“

Diese fürchterliche Auseinandersetzung, in der Nechljudow eine klagliche Rolle spielt, öffnet ihm die Augen, und erst von diesem Momente beginnt die rechte Pein und zugleich seine Auferstehung.

„Ja, so ist es! So ist es!“ dachte Nechljudow, als er aus dem Gefängnis trat, und begriff erst jetzt seine ganze Schuld. Wenn er nicht versucht hätte, sein Vergehen wieder gut zu machen und zu bereuen, würde er niemals seine ganze Frevelhaftigkeit gefühlt haben, und sie hätte niemals das Böse vollständig empfunden, das er ihr zugefügt. Erst jetzt trat alles das in seinem ganzen Schrecken nach aussen. Er sah jetzt nur das, was er mit der Seele dieses Weibes angerichtet hatte, und sie sah und verstand, was mit ihr geschehen war. Vordem hatte Nechljudow mit seinem Gefühl gespielt, mit seiner Reue herumgetändelt; jetzt war ihm einfach schrecklich zu Mute. Sie verstossen — das

fühlte er jetzt — konnte er nicht, und dabei vermochte er sich auch nicht vorzusteilen, was aus seinen Beziehungen zu ihr werden sollte.“

Parallel mit dem Wandlungsprocesse Nechljudows läuft die neue seltsame Umwandlung Katjuschas, welche mit grosser Individualisierungskraft durchgeführt wird. Katjuscha ersteht nicht. Eingeschlafert durch die Greuel des Lebens, erwacht sie vielmehr, wie vom Alpdrücken befreit, und mit ihr erwachen alle Kräfte ihrer reinen Seele.

Das grossangelegte, mit Meisterhand geschaffene Seelengemälde schliesst den Roman keineswegs ab. Hineingelockt in den relativ engen Kreis des merkwürdigen Seelenlebens zweier Menschen, werden wir mit noch grösserer Macht aus demselben herausgerissen, sobald wir unser Augenmerk auf jenes gewaltige und erschütternde Bild lenken, welches au pendant dieses Dramas darin und dadurch hervorzuhert wird. Dieses Bild ist Russland. Wie einst in Krieg und Frieden — wie in Anna Karenina schöpft der Dichter aus dem vollen Leben — im Gefängnis oder im Gerichtssaal, in dem Petersburger Beau monde oder in der Bauernhütte, in der Canzlei des Ministers oder in der Kammer einer russischen sibirischen Etappe — überall sind wir an der Hand Tolstoj's zu Hause. Russen wie es lebt und webt, entfaltet sich in schonungsloser Wahrheitstreu vor unseren erstaunten Augen! Diese Portraitgalerie der hohen Bureaucratie, welche dem toten Formalismus verfallen, sich unfähig zeigt, das Leben zu begreifen, wenn dieses auch stöhnt und in Qualen vor den Experimenten des Formalismus sich krümmt — das ist Russland. Ein Gefängniswesen, bei dem im blinden willkürlichen Eifer mit gemeinen Verbrechern und Mördern Hunderte von Menschen in stinkende Gefangnisse auf Jammer geworfen werden, weil sie ihre Pässe nicht ausgestellt bekommen haben oder durch das schwache Gedächtnis der Gouvernamentverwaltung in Vergessenheit geraten sind — das ist Russland. Ein Lusthaus, in dem eine unglückliche Bewohnerin desselben sich der spielenden Tapeuse gesellt, eine Leidensgenossin in die Mitte lockt, und in dem Momente, als ihr das Herz in bitteren Klagen über die Greuel ihres geschlechtlichen Gewerbes bricht, von einem betrunkenen Würdenträger zum Tanz gerissen wird — eine Gruppe politisch Deportierter, in der bewusster Mannesmut und Aufopferungsfreude für die Leiden des Volkes mit Verzweiflungserinnerungen an gehängte und zu Tode gemarterte Jugend-, Schul- und Gefängnisgenossen sich wunderbar kreuzen — die unermesslichen Weiten Sibiriens, die Tausende geketteter Menschen wandern — das ist Russland; der Sectierer, der, verfolgt, in die Weite zieht, an den Taigawäldern von der Einigkeit des Geistes träumt, arbeitet und, in den Augen der Umgebung ein toller Vagabünd, vom nahenden Ende des Reiches Antichristi predigt — das alles ist Russland.

Dieses Russland will Tolstoj heilen.

In die Predigt der individuellen Selbstvervollkommnung läuft das socialpolitische Programm Tolstoj's auch in diesem Roman aus. Dieses wäre am besten kritisiert, wenn wir Tolstoj Tolstoj, dem Denker den Dichter, gegenüberstellen.

Es ist charakteristisch, dass sogar die äusseren Vorzüge der Tolstoj'schen Feder verschwinden, sobald die Schilderung dem Theoretisieren den Platz räumt. Bewundern wir dort die schnelle Handlung der Erzählung, die virtuose Geschmeidigkeit der Gestaltung, bei der jeder Strich neue Momente in der Entwicklung der Charaktere und Situationen bietet, fällt uns hier die unbeholfene Wiederholung und das fortwährende Zurückgreifen auf dieselben Gedankengänge

und Argumente auf. Wir haben den Eindruck, als ob die Sache nicht recht vom Fleck will. Die Ideen Henry Georges über die Nationalisierung, des Grund und Bodens, das sogenannte thätige Christentum und eine gewisse Anlehnung an Spencer kommen immer wieder zum Ausdruck. Endlich wird die ausschliessliche Macht des individuellen Willens, welche den Dichter selbst allen Prüfungen enthoben hat, objectiviert und zum leitenden Princip des individuellen und socialen Lebens erhoben.

Wie aus den moralphilosophischen Schriften Tolstoj's erfahren wir auch hier, dass es zwei Wege giebt, die zum Heil der Menschheit führen: der Kampf und die Liebe. Tolstoj verwirft den ersten, da er mit Gewalt verbunden ist, und betont mit aller Hartnäckigkeit den letzten. Dabei ist, abgesehen von der schwächtigen Argumentation, zu bemerken, dass der unerbittlichste sociale Kampf Tolstoj selbst als unerlässliches Resultat der Verhältnisse erscheint und erst dann aus dem Programm des Lebens gewaltsam gestrichen wird, wenn die concreten Bilder der Wirklichkeit sich zu einem abstracten Resumé der ungeheuren Ungerechtigkeit aller menschlichen Beziehungen verdichten und dem unerreichten Ideale der christlichen Liebe gegenübergestellt werden.

So spricht auch der auferstandene, jetzt evangelisch verklärte, Nechljudow das bedeutsame Wort: „Ein braver Mensch kann in Russland seinen Platz nur im Gefängnis finden.“

## Bei Rodin.

Von

Adolphe Brisson.

(Paris.)

Als ich eines Morgens durch Meudon ging, kam mir der Gedanke, zu Auguste Rodins Haus hinaufzusteigen; wie ein vorgeschobener Posten steht es auf dem benachbarten Hügel, und man geniesst von ihm eine herrliche Aussicht über das Scinethal. Der Bildhauer war nicht allein in seinem Atelier. Ein Photograph war gerade dabei, ein paar Figurinen aufzunehmen, die noch am selben Abend zu dem Pavillon des Künstlers auf der Place de l'Alma, in dem er eine Gesamtausstellung seiner Werke veranstaltet hat, gebracht werden sollten.

„Ich glaube, Sie kennen Druet?“ sagte der Künstler. „Er hat prächtige Clichés von meinen Werken angefertigt.“

Ich kannte Druet freilich nicht, aber ich merkte sehr wohl, dass Rodins Lob ihm nicht gleichgiltig blieb. Er strahlte vor Freude darüber und war doch zugleich verwirrt. Sein Teint, der schon von Natur frische Farben hatte, farbte sich purpurn, und seine kleinen blauen Augen glänzten vor Vergnügen. Er bat uns, wir möchten uns in unserer Unterhaltung nicht stören lassen. Und während er seinen Apparat zurecht machte, begannen wir über theoretische Fragen zu plaudern.

Ich brauche Rodins Aeusseres nicht zu schildern. Es giebt keinen Menschen, den man öfter geschildert hätte, als ihn, es giebt auch keinen, durch den das Interesse und die Neugier des Publicums in stärkerer Masse erregt worden wäre. Seit fünfzehn Jahren hat er der Kritik und den Berichterstattern ausgiebigen Stoff geliefert. Man kann sich kaum vorstellen, was alles über ihn

gedruckt worden ist. Und wie es den Neuerern in der Regel geschieht, so ist er ohne jedes Mass verleumdet und gepriesen worden. Ich will von seiner Physiognomie nur den einen oder anderen Zug aufdecken, der noch nicht ins rechte Licht gesetzt worden ist und zu ihrem Verständnis beitragen kann. . . . Viele sehen in dem Schöpfer des Kusses einen excentrischen Menschen, der seinen Ruhm sehr geschickt zu „organisieren“ weiss, der reclamesüchtig und in seinem Künstlerstolz ein reiner Narr ist. Die anderen wieder wagen gar kein Urtheil über ihn zu fällen: sie streuen ihm Weihrauch, sie stellen ihn als Gott auf den Altar, falten die Hände und beugen die Kniee vor ihm. Ich glaube, dass beide nicht das Rechte treffen. Der wahre Rodin ist complicierter, als die einen, und einfacher, als die anderen meinen.

Er hat aus seinem Schrank einen Torso von einer ägyptischen Sculptur genommen. Es ist ein Stück aus Stein, das einen Vogel mit kräftigem Schnabel und geschlossenen Flügeln darstellt. Er hält ihn aufrecht auf seiner Faust, wie früher die grossen Jäger den Falken trugen, und zeigt mir alle seine Schönheiten.

„Ich bitte Sie, sehen Sie doch, wie dieser Körper leicht und geschmeidig ist. Die Luft bläht seine Federn auf. Er schickt sich an, davon zu fliegen. Kein kindliches oder ungeschicktes Détail macht ihn schwerfällig. Die Modellierung giebt nur die Hauptzüge, und doch fehlt daran nichts. Der Mann, der das ciselierte, hat sich nur an das Wesentliche gehalten: die Linie und die Bewegung. Drehen Sie das Meisterwerk um“ — er dreht es hin und her, und der Vogel scheint in der That lebendig zu werden — „unter welchem Gesichtspunct Sie es auch betrachten, von vorn, von hinten, von der linken oder von der rechten Seite, immer giebt es Ihnen die Illusion des Lebens . . .“

Auguste Rodin führte mich jetzt in die erste Etage seines Hauses, in ein halbdunkles Zimmer; als ich dort eintrete, sehe ich zu meiner Ueberraschung über den Boden verstreut eine grosse Zahl von Aquarellen liegen, von denen einige noch ganz frisch sind. Er rafft schnell einen Haufen zusammen, und wir sehen sie gemeinsam durch. Die Aquarelle sind, wie ich nunmehr bemerke, nur Zeichnungen mit dem Reissblei, Köpfe, Torsi, Frauenschengel, mit einem Fleischtou erhöh't und mit dunkleren Flecken zur Andeutung des Haares. Wenn der Bildhauer von der Arbeit mit dem Bossierholz ermüdet ist, nimmt er einen Blei oder ein Stück Papier und zeichnet nach dem Modell, das auf dem Boden liegt oder auf einem Fauteuil sitzt. „Nimm eine Pose, wie du willst,“ sagt er dann zu diesem, „oder nimm vielmehr keine an.“ Er giebt sich Mühe, mit der Naivetät der Handwerker des XIII. Jahrhunderts an diese Arbeit zu gehen, die Heilige und Dämonen aus den Kirchenstühlen entstehen liessen. Bisweilen ahmt er sogar ihre naive Schamlosigkeit nach, und die Gesten gewisser Figuren beleidigen die Wohlständigkeit. Aber ihre freien Bewegungen, ihre kühnen Verkürzungen, die vielleicht in Anlehnung an die Kunst der Japaner entstanden sind, zeugen von einer seitensamen Aufrichtigkeit. Rodin wehrt sich gegen die Annahme, dass er irgend etwas in seiner Kunst nicht unmittelbar in der Natur gefunden habe. Er hat auf dem Papier festgehalten, was sie seinem Blicke bot.

„Alle diese Skizzen sind das Resultat von deutlich wahrgenommenen plastischen Impressionen, und sie sind allein in der Absicht aufgenommen, ihre Ausdrucksform zu enthüllen. Ich habe das Unentbehrliche festgehalten und das Unnütze unterdrückt.“

Rodin vergleicht augenscheinlich in seinem Geiste dieses kleine Weib mit den gespreizten Beinen und straffen Brüsten mit dem seltsamen Vogel, den er mir vorhin gezeigt hat. Und er denkt ohne Zweifel, dass zwischen beiden Werken eine verborgene und tiefe Analogie besteht, und dass seine Seele vielleicht in einem Steinmetz zu des Ptolemäus oder Sesostris Zeiten schon einmal lebendig gewesen ist . . .

„Druet, wir wollen frühstücken gehen!“

Druet hat seinen Dreifuss zusammengeklappt, sein Objectiv losgeschraubt, sein Decktuch geglättet und diese verschiedenen Gegenstände in ein Felleisen von lackirtem Leder gepackt. Er ist gerüstet, fertig zum Gehen.

So schlugen wir drei den Weg zum Flusse über das Feld ein und suchten ein Boot, das uns nach Paris bringen sollte.

\* \* \*

Während wir fahren, erzählt mir Rodin:

„Ich habe eine ziemlich rauhe Kindheit und Jugend durchlebt, die sich von denen der Arbeitersöhne nicht unterscheidet, die sich ihren Lebensunterhalt selbst zu erwerben genötigt sind. Was an ernstem und tiefem Streben in mir ist, das habe ich von diesen ersten Prüfungen. Ich habe durch sie meine Kräfte schätzen gelernt. Als ich dann in das Atelier von Carrier-Belleuse eintrat, setzte mich die Virtuosität dieses Künstlers in Erstaunen. Er entwarf spielend die herrlichsten Projecte; sobald es aber an die Ausführung ging, schwanden sie ihm unter den Händen. Damals empfang ich die Lehre, dass es zwei Arten von Schaffenden giebt, die, die sich an den äusseren Schein der Dinge halten, und die, die den Dingen auf den Grund gehen; der einen wird das Schaffen leicht, und es geht ihnen schnell, die anderen quält das mühsame und unruhevolle Ringen um die Wahrheit. Die ersteren bequemen sich den Schultraditionen an, die ihre persönliche Arbeit auf ein Minimum reduciren, das sind die gelehrigen Schüler; die anderen suchen in Angst und Qualen die Natur. In ihrem Marmorwerk fühlt man den Schauer, der sie bewegt hat. Und selbst, wenn sie irren, ist ihr Irrtum nicht banal, und ich ziehe ihre Ungeschicklichkeiten der kalten und trostlosen Vollkommenheit der guten Schüler vor. Das ist auch der Grund, weshalb ich den officiellen Kunstunterricht verabscheue.“

Der brave Photograph Druet hing an den Lippen des Meisters und gab fortwährend seine Zustimmung zu erkennen. Unterdessen tauchten die Minarets und Kuppeln vom Champ de Mars am Horizonte auf. Rodin fuhr fort:

„Es giebt noch eine andere Art von Schaffenden. Das sind die falschen Erfinder, die sich bei jeder Arbeit einbilden, einen neuen decorativen Stil ausgeheckt zu haben, während sie doch nur durch unglückselige Umsetzungen irgend einen vor ihnen gebräuchlichen Stil verbildet haben. Man kann es nicht leugnen, dass die Architektur in der Gegenwart sich in der Décadence befindet. Giebt es etwas Beschränkteres und Armsligeres und kann etwas mehr den Stempel einer nur vorübergehenden Mode laune tragen, als dieser Missbrauch, den man jetzt an allen Orten mit dem Zuckerbackwarenstil Louis XV. treibt, den man noch dazu unter dem Einfluss des englischen Geschmacks schwerfällig macht und durch Motive aus Cambodja verdirbt? Sehen Sie doch bitte jenen Pavillon. Seine Proportionen würden edel und das Profil ziemlich rein sein.“

wenn eine verbrecherische Hand nicht über der Façade diese beiden Minuskelornamente aufgesetzt hätte, die aus den Ruinen von Angkor entlehnt zu sein scheinen. Der Maurer, der sich diese monströse Zusammenstellung geleistet, fürchtete jedenfalls, man könnte ihn nicht für originell halten. Er hat sich zeigen wollen. Und so hat er sich blamiert . . .“

Das flüchtige Lächeln, das über Rodins Lippen irrt, mildert die extreme Strenge dieser Worte. Trotz des Anscheins ist sein Pessimismus gutmütig, und ich erkenne darin einen Anflug von familiärem Spott. Man hat nicht fast ein halb Jahrhundert in Paris gewohnt, ohne in gewissem Masse die heitere Ironie anzunehmen, die für die Pariser charakteristisch ist. Und Rodin ist auch Pariser. Jeder aufmerksame Psychologe wird diesen Zug an ihm entdecken.

Der treue Druet hat sein Felleisen von lackiertem Leder aufgenommen, ein Zeichen, dass wir nahe der Landungsstelle sind. Er steigt vor uns die Böschung hinauf und führt uns in einen Laden an der Place de l'Alma. Marmor-Spieltischchen und ein Ladentisch stehen darin. Wir sind in einem Restaurant der besseren Sorte. Der Ladentisch glänzt in der Sonne mit tausend Lichtern, und der Marmor der Spieltischchen hat Achatreflexe. In der hübschesten Ecke des Restaurants am Fenster ist ein Tischtuch aufgelegt. Man hatte uns also erwartet . . . Rodin hat sich's bequem gemacht. Der brave Druet zeigt plötzlich ein sehr sicheres Auftreten. Er spricht mit den Kellnern, plaudert mit der Cassiererin, er sieht überhaupt ganz so aus, als fühle er sich hier zu Hause. Ich bin noch im Zweifel, ob ich ihm oder Rodin dieses improvisierte Frühstück verdanke, als ich plötzlich auf dem Ladenfenster in goldenen Lettern die Inschrift: Druet Nachfolger lese. Es ist also Druet, der uns diesen Empfang bereitet. Dieser scheinheilige Herr Druet, in dem ich nur einen Photographen sah, ist ein Weinhändler. Er ist der Kneipwirt Rodins, der Restaurateur der modernen Sculptur. Er erholt sich von der Limonade durch den Verkehr mit den Künsten. Schon von vornherein hatte er mir Sympathie eingeflösst; von nun an gesellt sich zu diesem Gefühl eine ganz besondere Achtung.

Zugleich mit den Radieschen, der Butter und den Sardinen hat Druet einen Riesenstoss von Photographien auf den Tisch gelegt: das ganze Werk Rodins, das er so pietätvoll zusammengebracht hat. Wir sehen uns diese Abzüge an, die sich in der That durch Kraft und Colorit auszeichnen. Es macht mir wirklich Freude, sie anzuschauen, und Rodin teilt diese Freude. Er erklärt mir den Ursprung, die Conception, die Geschichte eines jeden dieser Werke. Druet ist ganz Ohr bei seinen Reden, was ihn aber nicht hindert, das Kommen und Gehen der Gläser zu überwachen und sein Augenmerk auf die Terrasse zu richten. Er ist geteilt zwischen seine vielfachen Pflichten als Wirt, als Schüler, als Photograph und als Cafétier. Und der Meister fährt fort, seine Anekdoten und seine Anschauungen zum besten zu geben:

„Ich habe die Gewohnheit, alle die armen Teufel anzunehmen, die sich in meinem Atelier vorstellen und als Modell anbieten. Ich weise nur die Berufsmodelle zurück, die schlechte Gewohnheiten angenommen haben. Von denen, die ich brauche, fordere ich nur, dass sie nicht verstehen, Posen anzunehmen. Auf das übrige kommt es nicht so sehr an . . . Halt . . . Sehen Sie Sich diesen Johannes genau an . . . Ein uncultivierter und wilder Bauer der Abruzzen hat mir zu ihm die Silhouette geliefert. Er kam gerade aus

seiner Heimat an. Ich hatte das Glück, ihm unmittelbar nach seiner Ankunft in Paris zu begegnen, noch ehe er sich in die Rue Bonaparte verirrt hatte. Ich stellte ihn vor mir auf und sagte ihm, er solle den Arm ausstrecken. Das war prächtig, das war bäurisch, wild, von einer saftigen Realität . . . Sie kennen meine Theorie, dass es keine Hässlichkeit gibt, und dass dieser Ausdruck, der so allgemein gebräuchlich ist, keinen Sinn hat.“

Ich versicherte Rodin, dass seine Ideen mir bekannt wären, und ich citierte ihm seine berühmte Definition der drei Schönheiten: die Schönheit des Lebens, die Schönheit des Ausdrucks und die Schönheit der Form.

„Sie haben es erfasst,“ entgegnete er. „Überall, wo das Leben besteht, giebt es Schönheit. Eines Tages kam eine alte Italienerin zu mir, die auf dem Pflaster der Stadt gestrandet war. . . . Sie war fünfundsiebzig Jahre alt, und sie kam um vor Hunger. Ich liess sie sich entkleiden, und auf dem Teppich ausstrecken. Es war etwas Herzerreissendes, und Herrliches, dieser abgezehrte, vom Elend niedergedrückte, herabgekommene, vom Leben besiegte Körper . . . Hier ist er . . .“

Er reicht mir ein wahrhaft scheussliches Bild, ein Gerippe eines verkommenen Geschöpfes, mit schlaffen Leib, welchem Fleisch, hängenden Brüsten und armen schmerzgeplagten und übermüdeten Beinen. Und ich begreife, indem ich meinen Willen zwingen, dass eine Art besonderer Schönheit in dieser menschlichen Ruine lebt: die Schönheit des Schrecklichen, die Schönheit der Apokalypse. Rodin hat gesehen, wie ich erschrak. Er erregt sich, und er wird beredt.

„Glauben Sie, dass es kein Wesen giebt, so vernachlässigt es auch sein mag, das nicht erhaben wird, sobald die Leidenschaft es überkommt. Die Begierde versetzt alle Frauen in Wonnen; die Mutterliebe bildet alle Mütter um. Es giebt einen Augenblick, in dem die hässlichste unter ihnen eine absolute Schönheit in sich verkörpert. Aber dieser Funke springt nicht auf den ersten Schlag hervor. Man muss sein Modell studieren, mit ihm leben, sein Wesen sich assimilieren.“

Die Mahlzeit ist zu Ende. Rodin macht sich auf den Weg zu seinem kleinen Hause in der Avenue Montaigne. Wir schicken uns an, ihn zu begleiten. Druet neigt sich zu mir hinüber:

„Er kann verteufelt viel, dieser Rodin! Und wenn man denkt, dass er keinen Sou hat, während er, wenn er wollte, reich sein könnte!“

Eine Ergebenheit, eine grenzenlose Hingebung kommt im Wesen des Gastwirthes, in dem entzückten Ton seiner Stimme, in der staunenden Bewunderung seines Blickes und in seinen treuherzigen Augen und rosigen Wangen zum Ausdruck. Augenscheinlich bleibt ihm Rodin in manchen Beziehungen ein Rätsel. Er verehrt ihn darum nur noch mehr.

Rodin steht mitten unter seinen Büsten, seinen Gruppen, seinen Gipsarbeiten, in der Welt, die aus seinem Gehirn entsprungen ist, dem zahllosen Volk, in dem alle Erscheinungen des menschlichen Wesens sich finden; da sind Gesichter, die vor Schrecken zusammenzucken, die in der Extase wie mit einem Helligenschein umgeben sind, Glieder, die sich krümmen, sich zusammenziehen, sich sanft bewegen; runzelige Blöcke, aus denen zarte Blumen herausgearbeitet sind; Psyche, die ihre Leuchte trägt und ihren Mantel hebt, Eva, die zum Lichte

erwacht, und die Sirenen, die in den Wogen spielen. Und dort ist wieder das Weib, das unveränderlich grausame, schamlose und unbefriedigte Weib, dort das Weib mit dem Herzen von Stein, das die Seufzer nicht rühren und das den Begierden unzugänglich bleibt. Der Künstler hat mit einer Art Coquetterie die Contraste unter diesen Figuren zusammengebracht, das Liebliche dem Rauhen, den flüchtigen Rausch des Kusses der wilden Verzweiflung der Eustache, Jean d'Aire, Jacques und Pierre de Vissant, der Bürger von Calais, gegenübergestellt. Er geht unter diesen Schatten umher, und man sieht ihm an, dass er glücklich ist. Aber eine leise Bitterkeit mischt sich in sein Entzücken. Er zeigt mir das Denkmalsprojekt für Victor Hugo und murmelt:

„Sie haben es zurückgewiesen.“

Dann Balzac, das Futural, — über dem, wie ein stürmischer Blitz der Gedanke leuchtet.)

„Auch zurückgewiesen . . . Immer zurückgewiesen . . . Das ist mein Schicksal.“

Rodin sagt dies mit einem Seufzer, aber sein Auge funkelt unter der Brille, als wolle es über diese Schmerzen spotten. Dieses schalkhafte und vorsichtige Auge, dieses schlaue Auge des Bauern, dieses stolze Auge des Sohnes des Volkes, der seine Kraft und seine Energie fühlt!

„Wie, Rodin! Sie beklagen Sich, dem das Schicksal doch die seltenste Gunst beschert hat! Mehrere tausend Franzosen verkünden Ihr Genie; Europa liegt zu Ihren Füßen. Sie haben dieses Haus als Ihr eigenes Reich. Sie sind das Symbol der Kühnheit und des unabhängigen Sinns. Es giebt auf Erden keinen verkannten oder unverstandenen Künstler, keinen enttäuschten Anfänger, der nicht Ihren Namen und Ihr Beispiel anriefe. Sie sind der, den man verfolgt und dem man zujuchzt: der Prophet! Ist das nicht mehr, als ein Fauteuil im Institut?“

Der Ausdruck seines Auges wird immer spöttischer. Eine innere Zufriedenheit klärt es auf:

„Ich glaube, Sie haben recht.“

## Rundschau.

### Oeffentliches Leben.

**Genossenschaftsbewegung.** (Annahme des Warenhaussteuergesetzes. — Der Genossenschaftscongress in Cardiff. — Landcolonisationsbestrebungen in England. — Ein genossenschaftliches Experiment. — Die deutschen Baugenossenschaften.) Das Warenhaussteuergesetz ist nun doch unter Dach und Fach gekommen.

Der Wunsch, den Mittelstand zu retten, und die Zuversicht, dass dies auf steuerpolitischem Wege möglich sei, war auf allen Seiten so stark, dass trotz bedeutender Differenzen zwischen Abgeordnetenhaus, Herrenhaus und Regierung durch gegenseitiges gütliches Nachgeben eine Einigung erzielt werden konnte. In der Hauptsache wurden die in den Commissionen und den Plenarsitzungen der beiden Ständekammern vorgenommenen Aenderungen der Regierungsvorlage zum Schluss wieder

\*) Die Leser der Socialistischen Monatshefte kennen dies Monument aus der Reproduction desselben, die in No. 8 des vorigen Jahrgangs (pag. 360) erschienen ist.

beseitigt. Der einzige wichtige Punkt, in dem die Regierung nachzugeben hat, ist die Herabsetzung der Umsatzsteuer-grenze auf 400 000 Mark. Das Verhalten des Finanzministers liess aber keinen Zweifel darüber, dass die Regierung dieses „Opfer“ bringen wird. Die erste Beratung des Gesetzes im Herrenhaus gab übrigens Gelegenheit, einen tiefen Blick in die Seelen der daselbst sitzenden Edelisten zu thun. Die Herren schämten sich nicht, eine Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen, wonach die Warenhäuser ihrer Classen- und Standesgenossen, der an und für sich schon in Steuerangelegenheiten bevorzugten Officiere und Beamten, durch ministerielle Verfügung von der Steuer befreit werden können, während sie es andererseits für selbstverständlich erachteten, dass die Consumgenossenschaften unbemittelter Arbeiter unter den für diese Vereine sogar besonders harten Bestimmungen des Gesetzes blieben. Diese Castenbevorzugung ging aber dem Abgeordnetenhaus, das sonst auch nicht gerade sehr feinfühlig ist, doch zu weit: einstimmig wurde jenes „odöse Privilegium“, wie Miquel selbst es nannte, abgelehnt. Dagegen ging der Passus, wonach Consumvereine von der Bestimmung, dass die Umsatzsteuer 20% des Reinertrages nicht übersteigen — freilich auch nicht unter die Hälfte des eigentlichen Steuersatzes herabgehen — darf, ausgenommen werden, auch im Abgeordnetenhaus mit 218, gegen 69 Stimmen durch. — Das Gesetz ist also da, und die Consumvereine werden nun sehen müssen, wie sie sich mit ihm abzufinden resp. ihm auszuweichen haben. (Vergl.

Soc. Mon., 1900, No. 3, pag. 154.) Uns ist nicht bange darum, dass auch in diesem Falle reactionäre Massnahmen die Entwicklung neuer fortschrittlicher Wirtschaftsformen nicht hindern werden:

Zu derselben Zeit, wo die Weisheit der preussischen Gesetzgeber den Consumvereinen Steinchen in den Weg zu werfen sucht, hielten die brittischen Genossenschaften ihre dies jährige Heerschau in Cardiff ab, die wiederum Zeugnis ablegte für die unwiderstehliche Entwicklungskraft des genossenschaftlichen Gedankens. 1000 Vertreter der im Genossenschaftsverband (Cooperative Union) vereinigten Consum-, Productiv- und anderen Genossenschaften waren erschienen. Der den Congress vorgelegte (auch in den Cooperative News Nr. 23 und 24 veröffentlichte) Bericht des Centralausschusses veranschaulicht in seinem reichhaltigem Zahlenmaterial die gewaltigen Dimensionen und Fortschritte der englischen Genossenschaftsbewegung. In folgendem geben wir zunächst die allgemeinen Zahlen der dem Verbands angehörenden Genossenschaften:

	1898	1899
Zahl d. Genossenschaften	1 640	1 651
Zahl d. Genossenschaften, auf die sich die Ziffern beziehen	1 603	1 613
Mitgliederzahl	1 646 078	1 729 976
Anteile Mk.	395 180 780	427 630 540
Umsatz „	1 309 217 420	1 396 700 000
Reingewinn „	143 315 060	156 465 440
Anlagen „	233 625 920	269 386 780

Auf die verschiedenen Genossenschaftsarten verteilen sich diese Zahlen, wie folgt:

	Genossenschaften	Mitglieder	Anteile	Umsatz	Gewinn	
			Mk.	Mk.	Mk.	
Engl. Grosseinkaufsgesell.	1898	1	1 063	15 510 700	251 494 960	5 368 900
„ „ „	1899	1	1 079	16 424 480	284 247 500	6 512 660
Schott. Einkaufsgesellsch.	1898	1	567 <sup>1)</sup>	4 478 640	93 846 600	3 542 660
„ „ „	1899	1	601 <sup>2)</sup>	4 840 180	100 283 780	4 512 120
Consumgenossenschaften	1898	1468	1 535 119	348 510 140	851 565 980	129 821 360
„ „ „	1899	1473	1 613 460	378 680 440	900 948 920	140 514 960
Productivgenossenschaft	1898	147	31 890	15 769 120	58 033 800	3 325 360
„ „ „	1899	153	32 987	16 494 180	54 518 700	3 577 420
Darlehncassen	1898	18	77 151	10 877 360	54 241 860	1 253 560
„ „ „	1899	15	80 986	10 856 540	56 160 140	1 272 160
Besonder. Genossenschaft	1898	5	567	34 820	34 420	322
„ „ „	1899	8	1 204	334 720	540 960	7 612

1) 298 Genossenschaften und 279 Angestellte.

2) 290 Genossenschaften und 311 Angestellte.

Am imposantesten sind, wie man sieht, die Zahlen der Consumgenossenschaften, deren Umsatz im verflossenen Jahre nahezu 1 Milliarde betrug. Auffallend ist auch der hohe von diesen Vereinen erzielte Gewinn, der 1898  $14\frac{1}{2}$  und 1899 sogar  $15\frac{1}{2}$  % des Umsatzes ausmachte. Der Umsatz der eigent-

lichen Productivgenossenschaften ist, wenn auch unter Steigerung des Reingewinns, etwas zurückgegangen. Dagegen hat sich die Production der beiden Grosseinkaufsgesellschaften bedeutend gehoben, wie aus der nachstehenden tabellarischen Zusammenstellung hervorgeht:

	Productivabteilungen			
	Englischen		Schottischen	
	Grosseinkaufsgesellschaft		Grosseinkaufsgesellschaft	
	1898	1899	1898	1899
Angestellte	7029	8653	4050	4579
Angewandtes Capital . . . . . Mk.	14 255 120	15 378 100	8 759 620	8 624 040
Absatz . . . . . "	32 075 740	38 125 240	22 717 360	21 943 080
Gewinn . . . . . "	1 385 740	1 381 420	1 179 340	1 195 660
Verlust . . . . . "	21 000	66 840	3 800	6 020

Besonders stark an diesem Wachstum beteiligt ist die Abteilung für Schuhe und Stiefel, deren Zunahme gegen 1898 über 17 % beträgt, die für Kleider (über 22 %) und die Abteilung für Seife und Lichte (über 25 %).

Von der Leistungsfähigkeit sowohl der Productivabteilungen der Grosseinkaufsgesellschaften und einiger Consumvereine, als auch der eigentlichen Productivgenossenschaften konnte sich der Besucher des Congresses auch durch unmittelbare Anschauung in der mit dem Congress verbundenen Ausstellung genossenschaftlicher Producte überzeugen, die in geschmackvollen Arrangements eine Halle von 330 m Länge und 70 m Breite füllten.

Die Verhandlungen des Congresses boten eine Reihe bemerkenswerter Momente. Die Eröffnungsrede des Präsidenten Brown zeichnete sich durch ideale und weite Auffassung der Genossenschaftsbewegung aus, der er nicht nur die Hebung des materiellen Wohles der arbeitenden Classen, sondern auch die Führung in der Aufklärung des Publicums über Fragen, wie die Landesgesetze, ländliche Besteuerung, Altersrenten, Wohnungsfrage etc. zuweisen möchte. Aus den angenommenen Resolutionen heben wir die letztgenannte Frage betreffende hervor. In derselben werden unter Hinweis darauf, dass bereits von 224 Vereinen 24 000 Häuser mit einem Capital von 125 Millionen Mark errichtet worden seien, die Genossenschaften aufgefordert, sobald die Umstände es gestatten, in Verbindung mit ihrem sonstigen Geschäftsbetrieb den Bau von Wohnungen für ihre Mitglieder in die Hand zu nehmen und sich dabei der von der Grosseinkaufsgesellschaft

gewährten Erleichterungen zu bedienen. Auch eine Agrarresolution gelangte zur Annahme, die die Wichtigkeit der Anwendung des genossenschaftlichen Princips auf die Landwirtschaft betont und die Organisierung der Landarbeiter zu Kleinbauerngenossenschaften verlangt, wodurch dieselben befähigt werden würden, die grösstmöglichen Vorteile sowohl für ihre Arbeit als auch für ihre Verpflichtungen aus der Cooperation zu ziehen.

Die hitzigste Debatte entwickelte sich über einen Antrag, in dem gesagt war, dass in Anbetracht der Thatsache, dass keine der beiden grossen Parteien die so notwendigen socialpolitischen Reformen in die Wege leiten könne oder wolle, der Congress eine directe und unabhängige Vertretung der arbeitenden Classen im Parlament zur Durchführung dieser Reformen für nötig erachte und sich verpflichte, dieses Ziel als logische Consequenz der durch die arbeitenden Classen repräsentierten politischen Macht zu fördern. Der verdienstvolle Genossenschaftsveteran Holyake führte, unter freilich nicht ganz qualifizierten Angriffen auf die Independent Labour Party, aus, dass gerade in der absoluten Neutralität der Genossenschaftsbewegung auf politischem und religiösem Gebiete die Quelle ihrer Stärke und Volkstümlichkeit liege, die nicht angefasst werden dürfe. Trotz einer Reihe, zum Teil gleichfalls recht scharfer, Verteidigungsreden für die Resolution stellte sich die überwältigende Mehrheit des Congresses auf den Standpunct Holyakes und liess den Antrag durchfallen.

Endlich sei noch der Beschluss des Congresses erwähnt, das Gedächtnis des un-

sterblichen Pioniers der Genossenschaftsbewegung, Robert Owens, ausser durch ein Denkmal, dem schon der vorjährige Congress zugestimmt hatte, durch die Errichtung einer Bibliothek von Werken Owens und seiner Nachfolger, sowie eines Hospitals zu ehren.

Die Frage der Anwendung der Co-operation auf die Landwirtschaft, die, wie mitgeteilt, auch auf dem Cardiffer Congress behandelt wurde, lenkt in England mehr und mehr die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Wie wir dem Wochenbericht deutscher Consumvereine entnehmen, hat sich vor einiger Zeit eine Englische Landcolonisationsgesellschaft gebildet, die sich unter dem Motto: Land für das Volk und Volk für das Land! das Ziel gesetzt hat, der Entvölkerung des flachen Landes in England entgegenzuwirken durch die Ansiedlung von Leuten auf dem Lande, die Wiederbelebung ländlichen Gewerbetreibenden und insbesondere die Bildung von Genossenschaften kleiner Grundbesitzer. Diese Gesellschaft hielt am 5. Mai, in Gegenwart einer zahlreichen, meist Genossenschaftskreisen angehörenden Zuhörerschaft, in Leeds eine Conferenz ab. Der Geistliche J. L. Brooks führte daselbst aus, dass die Zahl englischer Landarbeiter seit 40 Jahren um den dritten Teil zurückgegangen sei, und dass auch der Bauern- und Pächterstand im Schwinden begriffen sei, da die jetzige Art der Production angesichts des ausländischen Wettbewerbes immer unrentabler werde. Er schlägt vor, genossenschaftliche Dörfer mit Hausindustrie zu gründen; die 75% ihrer Erzeugnisse selbst verwenden könnten, während der Rest gemeinsam zu Märkte gebracht und, wenn möglich, an Consumvereine abgesetzt werden solle. Mr. J. C. Gew, der Secretär des Genossenschaftsverbandes, versprach, dass der letztere trotz seiner grossen Arbeitslast Zeit und Mittel finden werde, um diese Pläne zu unterstützen. Die nötigen Capitalien müssten durch Creditcassen, wie man sie in Deutschland habe, beschafft werden, damit der Kleinbesitzer nicht dem Wucherer in die Hände fiele. Auch er gab der kleinbäuerlichen Producentengenossenschaft den Vorzug und erklärte, die Grosseinkaufsgesellschaft bedauere, dass sie ihre Roden-Farm nicht ganz in Lose zerlegen könne. Auch die Consumgenossenschaften, die überflüssige Gelder haben, sollten Land erwerben und es ihren Mitgliedern verpachten, die dann ihre Lieferanten würden. In einer einstimmig angenommenen Resolution sprachen die Anwesenden ihre Billigung der Ziele und Wege der Gesellschaft aus und empfahlen dieselben allen Genossen-

schaften zur ersten Erörterung und Unterstützung.

Andere Wege genossenschaftlicher Selbsthilfe will bekanntlich Dr. Franz Oppenheimer einschlagen, der seine Ideen in einer Reihe von Schriften hiedergelegt hat, als deren bekannteste seine Siedlungsgenossenschaft und die im Verlage der Socialistischen Monatshefte erschienene Abhandlung: Die sociale Bedeutung der Genossenschaft zu nennen sind. Oppenheimer denkt sich die Sache so, dass von einem grossen Gute der 3. oder 4. Teil in kleine Parcellen zerlegt wird, die je mit einem Wohn- und Wirtschaftsgebäude versehen und an die Mitglieder der Genossenschaft verpachtet werden. Dieselben können hier ihr Vieh halten, ihren Hausbedarf an Gemüse etc. bauen und diejenigen Zweige der Landwirtschaft cultivieren, in denen der Kleinbetrieb dem Grossbetrieb überlegen ist. Unterstützt werden sie hierbei durch die Genossenschaft, die ihnen Maschinen, deren Anschaffung für den einzelnen nicht lohnt, Zuchtbulen und Eber zur Verfügung stellt, die für die weitere Verarbeitung in gemeinsamen Molkerieen, Brennerieen, Mühlen etc. und den Vertrieb ihrer Producte sorgt, die ihnen durch gemeinsamen Einkauf ihre Bedürfnisse an Lebensmitteln, Kleidern, Gerätschaften, Futter- und Düngemitteln um 20 bis 30% billiger befriedigt, als der Dorfkrämmer, die durch eine gegenseitige Viehversicherung den einzelnen vor schweren Verlusten oder gar dem Ruin schützt. Die übrige Fläche des Gutes soll dann von den Genossen gemeinschaftlich bearbeitet, hierbei sollen alle Vorteile des Grossbetriebs (planmässige Organisation, Dampfbodencultur, Spiritus- und Stärkefabrikation) ausgenutzt werden. Von dieser Verbindung, die die Vorzüge des Gross- und Kleinbetriebs in sich vereinigt, erhofft Oppenheimer, dass sie sich allen anderen Betriebsformen überlegen zeigen, also dieselbe verdrängen werde; damit aber eine Socialisierung zunächst der Landwirtschaft, des weiteren aber unseres Wirtschaftslebens überhaupt herbeiführen werde.

Oppenheimer will nun durch ein praktisches Experiment die Richtigkeit seiner Theorien beweisen. Er hat dafür die Unterstützung einer Reihe bekannter Persönlichkeiten, darunter des Genossenschaftsanwalts Dr. Crüger, des Generaldirectors Rösicke, des Abg. Dr. Barth und Hermann Südermanns gewonnen. In einem mit diesen gemeinsam unterzeichneten Artikel in No. 20 der Blätter für Genossenschaftswesen legt er sein Programm dar. Um dasselbe zu verwirklichen, sollen 500 000 Mk. beschafft werden, von denen die Hälfte bereits durch ein engeres

Comité aufgebracht worden ist. Die eingeschossenen Capitalien werden entsprechend dem gemeinnützigen Charakter des Unterlehmens nur mit 4% verzinnt. Auch einen neiter für dasselbe hat man bereits in der Person eines erfahrenen Landwirts gewonnen, und es steht sonach zu erwarten, dass das interessante und jedenfalls sehr lehrreiche Experiment wirklich zur Ausführung kommen wird.

Die schwärzeste Seite im Proletariendasein ist zweifellos die Wohnungsmisère, und alle Bestrebungen, die auf eine Verbesserung der hier herrschenden trostlosen Zustände hinielen, sind daher aus freudigste zu begrüßen. Soweit diese Bestrebungen auf dem Princip der Selbsthilfe beruhen, verdienen sie natürlich besondere Sympathie, und wir constatieren daher mit Genugthuung, dass sich die Zahl der deutschen Baugenossenschaften nach einer vom Verbands deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften erhobenen Statistik seit Ende März 1899 bis Ende März 1900 von 244 auf 322 erhöht hat. Diese Vereine bezwecken zu einem Teile die Errichtung kleiner Wohnhäuser mit ein, zwei, höchstens drei Wohnungen zum Erwerb durch die Mitglieder. Zum Teil erbauen sie auch grössere Wohnhäuser, die im Eigentum der Genossenschaft bleiben und deren Wohnungen an die Mitglieder vermietet werden. Und endlich giebt es Genossenschaften, die nach dem sogenannten gemischten System arbeiten, d. h. beide Zwecke vereinigen. Von 28 der berichteten Genossenschaften wurden seit der Zeit ihres Bestehens 778 Häuser zum Erwerb durch die Genossen hergestellt, von denen 664 1297 Wohnungen enthielten, während sich die Baukosten von 721 dieser Häuser auf 5½ Millionen Mk. beliefen (durchschnittlich 7628 Mk. pro Haus). 58 Genossenschaften erbauten 522 Miethshäuser. In 431 dieser Häuser befinden sich 2986 Wohnungen, und die Herstellungskosten von 508 derartigen Genossenschaftshäusern betragen 15 Millionen Mk. (durchschnittlich 29527 Mk. pro Haus). Die Vorteile, die diese Organisationen ihren Mitgliedern gewähren, sind in der That gar nicht hoch genug zu schätzende. Die von den Genossenschaften gestellten Wohnungen sind im Gegensatz zu den Höhlen, in denen sich besonders in grossen Städten die Arbeiter meist aufzuhalten haben, geräumig, hell, gesund, mit allerlei modernem Comfort versehen. Dabei stellen sich die Mietspreise um 1/3 oder gar die Hälfte billiger, als bei entsprechenden Wohnungen in Privathäusern. So kostet z. B. eine geräumige Dreizimmerwohnung mit Küche und Zubehör

in den von der Mainzer Baugenossenschaft in der Mombachierstrasse erbauten Wohnhäusern zu ebener Erde 260 Mark (sonstiger Mietswert 400 Mk.) im ersten Stock 352 Mk. (300—600 Mk.). Die Mietspreise der Zweizimmerwohnungen in diesen Häusern variieren je nach der Grösse der Zimmer und der Stockhöhe zwischen 264 und 180 Mk. Viel trägt zu diesen Erfolgen der Baugenossenschaften auch die freundliche Stellung, die die Behörden — freilich wie lange noch? — diesen Organisationen gegenüber einnehmen, infolge derer dieselben von städtischen Sparcassen, Invalidenversicherungsanstalten und ähnlichen Instituten Geld zu niedrigen Zinsen geliehen bekommen. Immerhin geht aus den obengenannten Zahlen, sowie aus der Thatsache, dass die Anteile der Baugenossenschaften gewöhnlich auf mehrere hundert Mark festgesetzt sind, hervor, dass gerade die Aermsten der Armen, die es am allernötigsten hätten, von den Wohlthaten des genossenschaftlichen Wohnungsbaus ausgeschlossen bleiben müssen.

Gertrud David.

## Kunst.

Grasse Aufmerksamkeit erregt die neubegründete Darmstädter Künstlercolonie, deren Mitglieder eine Reihe von Künstlern sind, die sich im Laufe der letzten Jahre in der modernen kunstgewerblichen Bewegung einen geachteten Namen erworben haben. Bereits im vorigen Jahre wurden dorthin berufen: Hans Christiansen, der bisher in Paris lebte, ein Künstler, der sich als Maler und auf den verschiedensten kunstgewerblichen Gebieten schon bethätigt hat und besonders in der Glasmalerei mit ausgezeichneten Entwürfen hervorgetreten ist, der Bildhauer und Klein-Plastiker Ludwig Habich, der Ciseleur und Medailleur Rudolf Bosselt aus Frankfurt a. M. (bisher auch in Paris), der Münchener Patriz Huber für ganze Innenausstattungen und Möbel, der gleichfalls in München gebildete Paul Bürck für Buchschmuck, Stickerei und Weberei-Entwürfe und der Wiener Architekt Josef Olbrich, der Erbauer des dortigen Secessionshauses. Der Begründer dieser Colonie, der Grossherzog von Hessen, hat diesen Künstlern die grösste Freiheit gelassen; es soll „keine Schule, sondern eine frei schaffende Gemeinde“ sein.

Am 24. März d. J. ist nun der Grundstein zu dem Ateliergebäude der Künstlercolonie gelegt worden, das nach den Plänen Olbrichs erbaut wird und im Spätherbst fertig werden soll. Eine bei dieser Gelegenheit veröffentlichte Festschrift ent-

wickelte das Programm des Unternehmens, aus dem die Deutsche Kunst und Decoration in ihrem Mai-Heft das Wesentliche mitteilt. Wie immer in solchen Programmen, so finden sich auch in diesem etwas überschwängliche Hoffnungen ausgedrückt; allen Künsten, vor allem natürlich den angewandten, bis zu den Garten- und Beleuchtungsanlagen soll die Rettung gebracht, auch eine stilistische Auffassung der Bühnenkunst soll durchgeführt werden. Aber es scheint doch, als ob frisches Leben und ehrliche Kunstbegeisterung in der Colonie herrsche, und die bisherigen Leistungen der oben angeführten Künstler bürgen wohl dafür, dass den Worten auch die Thaten folgen werden.

Das nächste praktische Ziel der Colonie ist die Ausstellung von 1901, die in der That nach ganz neuen und beachtenswerten Gesichtspunkten durchgeführt werden soll. Um das Ateliergebäude, das sich auf der Mathildenhöhe im Nordosten der Stadt erheben wird, sollen sich neben einer Halle für die Gemälde- und Sculpturenausstellung, zu der besonders Einladungen an eine kleine Anzahl hervorragender Künstler des In- und Auslandes ergehen werden, eine Reihe von Häusern einen grossen Platz umschliessend gruppieren, welche die Künstler später selbst bewohnen werden, und die bis in die kleinste Einzelheit vollständig eingerichtet sein sollen; diese sollen den wesentlichen Teil der Ausstellung bilden. Dass auch die Ausstellung als Ganzes einen vollendet künstlerischen Eindruck gewähren soll, ist gleichfalls zu betonen. „Durch die Erbauung von einfach und reich ausgestatteten Häuschen,“ schreibt Olbrich, „die Anlage und Pflege von Strassen und Gärten, Beleuchtungskörpern, Umzäunungen soll praktisch erwiesen werden, mit wie vielem Recht sich die Kunst aller dieser Dinge anzunehmen hat. Kein Quadratcentimeter soll Form und Farbe erhalten, die nicht von künstlerischem Geist durchdrungen sind. Dazu kommt noch die Lösung der Frage der modernen Theaterdecoration, eines Festschmuckes der gesamten Stadt, Vergnügungen, jeder Art, Vorträge und Conferenzen. Das Wesen der Reclamé soll, dem Ernste der Sache entsprechend, neuartig geschaffen, für sportliche Zwecke die künstlerische Mithilfe herangezogen werden. Kein Gebiet menschlichen Denkens und Empfindens soll in diesem Rahmen unberücksichtigt bleiben und, so den Absichten der Colonie, diese Gesamtarbeit als ein Document deutscher Kunst 1901 bezeichnen zu können, in allen Theilen gerechtfertigt werden.“

Man sieht, das sind ein wenig viel der Vorsätze auf einmal, namentlich wenn man bedenkt, dass nur noch eine verhältnismässig kurze Spanne Zeit bis zum nächsten Jahre zu Gebote steht. Aber man wird die Entwicklung dieser Bewegung jedenfalls mit Interesse zu verfolgen haben.

Ueber eine Reform der Bildhauerei wird jetzt vielfach discutirt und zwar im Anschluss an eine kleine Broschüre, die der Wiener Bildhauer Professor Edmund Hellmer unter dem Titel: Lehrjahre in der Plastik (Wien, Anton Schroll) unlängst veröffentlichte. Den unleugbaren allgemeinen Tiefstand in der Bildhauerkunst unserer Tage sucht der Verfasser durch die verkehrte Schulung der Künstler zu erklären und zur Besserung der Lage schlägt er eine Reform der plastischen Lehrjahre vor und fordert eine ganz neue Kunstschule.

Obwohl die Bildhauerei ursprünglich aus dem Volke hervorgegangen ist, findet sie heute beim Volke nur noch wenig Verständnis. Es fehlt eben dem Publicum, wie den meisten Künstlern in der Gegenwart an plastischem Empfinden im weitesten Sinne dieses Wortes. Das plastische Gefühl wurzelt im Material, und dafür ist den heutigen Menschen das feinere Verständnis verloren gegangen. In den Zeiten, in denen die Bildhauerkunst blühte, wurde jedes Material in einer ihm entsprechenden Weise behandelt. Eine Holzfigur gewährte den Künstlern ganz andere Möglichkeiten, als wenn sie dieselbe Figur in Marmor meisselten oder in Metall schmiedeten oder in Bronze gossen. Die Aegypter hatten für ihre Monumentalstatuen nur mit grosser Mühe zu bearbeitenden Granit, und so liessen sie die Formen möglichst geschlossen. Der bedeutend leichter zu meisselnde Marmor erlaubte den Griechen, ihre Statuen zu grösster Freiheit zu entwickeln. Die „Beweglichkeit“ der elastischen Bronze muss den Plastikern vom Anfang bis zur Vollendung seines Werkes beeinflussen.

Soll der Bildhauer seine Arbeiten richtig, und den Bedingungen des gewählten Materials entsprechend gestalten, so muss er mit dessen Eigenschaften aufs engste vertraut sein und er muss sein Werk von vornherein unter Berücksichtigung dieser entwerfen. Heute aber sind die Mehrzahl der Bildhauer nur Modelleure, ihr Material ist lediglich Thon oder Wachs. Sie lernen, während sie diese leicht formbaren Stoffe bearbeiten, nicht die Schwierigkeiten kennen,

die das spröde Gestein bei der Ausführung bietet. Die „Übertragung“ selbst wird in der Regel von Arbeitern ohne künstlerische Vorbildung besorgt. Dabei muss naturgemäss jede Individualität verloren gehen. Die alten Meister haben alle selbst geschnitzt, gemeisselt, gegossen und ciseliert. So muss es auch heute wieder werden, soll die Bildhauerei gesunden. Von diesen Gesichtspuncten ausgehend, fordert Hellmer eine Neugestaltung der plastischen Lehrmethode.

„Die Bildhauerschule muss vor allem in eine „Werkstatt“ umgewandelt werden. Der eintretende Schüler muss in erster Linie das Handwerk erlernen, denn Kunst und Handwerk haben einen gemeinsamen Nährboden: die Technik. Darum darf der junge Bildhauer nicht auf Zeichnen und Modellieren gedrillt werden, er muss von Jugend auf meisseln, für Bronze bosseln, in Metall giessen, ciselieren, schnitzen.“ Hellmer macht dann im einzelnen Vorschläge, welche Reihenfolge für die Ausbildung der jungen Künstler einzuhalten wäre. Erst die Marmor-technik, dann die Bronzetechnik. „Ist der Schüler so weit vorgeschritten, dass er an eigene Compositionen gehen kann, so muss er dieselben auch in dem betreffenden Material selbst ausführen. . . . Sohin wird der Kunstjünger schon bei der Conception, ja schon in den ersten Phantasieen daran denken, wie und in welchem Material sinn-gemäss sein Gedanke Verwirklichung finden soll.“ Eine zeitgemässe Bildnerschule muss daher enthalten: Modelliersäle, Marmorateliers, eine Versuchsbroncegiesserei, eine Ciselierabteilung, und ein chemisches Laboratorium.

In einer solchen Werkstatt würden die Schüler im allgemeinen zu brauchbaren Industriearbeitern herangebildet, die Auserwählten aber zu der Beherrschung aller Mittel gelangen, die an den Alten zu bewundern ist. Auf diesem Wege würde man dahin kommen, die heute herrschende Stillosigkeit zu überwinden, die im letzten Grunde eben nur der Mangel an Folgerichtigkeit in der Behandlung des Materials ist.

Bedeutende Bildhauer, wie Max Klinger und Reinhold Begas, die über diese Anschauungen und Vorschläge befragt wurden, erklärten sich mit den Grundgedanken bedingungslos einverstanden, wenn sie auch an den einzelnen Vorschlägen Hellmers einiges aussetzen fanden. Darüber scheint überhaupt nur eine Stimme zu sein, dass eine Reform der Bildhauerei an Haupt und Gliedern dringend notwendig ist.

Oskar Kuhl.

## Varia.

### Socialdemokratie und Imperialismus.

In seinem unter vorstehendem Titel in dieser Zeitschrift erschienenen Artikel sieht sich Eduard Bernstein veranlasst, einige Seitenhiebe gegen mich, als Verfasser eines Artikels, der in der Parvusschen Correspondenz erschienen ist, zu führen. (No. 5, pag. 240.) Zweck dieser Zeilen ist, die dort aufgestellten Behauptungen zurückzuweisen.

Erstens ist es unrichtig, dass jener Artikel „einen Aufwand von Schimpfereien“ gegen Bernstein enthalte. Es wäre loyalere Weise zu verlangen, dass Bernstein doch seinen Lesern mitteilt, worum es sich handelt: Er hatte in Pernerstorfers Deutschen Worten einen Artikel über den südafrikanischen Krieg veröffentlicht, wobei er als Verteidiger oder mindestens doch als Beschöniger speciell dieses Stückes englischer imperialistischer Politik auftritt, das doch wahrhaftig nichts mehr mit friedlicher demokratischer Entwicklung zu thun hat. Gegen diese Beschönigung des schuftigsten imperialistischen Jingoismus hatte ich mich gewandt. Den Lesern der Socialistischen Monatshefte ist nur zu raten; sich jenen Artikel Bernsteins anzusehen, da er seine Ausführung über den Imperialismus in mancher Weise ergänzt.

Zweitens: Bernstein wirft mir indirect eine litterarische Fälschung vor, indem er erklärt, es sei „undenkbar“, dass Brentano gesagt haben soll, was ich ihn sagen lasse: nämlich: der Imperialismus habe in England „gleichzeitig die unverschämteste Reaction, das Aufkommen des Scharfmachertums in den innern Zuständen nach sich gezogen“. In einem Auszug aus seiner Rede, auf die ich mich bezog, schreibt nun Brentano folgendes: „Ich habe oben gesagt, das Princip des Rechtsschutzes des einzelnen gegen Willkür der Uebermächtigen und der Vorherrschaft des Gesamtinteresses über die Sonderinteressen einzelner sei auf dem Gebiete der inneren Politik erwachsen und habe in epochemachenden Kämpfen den Geist der Gewaltthätigkeit in England zurückgedrängt. Allein nur zurückgedrängt — ausgestorben ist dieser Geist keineswegs. Er war es, welcher der von Cobden geforderten Reform des Seekriegsrechts sich widersetzte und sie vereitelte. Und seitdem ist er aufs neue erstarkt.“ Es zeigt sich dies, wohin wir im öffentlichen Leben blicken. So tritt uns der wiedererwachte Geist der Gewaltthätigkeit in der Erneuerung des fast ausgestorbenen Strebens mancher Arbeitgeberverbände, die Gewerkvereine der Arbeiter zu zerschmettern, entgegen, wie dies

in dem Kampfe in der englischen Maschinenindustrie 1897—98 hervortrat. Ganz besonders aber zeigt er sich, wo es sich um das Verhältnis Englands zu anderen Völkern handelt. Früher war das Losungswort, die Bewohner Indiens zur englischen Gesittung, zu englischem Bürgertum und zur Teilnahme an der eigenen Verwaltung zu erziehen; wo heute ein Indier selbst in Oxford graduiert und in allem und jedem ein Engländer geworden ist, begegnet seine Beteiligung an der Verwaltung dem wiedererwachten Vorurteil gegen den „schwarzen Mann“: statt Selbstverwaltung heisst es heute Fortdauer der Beherrschung Indiens durch eine englische Bureaukratie. In der irischen Politik haben diejenigen triumphiert, welche Irland zu regieren wünschen, ähnlich wie die Engländer Indien regieren. Eine ganze Litteratur ist erwachsen, welche statt in der Ueberzeugung der zu Regierenden und ihrer Heranziehung zu zuverlässigen Staatsbürgern und Teilhabern an Regierung und Verwaltung in zielbewusster Gewalttätigkeit die ideale Aufgabe sieht. In dem glänzendsten englischen Erzähler der Gegenwart, in Rudyard Kipling, hat diese Renaissance des englischen Militarismus und Bureaukratismus sogar den Dichter gefunden, der die indischen Verwaltungsmaximen verkündet und so den Massen mundgerecht macht. Und erklärlich ist daher das Entsetzen, mit dem Robert Buchanan in der December-Nummer des Contemporary Review gegen die Verrohung und versteckte Gemeinheit sich wendet, die Kipling in der Seele des englischen Volkes verbreite. Die britische Nation vergesse die Ideale, für die sie sich begeistert und für die sie gekämpft habe, und sinke zurück in den Abgrund der Barbarei.“ (Die Nation, No. 15)

Ich überlasse es dem Leser, danach den Angriff zu beurteilen. Er ist um so sonderbarer, als Bernstein genau wissen musste, dass Brentano so denkt: Er selbst hat nämlich in Bezug auf den Maschinenbauerstrike eben diese Anschauung Brentanos zu bekämpfen gesucht (Die Neue Zeit, 1897—1898, pag. 455), wobei er allerdings m. E. nicht glücklich abschnitt.

So viel zur Abwehr des unmotivierten Angriffs, den mir Bernstein zu teil werden lässt.

m. y.

Die Redaction der Socialistischen Monatshefte war so freundlich, mir einen Abzug der vorstehenden Züschrift, zu übersenden, damit ich sie noch in gleicher Nummer beantworten, und so der Gegenstand in möglicher Kürze erledigt werden könne.

Zunächst die Bemerkung, dass es mir nicht eingefallen ist, meinen Aufsatz über Imperialismus mit „Seitenhieben“ auf m. y. zu versehen. Von seiner Person ist da weder direct noch indirect die Rede. Es wird nur von einem Artikel gesprochen und gegen eine in ihm enthaltene Behauptung polemisiert. Dass dieser Artikel oder vielmehr diese Artikel — es waren ihrer nämlich zwei — gegen mich persönlich gerichtet waren, mich vor dem socialistischen Publicum als Anwalt reactionärer Gewaltpolitik herabsetzen sollten, dass zu diesem Zweck darin u. a. von mir herrührende Sätze mit gehässigen Interjectionen versetzt wurden, wird m. y. nicht in Abrede stellen wollen. Ich bin auf diese Schimpfereien nicht eingegangen und habe auch jetzt keine Lust, mich mit ihnen zu befassen. Aber soviel will ich nur sagen, dass, wenn m. y. von einem „unmotivierten Angriff“ auf ihn spricht, dies einen merkwürdigen Mangel an Sinn für Proportionen verrät. Nächstens wird mich noch jemand auf Injurien verklagen, weil ich mir erlaube, den Zuruf „Schuft!“ mit der Bemerkung abzuwehren: „Sie irren sich in der Adresse, mein Herr!“

Mangel an Sinn für Proportion tritt auch darin zu Tage, wie m. y. die Ausführungen Brentanos über die vermeintlichen Rückwirkungen des imperialistischen Geistes in England zusammenfasst. So übertrieben und falsch die citierten Sätze Brentanos sind, so berechtigen sie doch noch nicht, von „unverschämtester Reaction und Scharfmachertum in den inneren Zuständen“ Englands zu reden. Wohin kommen wir in der Geschichtsdarstellung, wenn wir bei jeder Gelegenheit mit solchen Superlativen um uns werfen? Jeder Vergleichsstab geht da verloren, alle vernünftige Charakteristik hört auf, und von sachgemässer Beurteilung der Zeitgeschichte ist keine Rede mehr.

Dass Brentano sich sehr leicht irreführen lässt, habe ich bei Gelegenheit des Maschinenbauerstrikes gezeigt. Nach m. y. habe ich dabei „nicht glücklich abgeschnitten“. Mit dieser billigen Redensart kann man natürlich jede Beweisführung discreditieren. Ich habe für meine damaligen Behauptungen genügend beweiskräftige Thatsachen ins Feld geführt und bin heute in der Lage, festzustellen, dass die Ereignisse seither durchaus meine Beurteilung jenes Kampfes bestätigt haben. Im Organ der Maschinenbauergewerkschaft selbst ist, nachdem der Kampf vorüber war, den Arbeitern zu verstehen gegeben worden, dass sie in der Maschinenfrage mit den Resten der alten, auf Verschleppung wirkenden Politik zu

brechen haben, wenn sie wirtschaftliche Verbesserungen erringen wollen, und ebenso ist im Organ der Maschinenbauer wiederholt festgestellt worden, dass die Leiter des Unternehmerverbandes die bei Beendigung des Kampfes vereinbarten Bedingungen loyal eingehalten und dafür Sorge getragen haben, dass jedem Versuch einzelner Verbandsunternehmer, an ihnen zu deuteln oder zu bröckeln, Einhalt geboten wurde. Das Wort von dem „Zerschmettern der Gewerkschaften“, das ein anonymer Reporter dem Herrn A. Siemens (jedenfalls kein englischer Imperialist) in den Mund gelegt hatte, als dieser gerade nach Berlin abgereist war, aber gegenüber dem entschiedenen Widerspruch des Genannten nicht aufrecht erhielt, findet an dem tatsächlichen Verhalten des Unternehmerverbandes keine Bestätigung. Nur wenige Monate nach Beendigung des Ausstandes machte dieser vielmehr der Gewerkschaft das weitere bedeutsame Zugeständnis, ihre bezahlten Districtsorganisierer zu den gemischten Districtscomités als berufene Sachwalter der Arbeiter hinzuzuziehen. (All dies hatte zur Folge, dass der Maschinenbauerverein ausserordentlich schnell seine Finanzkraft wiederherstellen konnte. Der soeben erschienene Bericht für 1899 stellt fest, dass der Verein in diesem Jahre nahezu 2 Millionen Mark (99 000 P. d. Strlg.) Ueberschuss gemacht hat und für „Geschenke“ („Donations“), wozu auch Strikeunterstützungen gehören, weniger auszugeben hatte, als in irgend einem Jahre seit 1890.)

Wie leicht Brentano nach Schlagworten urteilt, geht aus dem Satz hervor, dass „in der irischen Politik diejenigen gesiegt haben, welche Irland zu regieren wünschen, ähnlich, wie die Engländer Indien regieren“. Tatsächlich haben die Irländer erst im vorigen Jahre ein Selbstverwaltungsgesetz für Gemeinde, Bezirk und Grafschaft erhalten, das von ihren Vertretern im Parlament mit fast überfließender Anerkennung begrüßt wurde, und dazu jetzt einen nationalen Landwirtschaftsrat, bei dessen Zusammensetzung die Selbstverwaltungskörper stark berücksichtigt sind. Daß ist allerdings nicht das von den Irländern erstrebte irische Nationalparlament, aber es ist jedenfalls ein erheblicher Fortschritt und, wie gesagt, als solcher von den Iren selbst anerkannt worden. Die Iren sind denn auch keineswegs dem britischen Imperialismus besonders abgeneigt. Im Gegenteil, wie man aus den Rundschreiben John Redmonds ersuchen kann, rechnen sie vielmehr auf ihn als eine Kraft, die sie ihrem Ziele näher bringen muss. Und diese Rechnung ist keineswegs so irrational. Denn wenn es

je zum Reichsverband kommt, wird die Schaffung einer besonderen Landesvertretung für Irland unvermeidlich. Gladstones Home-rulebill ist dagegen, darüber täuscht sich heute niemand, unrettbar dem Orcus verfallen. Gerade, dass sie für die Stellung der Irländer im Reichsparlament keine Lösung fand, nimmt ihr die Fähigkeit des Wieder-auflebens. Man vergesse nicht, dass zu den starren Gegnern von Gladstones Home-rulebill auch Männer wie Leonard Courtney gehören, Rechtsidologen und Demokraten, denen niemand politische Reactionsbestrebungen nachsagen kann.

Von Indien wollen wir ein andermal sprechen, das Thema lässt sich nicht mit ein paar Worten abthun. Jeder falls hat die jetzige Hungersnot wieder gezeitigt, wie absolut unzulänglich die Gegenmassregeln gegen sie in den Landesteilen sind, die unter dem Regiment heimischer Fürsten stehen. Es ist unmöglich, an asiatische Verhältnisse kurzweg den Massstab europäischer politischer Grundsätze anzulegen und das Problem der indischen Verwaltung mit dem generellen Schlagwort Selbstverwaltung erschöpfen zu wollen. Es giebt in Indien ausserordentlich viel Selbstverwaltung, aber es giebt in Indien auch Casten-, Rassen- und Religionsunterschiede, welche die Frage sehr complicieren, und das Problem, Asiaten zu Beamten im europäischen Sinne zu erziehen, ist schneller gestellt, wie gelöst.

Damit genug. Dass der südafrikanische Krieg allerhand widrige Erscheinungen im Gefolge gehabt, daheim den Blick von vielen wichtigen Reformen abgelenkt hat, fällt mir nicht ein, zu bestreiten. Ganz energisch aber stelle ich in Abrede, dass er nichts, als ein Stück des „schuftigsten imperialistischen Jingoismus“ ist. Es ist nicht alles Unrecht auf seiten Englands und nicht alles Recht auf seiten der Boeren. Die letzteren haben regelrecht eingegangene Verträge in brutalster Weise mit Füßen getreten und für durchaus gemässigte Reformbestrebungen nur Hohn gehabt; sie haben ihre Oligarchie durch eine Politik gegenseitiger Verhetzung zu sichern gesucht, die alles, nur nicht Beifall verdient. Das verpflichtet noch keinen Socialisten, für England Partei zu ergreifen, aber es sollte den Socialisten mindestens veranlassen, sein Urteil vom Einfluss des melodramatischen Cant freizuhalten, vermittelt dessen die Boerensache als die der Freiheit und des Rechts ausgegeben wird. Das Recht, das die Boeren vertreten, und die Freiheit, für die sie kämpfen, haben blutwenig mit dem Recht und der Freiheit gemein, für welche die Socialdemokratie eintritt.

Eduard Bernstein.

**Neue Vereinigungen.** Die Ueberwindung des Dogmatismus, der officiellen Religion sowohl, wie des flachen Materialismus etwa eines Büchner, hat das Streben nach einer neuen Weltanschauung gezeitigt, die die Erregenschaften der modernen Naturwissenschaften berücksichtigt, sie aber der philosophischen Erkenntnis unterordnet. Dies Bestreben hat sich u. a. auch in einigen Vereinigungen krystallisiert, die unlängst in Berlin ins Leben traten.

Da ist zunächst der Giordano Bruno-Bund, der von dem gegenwärtigen Standpunkt der Naturwissenschaften ausgehend, einen folgerichtigen Monismus ausbauen will. Die ersten Abende, die durch einen Vortrag Bruno Willes ausgefüllt wurden, ergaben zwar noch nicht viel Positives. Aber es ist klar, dass durch derartige Bestrebungen, durch das Aufrütteln der alten Glaubenssätze, die je und je schon eine Rolle gespielt, die Teilnehmer an den Vereinsabenden zum tieferen Nachdenken angeregt werden, und dass dadurch manch einer zu einer Weltauffassung gelangt, die als Bedürfnis in seiner Persönlichkeit schon lange schlummerte. Und das ist ein Gutes, das uns die Vereinigung bringt.

Dem Giordano Bruno-Bund parallel, aber divergierend in den letzten Zielen, läuft die zunächst provisorisch so genannte Neue Gemeinschaft. Hier stehen als Leiter oder vielmehr als diejenigen, um die sich der Kreis schart, die Brüder Hart, die direct eine neue Religion gründen wollen, deren Grundzüge der Neue Gott von Julius Hart bildet. In jüngster Zeit sollen noch praktische Ziele hinzutreten sein, die darauf hinausgehen, die Angehörigen der Neuen Gemeinschaft in wirklichen Gemeinwesen zu vereinigen, à la Freiland, Icarien etc. Doch sind diese Dinge vorläufig erst angeregt.

Man mag zu diesen beiden Vereinigungen stehen, wie man will, so haben doch beide wenigstens den Vorzug, dass sie individuelle Ansichten zum Wort und zur Discussion gelangen lassen, die sonst wohl irgendwie verkümmert wären. Es geraten hierbei Intelligenzen an einander, die sonst nur auf mühsamen Weg des Büchermarktes und dann noch nur unter besonders günstigen Bedingungen in Contact gelangt wären. Auch ist beiden Vereinen eine weitestgehende Toleranz gegen „Andersgläubige“ eigen. Es wird vielleicht, wenn die Zeit gekommen ist, aus manchen lebenskräftigen Keimen, die da zusammenkommen, etwas Tüchtiges heranreifen.

Und wie in einem Kaleidoskop immer dieselben bunten Glasstückchen sich zu allerlei verschiedenen Gebilden zusammen thun, so finden sich auch in einem dritten Verein

die einzelnen Persönlichkeiten der anderen nebst einzelnen neuen. Die Kommenden, wie sie sich nennen, verfolgen aber im wesentlichen rein künstlerische Zwecke, von der Ansicht ausgehend, dass die Berührung der verschiedenen künstlerisch arbeitenden Elemente unter einander geistig und praktisch zur Förderung des einzelnen dienen werde. Die fine fleur ihrer Geistesproducte soll am Ende des Jahres in einer Publication in der Art des entschlafenen Musen-Almanach der Oeffentlichkeit übergeben werden. Hoffen wir das Beste!

*Ida Häny-Lux.*

**Theater der Naturschauspiele.** Das Streben nach einer modernen Weltanschauung kommt nicht nur in Büchern und Versammlungen, sondern auch auf der Bühne zum Ausdruck. Zunächst freilich nur in der bescheidenen Form eines populären Anschauungsunterrichts in der modernen Naturwissenschaft, der die Verkehrtheiten unseres Schulunterrichts zu paralysieren bestimmt ist. Versuche nach dieser Richtung hin sind schon öfters angestellt worden. Herr Dr. Wilhelm Meyer, der Begründer der Urania in Berlin, jenes Instituts, das durch Vorträge und Demonstrationen die Ergebnisse der Naturwissenschaft dem grossen Publicum zugänglich macht, gehört zu den Pionieren auf dem Gebiet dieser Bestrebungen. Er steht bekanntlich nicht mehr an der Spitze des genannten Instituts und hat den Mittelpunkt der alten Urania stehenden Vortrag nebst erläuternden Bildern zu der erweiterten Form eines „Theaters der Naturschauspiele“ in anderem Rahmen ausgebaut. Er hat ein „Schauspiel der Natur“: Bis ans Ende der Welt geschrieben, das von einer neuen Theatergesellschaft, der Internationalen Urania, im Berliner Belle-Alliance-Theater aufgeführt wurde. Ueber Art und Weise der Darbietungen werden die Meinungen natürlich auseinandergehen. Im allgemeinen aber kann man wohl zugeben, dass diese Art von Schaulstellungen, bei der schmackhaft zubereitete Belehrung und malarische Anschauung zusammenwirken, geeignet sind, die Früchte ernster, wissenschaftlicher Arbeit an die zu verteilen, die der Geist der kommenden Zeit mit Heißhunger darnach erfüllt. Sie leisten damit gleichzeitig eine erzieherische Aufgabe, indem sie den einzelnen anregen zu den Fragen des Woher und Warum aller Dinge und auch des eigenen Ichs. Und da es immerhin möglich ist, dass Herr Dr. Meyer durch sein Theater der Naturschauspiele einen Anstoss hierzu gegeben hat, so dürfen wir seinen Bestrebungen guten Erfolg wünschen.

*Ollo Lehmann-Russbildt.*





FRIEDRICH ENGELS.

NACH EINER ALTEN PHOTOGRAPHIE.